

Freistaat Bayern

Haushaltsplan
2017/2018

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2017 und 2018	5
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	6
Titelumsetzungen im Doppelhaushalt 2017/2018	7
Kapitel 04 01 Ministerium	8
Kapitel 04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04	18
Kapitel 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften	26
Kapitel 04 05 Justizvollzugsanstalten	60
Abschluss	96
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	97
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04	99
Stellenplan	125

Vorwort zum Einzelplan 04 Staatsministerium der Justiz

A. Aufgaben und Aufbau des Staatsministeriums der Justiz

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz umfasst insbesondere die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Strafrechtspflege, den Justizvollzug, die Angelegenheiten der Rechtsanwälte und das Notariatswesen. Dem Ministerium gehören derzeit rd. 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Es ist oberste Dienstbehörde für über 15.800 Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer, Gerichtshelfer, Beamte und tarifliche Arbeitnehmer sowie für rd. 5.600 Bedienstete im Justizvollzug. Das Staatsministerium der Justiz wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes und des Freistaates Bayern vor allem auf den Gebieten des Zivil- und Strafrechts sowie des Verfahrensrechts mit. Ferner ist es zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt. Das dem Staatsministerium der Justiz angegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen sämtlicher Qualifikationsebenen der Fachlaufbahn Justiz.

Zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz gehören am 1. Januar 2016:

- 3 Oberlandesgerichte,
- 3 Generalstaatsanwaltschaften,
- 22 Landgerichte,
- 22 Staatsanwaltschaften,
- 73 Amtsgerichte mit 4 Zweigstellen,
- 36 Justizvollzugsanstalten (einschließlich 1 Einrichtung für Abschiebungshaft) mit 1 angeschlossenen Einrichtung für Sicherungsverwahrung sowie 6 angeschlossenen Jugendarrestanstalten,
- die Bayerische Justizvollzugsakademie in Straubing.

In die Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg ist die Bayer. Justizakademie in Pegnitz eingegliedert.

Beim Oberlandesgericht München ist aufgrund des Art. 68 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern der Verfassungsgerichtshof gebildet. Die Einnahmen und Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof sind daher im Einzelplan 04 veranschlagt.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Im Rahmen der Verwaltungsreform 21 wurden bis 31. Dezember 2015 28 amtsgerichtliche Zweigstellen mit den Hauptgerichten zusammengelegt.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen (ohne Personalausgaben)

	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	2016 Tsd. €
I. Sächliche Verwaltungsausgaben			
Auslagen in Rechtssachen	448.980,0	448.980,0	418.980,0
Versorgung der Gefangenen	32.090,5	32.090,5	31.390,5
Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten	14.798,6	14.798,6	14.657,8
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	175.892,6	177.652,4	168.432,0
	671.761,7	673.521,5	633.460,3
II. Ausgaben für den Schuldendienst			
Zinsen für hinterlegte Gelder	100,0	100,0	350,0
III. Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	5.000,0	5.000,0	4.800,0
Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld für Gefangene	15.500,0	15.500,0	14.945,0
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit	5.300,0	5.300,0	4.945,0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	10.231,2	10.229,0	8.544,9
	36.031,2	36.029,0	33.234,9
IV. Baumaßnahmen			
Hochbaumaßnahmen bis einschließlich 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	22.729,6	22.729,6	22.729,6
Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	78.000,0	78.500,0	79.000,0
	100.729,6	101.229,6	101.729,6
V. Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
Beschaffung von Fahrzeugen	641,0	630,0	655,5
Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten (einschl. Kosten der Datenverarbeitung)	35.972,0	36.287,3	31.174,8
	36.613,0	36.917,3	31.830,3
VI. Besondere Finanzierungsausgaben			
Justizstatistik	316,9	316,9	440,5
Sonstige Ausgaben	-2.984,1	-2.984,1	2,0
	-2.667,2	-2.667,2	442,5
VII. Summe der Verpflichtungsermächtigungen	337.255,9	223.272,3	126.390,2

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2017 und 2018

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
Für das Vergabebudget für die Leistungsbezüge und Leistungsprämien sind in den jeweiligen Sammelkapiteln eigene Titel 422 45 (Beamte) und 428 45 (Arbeitnehmer) ausgebracht.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 5 nach „Sächliche Verwaltungsausgaben“ (Obergruppen 51 bis 54) und „Ausgaben für den Schuldendienst“ (Obergruppen 56 bis 59) getrennt,
 - 5.4 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.5 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.6 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2017/2018 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 01 Tit. 459 01
- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 520 01, 823 10 und
- Kap. 04 05 TG 71 und TG 72.

Titelumsetzungen im Doppelhaushalt 2017/2018

Es wurden folgende Titelumsetzungen durchgeführt:

	bisher Kapitel/Titel	neu Kapitel/Titel
Ministerium	04 01/815 99	04 01/812 99
Gerichte und Staatsanwaltschaften	04 04/514 02 815 99	04 04/514 20 812 99
Justizvollzugsanstalten	04 05/428 07 514 02 815 99	04 05/428 01 514 20 812 99

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
111 01-5	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	22,0	22,0	A	22,0
					B	17,3
					C	22,2
119 01-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,2
					C	0,1
119 11-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	---
					B	0,0
					C	0,3
119 49-1	011	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A	0,5
					B	9,8
					C	5,2
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Die Mehreinnahmen in Zusammenhang mit der Durchführung der "Nacht der Medien" im Justizpalast in München erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 01 Gr. 517. Der Stiftung Opferhilfe können Räume des Staatsministeriums der Justiz zur unentgeltlichen Nutzung überlassen werden. Sie kann ferner im bescheidenen Umfang auf sonstige Infrastruktur (z. B. zentrale Dienste) des Ministeriums unentgeltlich zugreifen.</i>	2,0	2,0	A	2,0
					B	1,4
					C	1,6
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
232 01-9	011	Sonstige Erstattungen von Ländern	---	---	A	---
		Gesamteinnahmen	25,5	25,5	A	25,5
					B	28,8
					C	29,4
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
421 01-0	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	206,4	209,4	A	200,8
					B	203,2
					C	199,9
422 01-9	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	9.175,0	9.330,3	A	9.338,3
					B	8.721,4
					C	8.792,5
422 31-3	011	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	101,2	102,9	A	199,5
					B	96,2
					C	96,1
422 41-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	-1,0
					C	1,0

Erläuterungen

Zu 04 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 01/422 01 (und 422 31)

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 01/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
428 01-3	011	Entgelte der Arbeitnehmer	1.878,6	1.910,4	A B C	2.308,2 1.783,1 2.151,2
428 07-7	011	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern [Arbeitnehmer-Budget])	***	***	A B C	--- 277,7 -0,1
428 11-1	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	50,0	50,0	A B C	50,0 57,8 12,1
428 21-9	011	Entgelte der Arbeitnehmer	237,7	237,7	A B C	242,1 225,7 220,6
428 41-5	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A B C	--- 16,4 18,7
453 01-1	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0	A B C	25,0 14,1 15,2
459 01-5	011	Prüfungsvergütungen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 238,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 238,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	1.645,0 1.643,8 1.358,4
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	460,0	460,0	A B C	460,0 500,0 396,5
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	80,0	80,0	A B C	66,1 82,1 81,1

Erläuterungen

Zu 04 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 11

Veranschlagt sind Mittel für die Einstellung von Aushilfsbeschäftigten zur Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs an Arbeitsleistung.

Zu 04 01/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 41

Vgl. Erläuterung zu Titel 422 41.

Zu 04 01/453 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	15,0	15,0
2. Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0
Zusammen	25,0	25,0

Zu 04 01/459 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Prüfervergütungen	1.290,0	1.290,0
2. Entgelte an Aufsichtskräfte	65,0	65,0
3. Sachbedarf	45,0	45,0
4. Mieten für Prüfungsräume	475,0	475,0
5. Reisekosten der Prüfer	125,0	125,0
Zusammen	2.000,0	2.000,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 355,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/511 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	144,9	144,9
2. Bücher und Zeitschriften	140,0	140,0
3. Kommunikation	42,0	42,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	60,6	60,6
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	58,5	58,5
6. Sonstiges	14,0	14,0
Zusammen	460,0	460,0

Zu 04 01/514 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	50,0	50,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	30,0	30,0
Zusammen	80,0	80,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	80,0	80,0
Personalausgaben	362,0	368,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	30,0	30,0
Zusammen	472,0	478,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	7	7	7	7	7
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-

2017 gegenüber 2016:

Mehr 13,9 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
514 11-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	2,8	2,8	A B C	2,8 2,6 2,7
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	15,0	15,0	A B C	15,0 18,2 24,3
517 05-1	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	---	A	---
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	2,0	A B C	2,0 2,4 6,0
518 11-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	90,0	90,0	A B C	90,0 61,3 79,7
518 18-5	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	30,0	30,0	A B C	30,0 26,6 24,1
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	25,0	25,0	A B C	25,0 61,8 32,5
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	270,0	270,0	A B C	270,0 264,3 257,7
529 01-1	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	15,0	15,0	A B C	15,0 23,6 24,5
531 01-7	011	Herausgabe amtlicher Blätter	10,0	10,0	A B C	30,0 10,5 10,7
531 11-5	011	Fachveröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21 und Kap. 04 02 Tit. 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	140,0	140,0	A B C	114,9 148,4 146,2
531 21-3	013	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11 und Kap. 04 02 Tit. 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	18,8	18,8	A B C	28,8 15,3 16,1
546 49-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	50,0	50,0	A B C	50,0 24,4 46,3
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
684 01-2	011	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	7,2	7,2	A B C	6,9 5,8 6,0

Erläuterungen

Zu 04 01/514 11

Für 7 planmäßige Beamte des Offiziantendienstes ist ein Dienstbekleidungszuschuss von jährlich 123 € veranschlagt. Ferner sind u.a. 2,0 Tsd. € Dienstkleidungszuschüsse an die ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

Zu 04 01/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 04 01/519 01

Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

Zu 04 01/531 01

2017 gegenüber 2016:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/531 11 und 04 01/531 21

Die Öffentlichkeitsarbeit hat die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern Informationen über den Inhalt von Gesetzen und deren Änderungen sowie sonstige staatliche Maßnahmen zu vermitteln. Sie sollen damit über ihre Rechte und Pflichten informiert werden um sie in die Lage zu versetzen, von den durch die Rechtsordnung eröffneten Möglichkeiten im persönlichen Bereich in angemessener Weise Gebrauch machen zu können.

Zur Öffentlichkeitsarbeit des Justizministeriums zählen neben Informationen der Bevölkerung durch die Herstellung und Herausgabe von Publikationen auch Informationen durch Internetauftritt, Multimediabeiträge, Durchführung von Informationsveranstaltungen/Kongressen, Messeauftritte, der Tag-der-offenen-Tür sowie andere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen. Aus dem Ansatz können insbesondere auch die Kosten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Baubereich (z.B. Spatenstiche, Einweihungsfeiern) finanziert werden. Darüber hinaus fallen Kosten an für die klassische Pressearbeit (Pressebetreuung, Pressekonferenzen, Pressefotos, Presseveranstaltungen u.a.).

Zu 04 01/531 11

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Öffentlichkeitsarbeit	130,0	130,0
2. Nachwuchsgewinnung	10,0	10,0
Zusammen	140,0	140,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 25,1 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/531 21

2017 gegenüber 2016:

Weniger 10,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 10,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besucherguppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

Zu 04 01/684 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Beiträge		
- Deutsche Vereinigung für Jugendhilfe und Jugendgerichtshilfe e.V.	0,1	0,1
- für die Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1,0	1,0
- zur Herausgabe der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe"	2,1	2,1
- für die Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg i. B.	0,2	0,2
- für den Verein zur Förderung eines Instituts für Anwaltsrecht in München	0,8	0,8
- European Judicial Training Network (EJTN)	2,9	2,9
- Rechts- und Justizstandort Bayern e.V.	0,1	0,1
Zusammen	7,2	7,2

2017 gegenüber 2016:

Mehr 0,3 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
686 02-9	011	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	245,0	245,0	A B C	245,0 541,3 321,8
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-8	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	140,0	140,0	A B C	140,0 44,6 131,7
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-4	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	165,0	165,0	A B C	159,5 105,5 84,5
514 99-1	011	Verbrauchsmittel	55,0	55,0	A B C	49,5 43,7 42,0
518 99-7	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	8,5	8,5	A	---
519 99-6	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	32,9	32,9	A B C	32,8 29,0 27,1
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	18,7	18,7	A B	18,7 1,3
526 99-7	011	Ausgaben für Sachverständige	209,0	209,0	A B C	88,0 314,0 1,9
533 99-8	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	8,4
534 99-7	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	77,0	77,0	A B	77,0 7,4
812 99-0	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	165,0	165,0	A B C	165,0 67,0 19,3
Summe der Titelgruppe			731,1	731,1	A B C	598,9 567,9 174,8
Gesamtausgaben			16.005,8	16.197,6	A B C	16.199,3 15.548,0 14.725,0

Erläuterungen

Zu 04 01/686 02

Beteiligung an kriminologischen und anderen Forschungsvorhaben.

Zu 04 01/812 01

Veranschlagt sind Ausgabemittel für:

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Gleitregalanlagen für die Registratur	-	-
2. Dienstzimmereinrichtungen	120,0	110,0
3. Maschinen und Geräte	20,0	30,0
Zusammen	140,0	140,0

Zu 04 01/99

Aufrechterhaltung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes, die Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie Ersatzbeschaffungen für derzeit eingesetzte DV-Systeme. In der Systemverwaltung und der Benutzerbetreuung sind insgesamt vier Bedienstete beschäftigt.

Zu 04 01/511 99

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	165,0	165,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	-	-
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	165,0	165,0

Neben den vertraglich festgelegten Aufwendungen fallen insbesondere die Ausgaben für die Fortführung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes im Zusammenhang auch mit der Fortentwicklung des Dokumentenmanagementsystems MerLin an. Ebenso fallen die Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Informationsterminals sowie für die Wartung und Pflege der Altsysteme an.

Zu 04 01/514 99

2017 gegenüber 2016:

Mehr 5,5 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/518 99

2017 gegenüber 2016:

Mehr 8,5 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/519 99

2017 gegenüber 2016:

Mehr 0,1 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/526 99

2017 gegenüber 2016:

Mehr 121,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 01/533 99

2017 gegenüber 2016:

Weniger 8,4 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	25,5	25,5	A B C	25,5 28,8 29,4
		Gesamteinnahmen	25,5	25,5	A B C	25,5 28,8 29,4
		Personalausgaben	13.673,9	13.865,7	A B C	14.008,9 13.038,4 12.865,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.774,7	1.774,7	A B C	1.633,5 1.742,3 1.303,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	252,2	252,2	A B C	251,9 655,7 404,5
		Sonstige Sachinvestitionen	305,0	305,0	A B C	305,0 111,6 151,1
		Gesamtausgaben	16.005,8	16.197,6	A B C	16.199,3 15.548,0 14.725,0
		Zuschuss	15.980,3	16.172,1	A B C	16.173,8 15.519,2 14.695,6

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Einnahmen				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
236 12-0	051	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	200,0	200,0	A	500,0
					B	40,7
					C	180,5
271 01-9	051	Erstattungen von der EU zur Durchführung von Twinning-Projekten <i>Vgl. Vermerk zu 04 04/527 01.</i>	---	---	A	---
281 01-7	051	Erstattung von Prozesskosten	1,0	1,0	A	1,0
					B	4,0
					C	0,5
		Gesamteinnahmen	201,0	201,0	A	501,0
					B	44,7
					C	362,1
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
422 41-9	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	650,0	650,0	A	900,0
					B	0,8
422 45-5	059	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	633,3	633,3	A	633,3
					B	644,3
					C	645,3
428 41-3	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	216,1	216,1	A	216,1
<u>428 45-9</u>	059	Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	363,8	363,8	A	
443 15-6	841	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. 13 03/461 01.</i>	975,9	975,9	A	898,8
					B	975,8
					C	930,8
443 16-5	841	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	75,0	75,0	A	75,0
					B	190,4
					C	120,8
459 11-1	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	8,0	8,0	A	8,0
					B	2,2
					C	1,3
459 31-7	841	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 02/236 12

2017 gegenüber 2016:

Weniger 300,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 02/271 01

Veranschlagt sind Erstattungen der Europäischen Union zur Durchführung von Twinning-Projekten.

Zu 04 02/281 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen der Parteiaufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Zu 04 02/422 41

2017 gegenüber 2016

Weniger 250,0 Tsd. € lt. Beschluss des Bayerischen Landtags

Zu 04 02/422 45

Veranschlagt ist das Vergabebudget für die Leistungsbezüge (Art. 68 BayBesG).

Zu 04 02/428 45

Veranschlagt ist das Vergabebudget für Leistungsprämien für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Zu 04 02/443 15

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 77,1 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/443 16

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

Zu 04 02/459 31

Bei dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß Nr. 92.4 BayVwVBes an Beamte und Beamtinnen in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) nachgewiesen.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
461 01-9	881	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 49 (ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 41 bis 422 43, 422 45) und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 (ohne der Tit. 428 12 AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) sowie im Sammelkapitel die TG 61 bis 65 verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln. Minderausgaben bei den verstärkungsfähigen Titeln dürfen zur Verstärkung dieses Ansatzes verwendet werden.</i>	319,3	11.968,3	A	12.010,0
462 01-8	881	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
525 21-9	051	Ausgaben für Gesundheitsmanagement	100,0	100,0	A B C	100,0 141,0 102,7
526 01-2	051	Gerichts- und ähnliche Kosten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 532 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	100,0	100,0	A B C	100,0 106,1 99,8
526 11-0	051	Ausgaben für Sachverständige <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	178,3	178,3	A B C	78,3 147,9 174,6
527 21-7	051	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	200,0	200,0	A B C	200,0 153,0 145,6
529 02-8	051	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	52,6	52,6	A B C	52,6 60,2 71,2
<u>531 21-1</u>	051	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 04 01 Tit. 531 11 und Kap. 04 01 Tit. 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	30,0	30,0	A	
532 01-4	051	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 526 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	550,0	550,0	A B C	650,0 147,9 190,3
<u>547 26-8</u>	235	Sächliche Verwaltungsausgaben für Aufträge an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Integrationsprojekte <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 812 26.</i>	300,0	300,0	A	
548 01-6	881	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Aus dem Ansatz dürfen die sächlichen Verwaltungsausgaben des Einzelplans ohne der Ausgaben der Gruppen 526, 529 und 531, jedoch einschließlich der Titel 531 0. verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung der Personalausgaben, insbesondere für Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie für die Mehrausgaben im Rahmen der Stellenhebungen gemäß Art. 6i HG 2017/2018.

Zu 04 02/525 21

Der Ansatz dient zur Finanzierung von Maßnahmen im Bereich des Gesundheitsmanagements.

Zu 04 02/526 11

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/527 21

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme insbesondere neu gewählter Personalratsmitglieder an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, Art. 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

Zu 04 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
- b) repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
- c) Veranstaltungen mit überregionalem Charakter;
- d) repräsentative Veranstaltungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen;
- e) Zuwendungen an Opfer von Straftaten oder an Einrichtungen der Opferhilfe oder des Opferschutzes, insbesondere Zuwendungen an die Stiftung Opferhilfe Bayern.

Die Mittel werden im Allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

Zu 04 02/531 21

Veranschlagt sind Kosten für Öffentlichkeitsarbeit bei Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Bereich des Justizvollzugs, insbesondere die Kosten für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen im Baubereich (siehe auch Erläuterungen zu Kap. 04 01 Tit. 531 11).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 30,0 Tsd. € infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 04 02/532 01

2017 gegenüber 2016:

Weniger 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/547 26

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder Integrationsprojekten.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 300,0 Tsd. € infolge von Umsetzung von 04 04/534 99.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	Tsd. €	Tsd. €		6
549 01-5	881	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgaben nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	---
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
671 01-5	051	Erstattungen für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizakademie Pegnitz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	175,0	175,0	A B C	170,0 129,2 144,0
681 01-3	153	Prämie für die berufliche Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	137,0	137,0	A B	137,0 155,0
684 01-0	253	Förderung von Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	50,0	50,0	A B	50,0 28,2
Baumaßnahmen						
702 01-8	059	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für bautechnische Untersuchungen in Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen geleistet werden.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	160,0	160,0	A B C	160,0 494,3 282,0
Sonstige Sachinvestitionen						
<u>812 26-6</u>	235	Erwerb von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder für Integrationsprojekte <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 547 26.</i>	68,4	68,4	A	
Besondere Finanzierungsausgaben						
<u>972 03-9</u>	881	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den übertragbaren Ausgabeansätzen des Einzelplans zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-3.000,0	-3.000,0	A	
981 01-0	891	Erstattung an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Justizstatistik	316,9	316,9	A B C	440,5 365,5 379,5
981 16-3	891	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	15,9	15,9	A B C	2,0 2,0 0,2
989 01-2	891	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 02/671 01

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Schülerheims des staatlichen Gymnasiums Pegnitz und der Sana Klinik Pegnitz GmbH aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizakademie Pegnitz.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 5,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/681 01

Prämie von 1.000 € im Bereich der beruflichen Weiterbildung zum Meister und gleichgestellten Abschlüssen. Die Prämie wird im Rahmen einer freiwilligen Leistung ab 1. Januar 2014 gewährt.

Zu 04 02/702 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Amtsgericht Fürstfeldbruck	13,5	-
2. Amtsgericht Wolfratshausen	-	50,0
3. Landgericht Memmingen	66,5	-
4. Amtsgericht Dillingen	-	20,0
5. Amtsgericht Freising	-	10,0
6. Justizbehörden Nürnberg, Flaschenhofstraße 35	48,0	48,0
7. Justizgebäude in Bamberg, Hainstraße 16	32,0	32,0
Zusammen	<u>160,0</u>	<u>160,0</u>

Zu 04 02/812 26

Der Ansatz dient dem zentralen Nachweis des Erwerbs von beweglichen Sachen im Rahmen von Aufträgen an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen oder für Integrationsprojekte.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 68,4 Tsd. € infolge Umsetzung von Kap. 04 04 Tit. 534 99.

Zu 04 02/972 03

Globale Minderausgabe zum Haushaltsabgleich.

Zu 04 02/981 01

Mit den veranschlagten Beträgen werden die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt (vgl. Kap. 03 07 Tit. 381 01).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 123,6 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich. Die Einnahmen sind bei Kap. 06 16 Tit. 381 16 veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 13,9 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/989 01

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Vgl. Erläuterungen zu 13 03/989 01.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i>						
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>						
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
432 61-2	058	Ruhegehälter	275.652,9	288.134,2	A	253.881,9
					B	252.543,6
					C	240.287,0
432 62-1	058	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung	61.214,4	63.022,5	A	58.211,8
					B	53.231,9
					C	53.406,1
438 61-6	058	Übergangsversorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	---	---	A	20,0
441 61-1	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	43.267,8	44.998,4	A	41.233,5
					B	40.003,5
					C	37.807,0
441 62-0	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	2.536,0	2.637,5	A	2.454,8
					B	2.344,7
					C	2.063,1
441 63-9	058	Pflegeleistungen an Beamte und Richter Dauerpflegefälle	---	---	A	---
441 64-8	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	37,9	39,4	A	53,0
					B	35,0
					C	31,1
446 61-6	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	67.702,0	70.409,8	A	61.726,2
					B	62.594,3
					C	57.664,6
446 62-5	058	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	---	A	---
					B	-0,5
					C	2,1
Summe der Titelgruppe			450.411,0	469.241,8	A	417.581,2
					B	410.752,5
					C	396.817,0
Gesamtausgaben			453.086,5	483.566,3	A	434.462,8
					B	414.496,4
					C	404.694,7

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
		Abschluss				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	201,0	201,0	A	501,0
					B	44,7
					C	362,1
		Gesamteinnahmen	201,0	201,0	A	501,0
					B	44,7
					C	362,1
		Personalausgaben	453.652,4	484.132,2	A	432.322,4
					B	412.566,1
					C	398.334,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.510,9	1.510,9	A	1.180,9
					B	756,1
					C	784,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	362,0	362,0	A	357,0
					B	312,4
					C	144,0
		Baumaßnahmen	160,0	160,0	A	160,0
					B	494,3
					C	282,0
		Sonstige Sachinvestitionen	68,4	68,4	A	-
					B	-
					C	-
		Besondere Finanzierungsausgaben	-2.667,2	-2.667,2	A	442,5
					B	367,5
					C	5.150,5
		Gesamtausgaben	453.086,5	483.566,3	A	434.462,8
					B	414.496,4
					C	404.694,7
		Zuschuss	452.885,5	483.365,3	A	433.961,8
					B	414.451,7
					C	404.332,5

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	051	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	755.000,0	758.000,0	A B C	740.000,0 784.120,4 775.545,4
111 02-8	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs und der öffentlichen Register	17.000,0	17.000,0	A B C	17.000,0 17.136,4 16.806,8
111 03-7	051	Einnahmen der Vollstreckungsbeamten an Gebühren und Auslagen <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 Tit. 459 21.</i>	46.000,0	46.000,0	A B C	43.400,0 47.189,2 43.444,8
112 01-8	051	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	155.800,0	155.800,0	A B C	165.800,0 128.374,1 201.817,7
119 11-9	051	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	20,0	20,0	A B C	20,0 5,2 9,8
119 12-8	051	Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheitsleistungen	20,0	20,0	A C	20,0 3,6
119 21-7	051	Einnahmen aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten	6.200,0	6.200,0	A B C	6.200,0 21.384,6 31.280,5
119 49-5	051	Vermischte Einnahmen	2.000,0	2.000,0	A B C	2.000,0 655,6 765,5
124 01-4	051	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Der Stadt Nürnberg können als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO Räumlichkeiten im Ostflügel des Justizgebäudes Nürnberg, Fürther Straße 110 bis 112, für den Betrieb des "Memoriums Nürnberger Prozesse" verbilligt zur Nutzung überlassen werden.</i>	410,0	410,0	A B C	410,0 486,1 500,0
129 05-5	051	Energieeinspeisevergütungen	---	---	A B	--- 4,1
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	3.500,0	3.500,0	A B C	3.500,0 7.508,3 8.420,9
232 01-3	051	Sonstige Erstattungen von Ländern	10,0	10,0	A B C	10,0 51,6 66,4
232 02-2	051	Erstattungen von Ländern für länderübergreifende EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 632 99.</i>	---	---	A B C	--- 436,3 1.041,9
235 01-0	051	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 04

Der Geschäftsbereich der Gerichte umfasst die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsrechts, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie weiterer Einzelbestimmungen. Daneben werden als Sonderaufgaben u.a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie nach den bayerischen Bestimmungen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten ausgeübt.

Mitveranschlagt sind die Aufwendungen für das Personal der Serviceeinheiten sowie die Einnahmen und sächlichen Ausgaben der Landgerichtsärzte (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 12 40).

Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern - GerOrgG - (BayRS 300-2-2-J) festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im Wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegen ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof - VfGHG - (BayRS 1103-1-S) bezeichneten Angelegenheiten.

Zu 04 04/111 01

Die veranschlagten Beträge basieren auf der voraussichtlichen Einnahmeentwicklung. Die Neuordnung der Handelsregistergebühren und die daraus resultierenden möglichen Rückerstattungsansprüche wurden berücksichtigt.

2017 gegenüber 2016:
Mehr 15.000,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Mehr 3.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Dateien aus dem maschinell geführten Grundbuch und dem maschinell geführten Handelsregister.

Zu 04 04/111 03

Die nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher auch i.V.m. § 11 Abs. 2 Justizbeitragsordnung einzunehmenden Gebühren und Auslagen werden seit dem 2. Nachtragshaushalt 2002 hier veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:
Mehr 2.600,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/112 01

2017 gegenüber 2016:
Weniger 10.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 21

Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen oder verfallenen Vermögenswerten.

Zu 04 04/231 01

Erstattungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und nach der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen.

Zu 04 04/235 01

Insbesondere Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
235 02-9	051	Zuweisungen der Hauptfürsorgestellen <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A B C	--- 8,6 18,1
235 12-7	051	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk bei 428 12.</i>	---	---	A	---
261 01-7	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	20,0	20,0	A B C	20,0 13,9 13,6
271 01-5	051	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</i>	---	---	A C	--- 6,5
281 01-3	051	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A B C	--- 8,7 12,7
Gesamteinnahmen			985.980,0	988.980,0	A B C	978.380,0 1.007.382,9 1.079.755,4
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	051	Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, der anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs und der nichtrichterlichen Beisitzer der Gerichte	3.660,0	3.660,0	A B C	3.660,0 3.252,7 3.583,6
422 01-3	051	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	491.749,9	503.660,4	A B C	479.734,8 462.196,5 449.039,8
422 21-9	051	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	9.143,0	10.606,0	A B C	8.846,2 7.156,0 6.603,4
422 26-4	051	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare	47.500,0	50.000,0	A B C	45.000,0 38.010,5 36.732,2
422 31-7	051	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	63,5	64,6	A B C	758,0 60,3 770,7
422 41-5	051	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A B C	--- 59,8 57,4
427 01-8	051	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	1.089,0	1.089,0	A B C	1.089,0 213,6 222,3
427 41-0	051	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 05/427 41.</i>	---	---	A	---
428 01-7	051	Entgelte der Arbeitnehmer	133.423,1	135.786,5	A B C	144.209,5 126.329,3 126.082,4
428 07-1	051	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern [Arbeitnehmer-Budget])	***	***	A B C	--- 10.040,8 9.590,0

Erläuterungen

Zu 04 04/235 02

Insbesondere Zuschüsse für Vorlesekräfte für Blinde.

Zu 04 04/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 138 Abs. 2 i. V. mit § 50 StVollzG zu zahlenden Unterbringungskosten, auch soweit ihre Erhebung im Wege der Überleitung von laufenden Geldleistungen (z. B. von Renten) nach § 50 SGB I erfolgt sowie Erstattungen von sonstigen Verwaltungskosten (z.B. für die Teilnahme nichtstaatlicher Stellen an der Kantinenverpflegung).

Zu 04 04/412 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs (BayRS 1103-2-S) in der jeweils geltenden Fassung,
 - b) § 103 Abs. 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (BGBl I S. 565) in der jeweils geltenden Fassung,
 - c) das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl I S. 718) in der jeweils geltenden Fassung.
- Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlass von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 JVEG).
Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

Zu 04 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 04/422 26

Die Mittel sind veranschlagt nach der Zahl der vorhandenen Rechtsreferendare und den voraussichtlichen Veränderungen in den Jahren 2017 und 2018 unter Berücksichtigung der seit 01.01.2000 geltenden geringeren Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis. Die gegenüber den Vorjahren erhöhten Ansätze resultieren aus den hohen Studienanfängerzahlen, die ihre Ursachen vor allem im doppelten Abiturjahrgang haben; daneben sind weitere Faktoren wie die Aussetzung der Wehrpflicht ursächlich.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 2.500,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:

Mehr 2.500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 04/427 01

	2017	2018
Entgelte für	Tsd. €	Tsd. €
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	84,5	84,5
- Sonstige (z.B. für nebenamtlichen Unterricht, Aushilfstätigkeiten)	304,5	304,5
Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge und Asylbewerber	700,0	700,0
Zusammen	<u>1.089,0</u>	<u>1.089,0</u>

Zu 04 04/428 01 (428 11)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
428 11-5	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 235 01 und 235 02.</i>	8.800,0	9.000,0	A B C	6.055,5 4.058,4 3.775,2
428 12-4	051	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-3	051	Entgelte der Arbeitnehmer	3.875,0	3.941,2	A B C	3.688,7 4.117,0 4.333,9
428 41-9	051	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A B C	--- 33,2 25,4
453 01-5	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	800,0	800,0	A B C	800,0 636,9 670,4
459 21-5	051	Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kap. 04 04 Tit. 111 03.</i>	41.300,0	41.700,0	A B C	39.000,0 39.119,3 38.314,3
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	13.232,0	13.232,0	A B C	13.232,0 13.608,0 12.691,1
511 02-4	051	Entgelte für Postdienstleistungen <i>Vgl. Vermerk bei 427 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	20.570,2	20.570,2	A B C	19.770,2 19.027,4 18.836,3

Erläuterungen

Zu 04 04/428 11

2017 gegenüber 2016:
Mehr 2.744,5 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Mehr 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 04/428 21

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2017 gegenüber 2016:
Mehr 188,5 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Mehr 66,2 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/453 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	480,0	480,0
2. Umzugskostenvergütungen	320,0	320,0
Zusammen	800,0	800,0

Zu 04 04/459 21

Veranschlagt sind:

1. Die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der Justiz zustehenden Vergütungen aufgrund der Verordnung über die Vergütung für Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst (Bayerische Vollstreckungsvergütungsverordnung - BayVollstrVV) vom 20. Oktober 2015 (GVBI S. 385) in der jeweils geltenden Fassung; die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 v.H., für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 v.H. der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.
2. a) Die den Gerichtsvollziehern gemäß der Verordnung über die Aufwandsentschädigung für Bürokosten der Gerichtsvollzieher (BKEntschV-GV) vom 29. November 2007 (GVBI S. 827) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlenden Entschädigungen; diese Entschädigung wird als Aufwandsentschädigung gezahlt.
b) Die den Gerichtsvollziehern nach § 11 Nrn. 2 und 3 der Gerichtsvollzieherordnung vom 7. März 1980 (JMBl S. 43) in der jeweils geltenden Fassung als Entschädigung für den Aufwand bei der Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen gemäß Nrn. 701 bis 713 des Kostenverzeichnisses zum GvKostG.
3. Die den Vollziehungsbeamten der Justiz nach Nr. 5.1.3 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz vom 16. Juli 1997 (JMBl S. 118) in der jeweils geltenden Fassung zustehende Entschädigung für den Aufwand und zum Ersatzbarer Auslagen (Nr. 5.3 und 5.4.2 a.a.O.).

2017 gegenüber 2016:
Mehr 2.300,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Mehr 400,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung aufgrund Anstiegs von Personal- und Sachkostenerstattung gemäß BKEntschV-GV in den Jahren 2017 und 2018.

Zu 04 04/511 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	5.708,4	5.708,4
2. Bücher und Zeitschriften	2.865,0	2.865,0
3. Kommunikation	2.045,5	2.045,5
4. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.528,0	2.528,0
5. Sonstiges	85,1	85,1
Zusammen	13.232,0	13.232,0

Zu 04 04/511 02

Getrennte Veranschlagung der im Kap. 04 04 besonders hohen Ausgaben für Postdienstleistungen.

2017 gegenüber 2016:
Mehr 800,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
514 01-2	051	Haltung von Dienstfahrzeugen	278,0	278,0	A	278,0
					B	259,8
					C	247,6
514 11-0	051	Dienst- und Schutzkleidung <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 850,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	900,0	850,0	A	488,4
					B	378,4
					C	337,8
514 20-9	051	Beschaffung von Munition	9,4	9,4	A	9,4
					B	11,6
					C	14,7
517 01-9	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 42.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 42.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	24.344,8	24.344,8	A	24.344,8
					B	21.813,1
					C	21.266,5
517 05-5	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	9.476,2	9.476,2	A	10.476,2
					B	8.634,6
					C	9.173,2
517 31-3	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	222,1	222,1	A	222,1
					B	173,2
					C	212,0
517 35-9	051	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	417,1	417,1	A	417,1
					B	419,7
					C	620,1
518 01-8	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch zusätzliche Räumlichkeiten für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften angemietet werden. Eine Weitervermietung der Räumlichkeiten an die jeweiligen Betreuungspersonen der Kinderbetreuungseinrichtung kann auch unter dem vollen Wert erfolgen, soweit dies für einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung erforderlich ist (Art. 63 Abs. 3, 5 BayHO). Die Miet- und Nebenkostenerstattung für die Kinderbetreuungseinrichtung dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung). Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bedarf der Einwilligung des für Finanzen zuständigen Staatsministeriums.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 16.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 16.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.785,5	7.785,5	A	6.785,5
					B	5.896,6
					C	5.477,2
518 11-6	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	710,5	710,5	A	710,5
					B	808,8
					C	785,9
518 18-9	051	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	114,9	114,9	A	114,9
					B	168,9
					C	164,6
519 01-7	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Aus dem Haushaltsansatz kann auch das fachgerechte Herrichten von Räumlichkeiten für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestritten werden. Baukostenerstattungen und -zuschüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	9.761,0	9.761,0	A	9.761,0
					B	9.415,7
					C	11.529,5

Erläuterungen

Zu 04 04/514 01	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	190,3	190,3
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	87,7	87,7
Zusammen	278,0	278,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	278,0	278,0
Personalausgaben	74,0	74,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	61,0	50,0
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	114,9	114,9
Zusammen	527,9	516,9

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.2.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	120	120	103	101	95
Lastkraftwagen, Transporter	22	22	13	13	1
Sonstige (Krafräder und Sonderfahrzeuge)	-	-	1	-	-

Zu 04 04/514 11	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Erstausrüstungen und Dienstkleidungszuschüsse	881,9	831,9
2. Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	15,0	15,0
3. Roben für die Richter des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes	3,1	3,1
Zusammen	900,0	850,0

2017 gegenüber 2016:
Mehr 411,6 Tsd. € wegen Einführung einer neuen Dienstkleidung.

2018 gegenüber 2017:
Weniger 50,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Reinigung, Müllabfuhr u.a.	10.344,8	10.344,8
Ausgabemittel zur Verbesserung der Sicherheit in Justizgebäuden (u.a. Beauftragung privater Wachunternehmen)	14.000,0	14.000,0
Zusammen	24.344,8	24.344,8

Verpflichtungsermächtigung 2017/2018:
Für die Verlängerung/Neuausschreibung der Verträge mit Sicherheitsunternehmen.

Zu 04 04/517 05	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	6.176,2	6.176,2
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	3.300,0	3.300,0
Zusammen	9.476,2	9.476,2

2017 gegenüber 2016:
Weniger 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/518 01
2017 gegenüber 2016:
Mehr 1.000,0 Tsd. € infolge Anmietung weiterer Räumlichkeiten.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
525 01-9	051	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.781,6	2.781,6	A	2.531,6
					B	2.427,3
					C	2.249,3
525 02-8	051	Aus- und Fortbildung von Betreuern <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 90,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 90,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	96,6	96,6	A	96,6
					B	85,2
					C	49,4
526 21-4	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe <i>Zu 526 21 bis 526 33:</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>	50.800,0	50.800,0	A	50.800,0
					B	48.079,8
					C	48.920,5
526 22-3	051	Entschädigungen der gerichtlich bestellten Verteidiger und der in Strafsachen beigeordneten Rechtsanwälte <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	37.800,0	37.800,0	A	37.800,0
					B	35.683,3
					C	34.708,6
526 23-2	051	Entschädigungen für Zeugen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	17.000,0	17.000,0	A	18.200,0
					B	16.261,6
					C	17.177,1
526 24-1	051	Vergütungen für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	185.500,0	185.500,0	A	157.200,0
					B	176.273,0
					C	171.774,8
526 25-0	051	Kosten der einstweiligen Unterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.020,0	1.020,0	A	1.020,0
					B	276,8
					C	115,3
526 26-9	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	6.600,0	6.600,0	A	5.600,0
					B	5.061,8
					C	5.525,9
526 27-8	051	Kosten der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	7.800,0	7.800,0	A	8.800,0
					B	7.044,2
					C	7.577,8

Erläuterungen

Zu 04 04/525 01	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (einschließlich der Reisekosten der Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richter- akademie in Trier und Wustrau)	619,7	619,7
2. Fortbildung der Rechtspfleger	169,9	169,9
3. Fortbildung der in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und in der Gerichtshilfe tätigen Personen	87,1	87,1
4. Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes, der Beamten des Justiz- wachtmeisterdienstes und der Justizangestellten	339,7	339,7
5. Ausbildung der Referendare und Anwärter	445,1	445,1
6. Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektro- nischen Datenverarbeitung für sämtliche Bedienstete	650,1	650,1
7. Qualifizierungsoffensive	220,0	220,0
8. Sonstiges	250,0	250,0
Zusammen	<u>2.781,6</u>	<u>2.781,6</u>

2017 gegenüber 2016:

Mehr 250,0 Tsd. € veranschlagt für das Projekt "IT-Klausur in den Juristischen Staatsprüfungen" unter "Sonstiges".

Zu 04 04/526 21 bis 526 27

Bei den Ausgaben handelt es sich um Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und von gerichtlichen Entscheidungen abhängig sind. Mitveranschlagt sind Dolmetscher- und Übersetzungskosten auch im Bereich der Bewährungshilfe sowie im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland.

Den Ansätzen liegen die Istbeträge 2015 bzw. die voraussichtliche Ausgabenentwicklung zu Grunde.

Zu 04 04/526 21 (und 526 22)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 21:

Mitveranschlagt sind Mittel für die nach § 45 Abs. 2 RVG aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütungen.

Zu 04 04/526 23 (und 526 24)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) in der jeweils geltenden Fassung. Mitveranschlagt sind bei Titel 526 24 Dolmetscher- und Übersetzerkosten.

Titel 526 23:

2017 gegenüber 2016:

Weniger 1.200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 24:

2017 gegenüber 2016:

Mehr 28.300,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 25

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind § 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4 JGG, Nr. 9011 Kostenverzeichnis zum Gerichtskostengesetz.

Zu 04 04/526 26

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind insbesondere Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und §§ 136 ff. Kostenordnung. Im Ansatz sind neben den Kosten für die Online-Auskünfte aus den Registern der Einwohnermeldebehörden (AKDB-Online) auch Reisekosten, die u.a. nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (Nr. 9006 KVGrKG) zu den Gerichtskosten zählen, enthalten. Mitveranschlagt sind Ausgaben für psychosoziale Prozessbegleitung nach dem Gesetz für psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (PsychPbG).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 04/526 27

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl I S. 689) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 44 und Nr. 2501 ff des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
526 28-7	051	Vergütungen und Aufwandsentschädigungen an Vormünder und Betreuer mittelloser Mündel und Betreuer <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	130.000,0	130.000,0	A B C	127.000,0 120.785,5 110.922,5
526 29-6	051	Besondere Ausgaben der Führungsaufsicht im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 01. Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	700,0	700,0	A B C	700,0 145,1 145,7
526 30-3	051	Auslagen in Rechtssachen im Rahmen der Durchführung von Internationalen Veranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	---	A B	100,0 181,0
526 31-2	051	Entschädigungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	10,0	10,0	A B C	10,0 0,6 3,0
526 32-1	051	Entschädigungen für Treuhänder, Insolvenzverwalter und Mitglieder von Gläubigerausschüssen bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	11.500,0	11.500,0	A B C	11.500,0 11.271,7 11.141,3
526 33-0	051	Sonstige Auslagen in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	250,0	250,0	A B C	250,0 128,8 294,2
527 01-7	051	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 02/271 01.</i>	2.300,7	2.300,7	A B C	2.300,7 2.302,8 2.298,7
529 03-3	051	Zur Verfügung der Präsidenten der Oberlandesgerichte für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2,4	2,4	A B C	2,4 2,4 2,4
529 04-2	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	1,8	1,8	A B C	1,8 1,8 1,8
<u>529 06-0</u>	051	Zur Verfügung der Präsidentin des Bayerischen Anwaltsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,8	0,8	A	
532 11-8	051	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	250,0	250,0	A B C	250,0 90,9 139,5
533 01-9	051	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	10,0	10,0	A B C	10,0 7,2 4,0
533 02-8	051	Besondere Kosten der Bewährungsaufsicht, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	690,9	690,9	A B C	690,9 519,6 495,0
533 03-7	051	Kosten von kriminalpädagogischen Schülerprojekten	95,0	95,0	A B C	95,0 33,9 77,1
533 04-6	059	Lokalkammer des Einheitlichen Europäischen Patentgerichts <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	311,0	311,0	A	211,0

Erläuterungen

Zu 04 04/526 28

Vergütungen, Ersatz von Aufwendungen und Aufwandsentschädigungen, die Vormünder und Betreuer aus der Staatskasse erhalten (§§ 1835, 1835a, 1836a, 1908i BGB).

Veranschlagt sind insbesondere auch

- Aufwandspauschalen,
- Aufwendungen für Versicherungen.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel waren bis einschließlich 2004 bei Tit. 681 02 veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 3.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 29

Die Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung ist zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gerichte können bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern, die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen. Dabei haben die Länder gemeinsam die Realisierung einer Lösung in Angriff genommen. Bayern hat sich an diesem Projekt beteiligt, weil eine gemeinsame Lösung wirtschaftlicher und schneller realisierbar war als ein bayerischer Alleingang.

Zu 04 04/526 30

2017 gegenüber 2016:

Weniger 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 04/526 31 bis 526 33

Rechtsgrundlagen sind die Insolvenzordnung in der jeweils geltenden Fassung und (bezüglich der Vergütungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe) das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 04 04/529 03

Verfügungsmittel für die Präsidenten der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg.

Zu 04 04/529 04

Verfügungsmittel für den Präsidenten des Bayer. Verfassungsgerichtshofs.

Zu 04 04/529 06

Verfügungsmittel für die Präsidentin des Bayer. Anwaltsgerichtshofs.

Zu 04 04/533 02

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt.

Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in §§ 68 ff. StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe kann ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Mitveranschlagt sind Mittel bis zu 40,0 Tsd. € zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

Veranschlagt sind:

- Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte
- Kosten der ehrenamtlichen Bewährungshilfe (80,0 Tsd. €)
- sonstige Ausgaben.

Aus dem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

Zu 04 04/533 03

In einem bundesweit neuartigen Modellprojekt wurden in Aschaffenburg, Ingolstadt, Augsburg, Ansbach, Landshut und Memmingen in Anlehnung an US-amerikanische Teencourts Schülergremien eingerichtet, die mit jugendlichen Straftätern über deren Tat sprechen und anschließend eine erzieherische Maßnahme vorschlagen. Erfüllt der Beschuldigte die ihm auferlegte Maßnahme, wird dies von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung zu seinen Gunsten berücksichtigt. Die Übermittlung eines Falles von der Staatsanwaltschaft an das Schülergremium setzt voraus, dass es sich nicht um einen Fall schwerer Kriminalität handelt und der Täter geständig ist. Das Modell soll auf weitere Standorte ausgedehnt werden. Die Mittel werden für die Schulung der mitwirkenden Schüler und für die Vorbereitung, Begleitung und Überwachung des Projekts benötigt.

Zu 04 04/533 04

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
533 05-5	059	Schlichtungsstelle für verbraucherrechtliche Streitigkeiten <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	10,0	10,0	A	100,0
545 01-5	051	Technische Sicherung von Wohnungen	50,0	50,0	A B C	50,0 61,6 73,4
546 49-8	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	225,3	225,3	A B C	225,3 566,0 629,8
547 01-3	051	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die korrespondierenden Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 271 01. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 10,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	---	A B C	--- 16,6 215,9
Ausgaben für den Schuldendienst						
575 01-8	831	Zinsen für hinterlegte Gelder	100,0	100,0	A B C	350,0 84,7 94,4
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-9	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 29. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 960,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2017 in Höhe von 960,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2018 bis 2021 jährlich Tsd. € 240,0</i>	2.642,0	2.642,0	A B C	2.281,7 1.638,9 1.347,3

Erläuterungen

Zu 04 04/533 05

2017 gegenüber 2016:

Weniger 90,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 80,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs von Juristen- oder Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

Zu 04 04/547 01

Aufwendungen für Veranstaltungen, insbesondere nationale und internationale Konferenzen (z. B. Honorare und Reisekosten für Vortragende, sonstige Sachkosten).

Zu 04 04/575 01

Rechtsgrundlage ist das Bayerische Hinterlegungsgesetz vom 23.11.2010 in der jeweils geltenden Fassung.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 250,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/632 01

- a) Der Personal- und Sachaufwand für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen.
- b) Die Kosten der Deutschen Richterakademie -Tagungsstätte Trier - tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder (ohne Beitrittsländer) werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- c) Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Wustrau - tragen Bund und Länder ebenfalls je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- d) Für die Pflege und Weiterentwicklung des EDV-Mahnverfahrens durch die Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg sind die anteiligen Kosten zu erstatten. Des Weiteren bestehen für Pflege und Weiterentwicklung der Online-Antragsverfahren Online-Mahntrag und ProfiMahn Verpflichtungen gegenüber dem Land Bremen. Im Betrag sind auch die an das Land Berlin zu erstattenden Kostenanteile für die Entwicklung einer Automatisierungslösung und deren Betrieb im Rahmen des Europäischen Mahnverfahrens enthalten.
- e) Das Länderportal für Internetveröffentlichungen wird vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben. Veranschlagt ist der jährliche Anteil des Landes Bayern am InsO-Veröffentlichungs-Portal, am Registerportal und am Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach EGVP.
- f) Kosten für die Nutzung der vom Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Justiz-Auktionsplattform.
- g) Elektronische Akte
- h) Länderübergreifendes Vollstreckungsportal
- i) Elektronische Aufenthaltsüberwachung
- j) Justizportal
- k) Kriminologische Zentralstelle
- l) Informationsserver JUMIKO
- m) Kosten für den Betrieb des Zentralen Schutzschriftenregisters (ZSSR)
- n) Zentrale Kopfstelle beim Kraftfahrtbundesamt (AKDB)

Veranschlagt sind:	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
zu a)	200,0	200,0
zu b)	165,0	165,0
zu c)	170,0	176,0
zu d)	570,0	570,0
zu e)	310,0	310,0
zu f)	15,0	15,0
zu g)	20,0	20,0
zu h)	460,0	460,0
zu i)	50,0	50,0
zu j)	210,0	210,0
zu k)	120,0	120,0
zu l)	2,0	2,0
zu m)	300,0	294,0
zu n)	50,0	50,0
Zusammen	2.642,0	2.642,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 360,3 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Erläuterungen

Zu 04 04/671 02

Mit den Ausgabemitteln werden anteilig die Kosten der Übernahme von sog. weißen Karteikarten samt Verwahrmeldungen in das Zentrale Testamentsregister der Bundesnotarkammer finanziert.

Zu 04 04/681 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl I S. 157) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) §§ 467, 467 a ff. StPO.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/685 01

Mit den veranschlagten Mitteln wird das Programm "Kein-Täter-werden-Bayern" finanziert.

Der Träger des Programm "Kein-Täter-werden-Bayern" erzielt durch den Betrieb der Ambulanz keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern" extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens des Trägers verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den jährlichen Zuwendungsbescheiden festgelegt.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Ausweitung des Projekts.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
686 03-2	059	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten des Ansatzes bei Kap. 04 05 Tit. 681 02.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.338,3	4.338,3	A	3.538,3
					B	2.503,8
					C	1.642,6

Erläuterungen**Zu 04 04/686 03**

Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht müssen faktisch ambulante Nachsorgeeinrichtungen für entlassene Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg aufgebaut und betrieben werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München, Nürnberg und Würzburg finanziell gefördert. Zusätzlich sollen über jeweils 3 Jahre von drei Fachambulanzen besonders gefährliche Gewaltstraftäter therapeutisch mitversorgt werden. Die therapeutische Mitversorgung besonders gefährlicher Straftäter ist innerhalb von drei Jahren nach Beginn der ersten Förderung unter fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu evaluieren. Die ambulanten Nachsorgestellen sollen spätestens nach 10 Jahren evaluiert werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 800,0 Tsd. € wegen Aufstockung des Personals der Fachambulanzen, Kostensteigerungen und Mitversorgung von besonders gefährlichen Gewaltstraftätern.

Psychotherapeutische Fachambulanzen:

Die psychotherapeutischen Fachambulanzen für Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg sowie für besonders gefährliche Straftäter werden durch die jeweiligen kirchlichen Träger aus sozialen und christlichen Motiven betrieben. Die Fachambulanzen erzielen hierbei keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, spezialisierte ambulante Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende Sexualstraftäter/Gewaltstraftäter extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens der kirchlichen Träger verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den jährlichen Zuwendungsbescheiden festgelegt.

Psychotherapeutische Fachambulanz des Evangelischen Hilfswerks München, Bayerstraße 15, 80335 München**Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2017 Tsd. €	Betrag für 2018 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	Istergebnis 2015 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.288,7	1.288,7	1.079,2	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	415,7	415,7	345,1	
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
4. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
Zusammen	1.704,4	1.704,4	1.424,3	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	1.704,4	1.704,4	1.424,3	
Zusammen	1.704,4	1.704,4	1.424,3	

Erläuterungen

Psychotherapeutische Fachambulanz der Stadtmission Nürnberg e.V., Pirckheimerstraße 16a, 90408 Nürnberg**Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2017 Tsd. €	Betrag für 2018 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	Istergebnis 2015 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	813,0	827,6	841,1	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	300,6	286,0	252,3	
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
4. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
Zusammen	1.113,6	1.113,6	1.093,4	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	1.113,6	1.113,6	1.093,4	
Zusammen	1.113,6	1.113,6	1.093,4	

Psychotherapeutische Fachambulanz des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg e.V., Franziskanergasse 3, 97070 Würzburg**Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2017 Tsd. €	Betrag für 2018 Tsd. €	Betrag für 2016 Tsd. €	Istergebnis 2015 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.137,1	1.137,1	745,5	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	383,2	383,2	275,1	
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
4. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
Zusammen	1.520,3	1.520,3	1.020,6	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	1.520,3	1.520,3	1.020,6	
Zusammen	1.520,3	1.520,3	1.020,6	

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
		Baumaßnahmen				
701 01-5	051	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 12.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 12.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	12.104,0	12.104,0	A B C	12.104,0 11.096,8 10.043,8

Erläuterungen

Zu 04 04/701 01

	Tsd. €
2017	
1. Landgericht Kempten, Residenzplatz 4 - 6 Sanierung des Südflügels	1.000,0
2. Landgericht Landshut, Maximilianstraße 20-22 Teilsanierung des Sitzungssaalgebäudes	1.000,0
3. Landgericht Augsburg, Am Alten Einlaß 1 Erneuerung des Personenaufzugs im Westflügel	361,0
4. Amtsgericht Laufen, Tittmoninger Straße 32 und 34 Energetische Sanierung	440,8
5. Landgericht Deggendorf, Graflinger Straße 16 Sanierung	740,0
6. Landgericht Memmingen, St. -Josefs-Kirchplatz 2 Dämmung Dachgeschoss und Neueindeckung des Daches	240,0
7. Amtsgericht München, Grundbuchumschreibungsstelle Oberviechtach, Sanierung (Behördenverlagerung)	1.000,0
8. Gerichtsgebäude in Nürnberg, Adam-Klein-Straße 58 und 60 Energetische Sanierung	449,2
9. Amtsgericht Ingolstadt, Neubaustraße 8 Sanierung der Sanitäranlagen	270,2
10. Amts- und Landgericht Ansbach, Promenade 4 und 8 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	1.000,0
11. Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23 Erneuerung der Fenster Altbau, 2. BA	164,0
12. Amtsgericht Hersbruck, Schlossplatz 1 - 3 Strom- und IT-Anbindung der Gebäude 1 und 2	120,0
13. Amtsgericht Neustadt an der Aisch, Bamberger Straße 28 Erneuerung der Bürobeleuchtung	298,0
14. Landgericht Regensburg, Augustenstraße 5 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	200,0
15. Amtsgericht Kelheim, Klosterstraße 6 Energetische Sanierung	800,0
16. Amtsgericht Lichtenfels Errichtung eines Archivgebäudes (Abfinanzierung)	80,0
17. Bayerische Justizakademie Pegnitz Fassadensanierung	469,8
18. Amtsgericht Aschaffenburg, Zweigstelle Alzenau Fassaden- und Burgmauersanierung	200,0
19. Amtsgericht Bad Neustadt an der Saale Dachsanierung	200,0
20. Amtsgericht Wunsiedel Umbau Eingangsbereich, Sicherheitsmaßnahmen	341,0
21. Amtsgericht Obernburg am Main, Zweigstelle Miltenberg Sanierung	300,0
22. Amtsgericht Gemünden am Main, Bahnhofstraße 13 Fortführung der Sanierung	300,0
23. Amtsgericht Kulmbach Errichtung einer Fluchttreppe	130,0
Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei 2023"	
24. Landgericht Passau, Referendarzentrum Barrierefreie Erschließung	313,0
25. Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen Barrierefreie Erschließung	166,0
26. Amtsgericht Erding, Münchner Straße 27 Barrierefreie Erschließung	451,0
27. Amtsgericht Pfaffenhofen, Ingolstädter Straße 45 Barrierefreie Erschließung	35,0
28. Landgericht Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1 Schaffung einer barrierefreien Toilette	35,0
29. Gerichtsgebäude Nürnberg, Adam-Klein-Straße 58 und 60 Barrierefreie Erschließung	370,0
30. Amtsgericht Kelheim, Klosterstraße 6 Barrierefreie Erschließung	230,0
31. Amtsgericht Gemünden am Main, Bahnhofstraße 13 Herstellung der Barrierefreiheit und Einbau eines Aufzugs	400,0
Zusammen	12.104,0

Erläuterungen

	Tsd. €
2018	
1. Amtsgericht München, Prielmayerstraße 7, Infanteriestraße 5 Verlegung der Telefonzentrale	795,0
2. Landgericht Memmingen, Hallhof 1 und 4 Sanierung der Tiefgarage u.a.	560,0
3. Amtsgericht Neuburg an der Donau, Ottheinrichplatz A 1 Instandsetzung der Fassade, Erneuerung der Fenster	750,0
4. Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen Energetische Sanierung u.a.	747,0
5. Landgericht Augsburg, Fuggerstraße 10 Sicherheitsmaßnahmen	220,0
6. Landgericht Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1 Verbesserung des Wärmeschutzes u.a.	240,0
7. Amtsgericht Dachau, Krankenhausstraße 11 Sanierung des Flachdaches u.a.	280,9
8. Amtsgericht München, Grundbuchumschreibungsstelle Oberviechtach Sanierung (Behördenverlagerung)	1.000,0
9. Landgericht München I, Elisabethstraße 79 Sanierung der Sanitäranlagen	360,0
10. Landgericht Deggendorf (Bewährungshilfe) Sanierung	99,1
11. Amts- und Landgericht Ansbach, Promenade 4 und 8 Umsetzung des Sicherheitskonzepts	700,0
12. Amtsgericht Hersbruck, Schlossplatz 1 - 3 Brandschutz-, Elektroarbeiten, u.a.	273,2
13. Amtsgericht Neumarkt in der Oberpfalz, Residenzplatz 1 Statische Sicherung und Sanierung des Dachstuhls	965,0
14. Amtsgericht Kelheim, Klosterstraße 6 Brandschutzmaßnahmen	295,0
15. Amtsgericht Straubing, Kolbstraße 11 Erneuerung des Daches	798,0
16. Amtsgericht Obernburg am Main, Zweigstelle Miltenberg Sanierung	900,0
17. Amtsgericht Gemünden am Main Sanierung	500,0
18. Amtsgericht Kitzingen Sanierung der WC-Anlagen	150,8
19. Amtsgericht in Lichtenfels Umbau des Eingangsbereichs zur Verbesserung der Sicherheit	350,0
20. Amtsgerichtsgebäude in Bad Kissingen Dachsanierung	120,0
<u>Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei 2023"</u>	
21. Landgericht Augsburg, Fuggerstraße 10 Barrierefreie Erschließung	863,0
22. Landgericht Kempten, Residenzplatz 4-6 Behindertengerechte Toilette	74,0
23. Amtsgericht Ingolstadt, Harderstraße 6 Herstellung der Barrierefreiheit	43,0
24. Gerichtsgebäude Nürnberg, Adam-Klein-Straße 58 und 60 Barrierefreie Erschließung	207,0
25. Amtsgericht Kelheim, Klosterstraße 6 Barrierefreie Erschließung (2. BA)	50,0
26. Amtsgericht Straubing, Kolbstraße 7 Anbau eines Außenaufzugs (1. BA)	343,0
27. Amtsgericht Gemünden am Main, Bahnhofstraße 13 Herstellung der Barrierefreiheit und Einbau eines Aufzugs	300,0
28. Amtsgericht Obernburg am Main, Zweigstelle Miltenberg Herstellung der Barrierefreiheit und Einbau eines Aufzugs	120,0
Zusammen	12.104,0

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
710 00-5	051	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 151.700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 40.600,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	37.000,0	37.000,0	A	38.000,0
					B	32.975,6
					C	24.464,0
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-2	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	61,0	50,0	A	75,5
					B	31,0
					C	47,0
812 01-1	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.967,1	3.945,8	A	3.392,2
					B	2.695,2
					C	2.778,4
812 05-7	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Günzburg	---	---	A	---
					B	295,8
812 06-6	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Memmingen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 159,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.069,2	159,0	A	---
812 08-4	051	Neuausstattung des Sitzungssaalgebäudes auf dem Gelände der JVA München-Stadelheim	---	---	A	---
					B	52,6
812 09-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Rosenheim	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 04/811 01

2017 gegenüber 2016:
Weniger 14,5 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Weniger 11,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

2017	Tsd. €
1. Erstbeschaffung	
Transporter (Amtsgericht Obernburg a.M.)	20,0
Transporter (Landgericht Schweinfurt)	20,0
Transporter (Oberlandesgericht München)	-
2. Ersatzbeschaffung	
Transporter (Amtsgericht München)	21,0
Zusammen	61,0

2018

1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Transporter (Justizbehörden Bamberg)	20,0
Transporter (Amtsgericht München)	30,0
Zusammen	50,0

Zu 04 04/812 01

Veranschlagt sind Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie für Ausstattungsmaßnahmen geringeren Umfanges.

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geräte für Textautomation/Mikrocomputer	15,0	15,0
2. Telekommunikationsgeräte (ohne Telefax)	85,0	85,0
3. Kopierautomaten	1.095,0	705,0
4. EDV-gerechtes Mobiliar	160,0	400,0
5. Video-Anlagen	31,0	31,0
6. Zeiterfassungsgeräte	43,2	21,0
7. Diktier- und Wiedergabegeräte	200,0	400,0
8. Maschinen und Geräte für den Bürobetrieb	210,0	750,0
9. Maschinen und Geräte für die Hausbewirtschaftung	250,0	230,0
10. Registratureinrichtungen	700,0	700,0
11. Kleinere Teilneuausstattungen	177,9	608,8
Zusammen	2.967,1	3.945,8

2017 gegenüber 2016:
Weniger 425,1 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Mehr 978,7 Tsd. € infolge Anpassung an voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 05

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 04/812 06

In Zusammenhang mit der bei Kap. 04 04 Tit. 725 03 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2017 gegenüber 2016:
Mehr 1.069,2 Tsd. € infolge erstmaliger Veranschlagung.

2018 gegenüber 2017:
Weniger 910,2 Tsd. € infolge der voraussichtlichen Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 09

Die Ausstattung des ersten Teilbauabschnittes ist abgeschlossen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
812 14-6	051	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.155,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0	1.155,0	A	280,0
					B	106,8
					C	400,9
812 15-5	051	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 367,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	668,0	367,0	A	135,0
					B	504,8
					C	191,3
812 19-1	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Amberg	***	***	A	---
					B	380,2
812 21-7	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Haßfurt	---	---	A	300,0
812 25-3	051	Teilneuausstattung Justizbehörden München <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	100,0	A	660,0
					B	507,7
					C	437,1
812 29-9	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Hof	---	---	A	470,0
812 30-6	051	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzanlagen	110,0	110,0	A	110,0
					B	21,9
					C	37,5
812 31-5	051	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 150,9</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	224,4	150,9	A	700,0
					B	228,8
					C	387,9
812 33-3	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizschule Pegnitz	173,0	15,0	A	50,0
					B	45,0

Erläuterungen

	Tsd. €
Zu 04 04/812 14	
Kosten der Maßnahme	8.330,2
Bis einschließlich 2016 bewilligt	6.775,2
Haushaltsbetrag 2017	400,0
Haushaltsbetrag 2018	1.155,0

2017 gegenüber 2016:
Mehr 120,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Mehr 755,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 04/812 15
2017 gegenüber 2016:
Mehr 533,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Weniger 301,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 21
In Zusammenhang mit der bei Kap. 04 04 Tit. 743 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind im Jahr 2016 Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2017 gegenüber 2016:
Weniger 300,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

	Tsd. €
Zu 04 04/812 25	
Kosten der Maßnahme	11.753,2
Bis einschließlich 2016 bewilligt	11.553,2
Haushaltsbetrag 2017	100,0
Haushaltsbetrag 2018	100,0

Die Mittel sind vor allem für Dienstzimmer- und Sitzungssaalausstattungen in den Münchner Justizgebäuden vorgesehen.

2017 gegenüber 2016:
Weniger 560,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 29
Im Zusammenhang der bei 04 04/735 02 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind im Haushaltsjahr 2016 Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2017 gegenüber 2016:
Weniger 470,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 31
Auf die wachsende Bedrohung durch Terroristen, die Zunahme der organisierten Kriminalität und die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft muss auch bei den Gerichtsgebäuden durch eine Verbesserung der Sicherheit reagiert werden. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können zusätzliche technische Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Zugangs- und Fassadenüberwachungen, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Notrufeinrichtungen) beschafft werden.

2017 gegenüber 2016:
Weniger 475,6 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Weniger 73,5 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/812 33
2017 gegenüber 2016:
Mehr 123,0 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Weniger 158,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A Soll 2016 B Ist 2015 C Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
<u>812 34-2</u>	051	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Justizbehörden Augsburg <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 120,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0	120,0	A

Erläuterungen

Zu 04 04/812 34

Im Zusammenhang mit der Neuanmietung des Gebäudes für die Augsburger Justiz in Edisonstraße sind in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 400,0 Tsd. € infolge erstmaliger Veranschlagung.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 280,0 Tsd. € infolge der Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG mit Ausnahme von 981 99 gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Für neue IT-Verfahren und wesentliche Kapazitäts- und Qualitätsausweitungen kann aus den Titeln der TG bei den Kapiteln 06 04 und 06 21 die Titelgruppe 60 verstärkt werden.</i>				
511 99-8	051	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	6.157,5	7.157,5	A	4.157,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.700,0</i>			B	4.858,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 5.400,0</i>			C	4.716,8
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				

Erläuterungen**Zu 04 04/99**

In folgenden Bereichen der bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Aufgaben mit Hilfe der IT erledigt oder durch IT unterstützt:

- Beitreibung von Geldstrafen und -bußen (EDV-Geldstrafenvollstreckung),
- Verfahren der Insolvenzgerichte (forumSTAR-Insolvenz),
- Verfahren der Straferichte (forumSTAR-Straf),
- Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften (web.sta, Textverarbeitung TV-StA),
- Vollstreckung der Erzwingungshafenanträge der Zentralen Bußgeldstelle,
- Zentrale Vollzugsdatei,
- Grundbuchführung (SolumSTAR),
- Entwicklung eines bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuches,
- Integriertes Haushaltsverfahren (IHV),
- Personal- und Stellenverwaltung in der staatlichen Verwaltung (VIVA),
- Kassenbuchführung und Kosteneinzahlung bei der Landesjustizkasse Bamberg (IHV, KABU und EDV-Kosteneinzahlung),
- Kostenberechnung (SKostS, forumSTAR),
- Justizverwaltung (VEWA, DIAPERS, Bildungsmanager, eAkte [eGovSuite Bayern, Archivierungsprojekt ELAP]),
- Einholung von Auskünften aus den juristischen Informationssystemen Datenbank BAYERN-RECHT (beck), beck-online, JURIS und Jurion,
- Einholung von Auskünften bei zentralen Registern durch die Gerichtsvollzieher,
- Vollstreckungsportal der Länder,
- Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Vollstreckungsgerichten sowie in FamFG-Angelegenheiten (forumSTAR),
- Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters (RegisSTAR),
elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten,
- Automatisiertes Mahnverfahren (AUGEMA),
- Rechtsreferendarverwaltung (RAS),
- Bewährungshilfe (SoPart),
- elektronisches Integrationsportal (eIP).

Die Arbeiten erledigen grundsätzlich Bedienstete der Justizverwaltung, soweit nicht andere Stellen in Anspruch genommen werden. Zuständig ist das IT-Servicezentrum der bayerischen Justiz beim Oberlandesgericht Nürnberg (Jus-IT) mit Ausnahme der Aufgaben, die von der IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz (IBS) wahrgenommen werden. Ferner sind im jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Landesjustizkasse Bamberg (LJK) sowie das Zentrale Mahngericht bei dem Amtsgericht Coburg (ZEMA) mit Aufgaben der elektronischen Datenverarbeitung betraut.

Erläuterungen

Für die Betreuung der vernetzten PC und PC-Fachanwendungen ist ferner als zentrale Anlaufstelle der Anwender die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz in Amberg zuständig.

Rein technische Betriebs- und Betreuungsaufgaben (insbesondere Hardware, System- und Standardsoftware sowie Netz) sowie die im Wege der Ersatzbeschaffung auszurollenden PC und IT-Infrastruktur sind - unter Wahrung der Kernkompetenz der Justiz - auf externe Firmen verlagert.

Die Rechenzentrumsdienstleistungen werden

- vom Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord für den Bereich des Fachverfahrensbetriebs und

- vom Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (IT-Dienstleistungszentrum Bayern)

für das Rechtsreferendarausbildungssystem (RAS)

vorgenommen.

Übersicht über das dem IT-Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften (IT-Stelle, IBS, LJK, ZEMA) zuzuordnende Personal:

	Anzahl der Stellen 2017	Anzahl der Stellen 2018
Beamte		
R 2	2,0	2,0
R 1	7,0	7,0
B 3	1,0	1,0
A 15	1,0	1,0
A 14	1,0	1,0
A 13	5,4	5,4
A 12	19,7	19,7
A 11	42,5	42,5
A 10	38,5	38,5
A 9 + Z	7,3	7,3
A 9	24,7	24,7
A 8	32,2	32,2
A 7	25,6	25,6
A 6	8,9	8,9
Summe	216,8	216,8

	Anzahl der Stellen 2017	Anzahl der Stellen 2018
Arbeitnehmer		
E 14	1,0	1,0
E 13	1,0	1,0
E 12	-	-
E 11	1,0	1,0
E 10	7,8	7,8
E 9	35,8	35,8
E 8	6,8	6,8
E 7	-	-
E 6	5,5	5,5
E 5	-	-
Summe	58,9	58,9
Insgesamt	275,7	275,7

Zu 04 04/511 99

	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	471,7	419,5
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	3.456,9	4.652,5
3. Mieten und Wartung	2.223,7	2.081,2
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	5,2	4,3
Zusammen	6.157,5	7.157,5

2017 gegenüber 2016:

Mehr 2.000,0 Tsd. €, u.a. aufgrund höherer Leitungskosten für den Ausbau der Gerichtsstandortanbindung sowie Pflege- und Wartungskosten für die eingesetzten Fachverfahren.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 1.000,0 Tsd. €, u.a. aufgrund höherer Leitungskosten für den weiteren Ausbau der Gerichtsstandortanbindung sowie Erhöhung der Pflege- und Wartungskosten für die eingesetzten Fachverfahren.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
514 99-5	051	Verbrauchsmittel	30,0	30,0	A	30,0
					B	10,4
					C	18,4
518 99-1	051	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.900,8	1.900,8	A	1.900,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>	<i>1.900,0</i>		B	<i>1.383,4</i>
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>	<i>1.900,0</i>		C	<i>1.844,5</i>
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
519 99-0	051	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-2	051	Aus- und Fortbildung	124,6	124,6	A	124,6
					C	1,4
526 99-1	051	Ausgaben für Sachverständige	17.193,8	16.993,8	A	14.993,8
		<i>Einseitig deckungsfähig bis zu 206,4 Tsd.€/Jahr zu Gunsten</i>			B	<i>18.503,4</i>
		<i>06 21/547 60 für zentralen Sachaufwand im Zusammenhang</i>			C	<i>17.488,2</i>
		<i>mit der Einführung der elektronischen Akte in StK, StMI, StMJ,</i>				
		<i>StMBW, StMFLH, StMWi, StMELF, StMAS sowie ORH und</i>				
		<i>ihren Betrieb beim Rechenzentrum Nord, beim IT-</i>				
		<i>Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern sowie beim</i>				
		<i>Kompetenzzentrum DMS bei der Regierung von Schwaben.</i>				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>	<i>11.440,0</i>			
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>	<i>13.850,0</i>			
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2018 in</i>				
		<i>Höhe von 13.850,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i>				
		<i>Haushaltsjahren</i>				
		<i>2019 Tsd. €</i>	<i>11.450,0</i>			
		<i>2020 bis 2022 jährlich Tsd. €</i>	<i>800,0</i>			
533 99-2	051	Nebenkosten der Datenverarbeitung	244,0	244,0	A	244,0
					B	14,9
					C	0,7
534 99-1	051	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	5.030,6	6.594,8	A	4.399,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>	<i>1.300,0</i>		B	<i>3.373,0</i>
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	<i>4.348,8</i>
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>	<i>2.000,0</i>			
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2018 in</i>				
		<i>Höhe von 2.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den</i>				
		<i>Haushaltsjahren</i>				
		<i>2019 Tsd. €</i>	<i>1.100,0</i>			
		<i>2020 bis 2022 jährlich Tsd. €</i>	<i>300,0</i>			
632 99-2	051	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch)	---	---	A	---
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei</i>			B	<i>436,3</i>
		<i>Tit. 232 02.</i>			C	<i>1.041,9</i>
812 99-4	051	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	17.331,4	18.331,4	A	14.331,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i>	<i>5.670,0</i>		B	<i>7.374,3</i>
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i>	<i>5.670,0</i>		C	<i>8.927,8</i>
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
Summe der Titelgruppe			48.012,7	51.376,9	A	40.181,1
					B	35.954,1
					C	38.388,4
Gesamtausgaben			1.400.967,0	1.423.185,4	A	1.352.890,9
					B	1.297.824,1
					C	1.261.369,7

Erläuterungen

Zu 04 04/526 99

2017 gegenüber 2016:

Mehr 2.200,0 Tsd. € infolge höherer Kosten für die externen Leistungen (Outsourcing) beim IT-Betrieb, PC- und Server-Ersatzbeschaffungen und User-Help-Desk sowie für notwendige Sachverständigenleistungen.

2018 gegenüber 2017:

Weniger 200,0 Tsd. € infolge geringerer Kosten für externe Leistungen aufgrund der Preisreduktion im fünften Betriebsjahr.

Zu 04 04/534 99

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	426,8	564,0
2. Softwareentwicklung durch Dritte	4.603,8	6.030,8
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	5.030,6	6.594,8

2017 gegenüber 2016:

Mehr 631,6 Tsd. € für Weiterentwicklung von Software sowie der Implementierung in Fachverfahren der Fachgerichtsbarkeit sowie zur Modernisierung des Fachverfahrens forumSTAR.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 1.564,2 Tsd. € für Modernisierung des Fachverfahrens forumSTAR.

Zu 04 04/632 99

Die Landesjustizverwaltungen haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung darauf verständigt, Fachverfahren gemeinsam zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Dies betrifft derzeit die Fachverfahren forumSTAR, SolumSTAR, web.sta, RegisSTAR und bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch.

Zu 04 04/812 99

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Zentraleinheiten	5.716,3	3.842,3
2. Peripheriegeräte	7.608,5	7.956,8
3. Datenträger	-	-
4. Erwerb von Software	4.006,6	6.532,3
5. Geräte und Einrichtungsgegenstände für Zwecke des Datenschutzes und der Datensicherheit	-	-
Zusammen	17.331,4	18.331,4

2017 gegenüber 2016:

Mehr 3.000,0 Tsd. € aufgrund höherer Beschaffungskosten für Standardsoftware und Server- und Infrastruktursysteme.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 1.000,0 Tsd. € aufgrund größerer Anzahl zu beschaffender Zentraleinheiten.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	982.450,0	985.450,0	A B C	974.850,0 999.355,6 1.070.175,3
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.530,0	3.530,0	A B C	3.530,0 8.027,3 9.580,1
		Gesamteinnahmen	985.980,0	988.980,0	A B C	978.380,0 1.007.382,9 1.079.755,4
		Personalausgaben	741.403,5	760.307,7	A B C	732.841,7 695.284,3 679.801,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	574.309,1	576.623,3	A B C	538.005,1 536.068,0 524.318,2
		Ausgaben für den Schuldendienst	100,0	100,0	A B C	350,0 84,7 94,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	12.546,3	12.546,3	A B C	11.086,0 10.070,7 9.360,6
		Baumaßnahmen	49.104,0	49.104,0	A B C	50.104,0 44.072,3 34.507,8
		Sonstige Sachinvestitionen	23.504,1	24.504,1	A B C	20.504,1 12.244,1 13.287,7
		Gesamtausgaben	1.400.967,0	1.423.185,4	A B C	1.352.890,9 1.297.824,1 1.261.369,7
		Zuschuss	414.987,0	434.205,4	A B C	374.510,9 290.441,2 181.614,3

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	056	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	6,3	6,3	A	6,3
					B	4,1
					C	5,9
111 02-5	056	Haftkostenbeiträge	250,0	250,0	A	150,0
					B	278,2
112 01-5	056	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	0,2	0,2	A	0,2
					B	0,1
					C	1,2
119 11-6	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	19,0	19,0	A	30,5
					B	18,4
					C	24,8
119 49-2	056	Vermischte Einnahmen	745,0	745,0	A	869,4
					B	742,6
					C	1.050,3
124 01-1	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1.750,0	1.750,0	A	1.750,0
					B	2.048,3
					C	2.468,9
125 01-0	056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten <i>Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 05 Titelgruppe 72 zu 100 %. Leistungen der Arbeitsbetriebe und der Arbeitseinsatz von Gefangenen dürfen für die in der Bekanntmachung vom 23. Sept. 1997 (JMBl S. 132) genannten Bezugsberechtigten nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	41.000,0	41.000,0	A	44.000,0
					B	41.806,7
					C	44.134,9
125 02-9	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Vgl. Vermerk zu 514 21.</i>	560,0	560,0	A	560,0
					B	567,3
					C	595,0
129 05-2	056	Energieeinspeisevergütungen	166,4	166,4	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-1	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	200,0	200,0	A	200,0
					B	234,5
					C	819,8
232 01-0	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	50,0	50,0	A	45,0
					B	91,6
					C	224,3
<u>235 01-7</u>	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Ausbildungsmaßnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 72.</i>	---	---	A	---
235 12-4	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 428 12.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 05

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen. Rechtsgrundlagen: Bayerisches Strafvollzugsgesetz vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866), Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 678), in den jeweils geltenden Fassungen.

Zu 04 05/111 01 bis 125 02

Den veranschlagten Beträgen liegt die Einnahmeentwicklung der Vorjahre zugrunde.

Zu 04 05/111 01

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

Zu 04 05/111 02

Veranschlagt sind die an den Freistaat Bayern aufgrund von Art. 49 BayStVollzG von Gefangenen zu zahlenden Haftkostenbeiträge.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/119 11

2017 gegenüber 2016:

Weniger 11,5 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/119 49

2017 gegenüber 2016:

Weniger 124,4 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/124 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1.490,0	1.490,0
Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	100,0	100,0
Einnahmen für die Nutzung verwaltungseigener Geräte	40,0	40,0
Sonstige Einnahmen	120,0	120,0
Zusammen	1.750,0	1.750,0

Zu 04 05/125 01

Vgl. 04 05/TG 72 (Ausgaben).

2017 gegenüber 2016:

Weniger 3.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Auftragsentwicklung.

Zu 04 05/125 02

Vgl. 04 05/514 21.

Zu 04 05/129 05

Veranschlagt sind die von den Justizvollzugsanstalten generierten Energieeinspeisevergütungen.

Zu 04 05/231 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen nach der Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen (JMBek vom 26. Januar 1978, JMBl S. 20, in der jeweils geltenden Fassung).

Zu 04 05/232 01

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 5,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/235 01

Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit im Hinblick auf Ausbildungsmaßnahmen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
236 01-6	056	Erstattung von Verletztengeld sowie der nach § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile an die Bundesagentur für Arbeit durch die Bayerische Landesunfallkasse	68,0	68,0	A B C	66,0 71,3 68,3
261 01-4	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	58,0	58,0	A B C	80,0 59,4 67,5
271 01-2	056	Zuweisungen der EU und des Bundes im Rahmen von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 71.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			44.872,9	44.872,9	A B C	47.757,4 45.922,5 49.460,9
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-0	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter	204.497,6	208.431,3	A B C	196.217,5 189.963,6 181.550,6
422 21-6	056	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	5.345,1	5.652,1	A B C	6.183,0 5.413,9 5.231,2
422 31-4	056	Bezüge und Nebenleistungen der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
422 41-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A B C	--- 413,7 338,1
427 01-5	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	215,0	215,0	A B C	235,0 175,5 195,2
427 41-7	056	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/427 41.</i>	---	---	A	25,0
428 01-4	056	Entgelte der Arbeitnehmer	40.955,7	41.648,8	A B C	40.583,7 38.872,8 38.298,2
428 11-2	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	1.507,5	1.507,5	A B C	1.507,5 1.815,3 1.441,9
428 12-1	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-0	056	Entgelte der Arbeitnehmer	1.857,6	1.889,1	A B C	1.721,2 1.763,1 1.713,5
428 41-6	056	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A B C	--- 183,0 225,1

Erläuterungen

Zu 04 05/236 01

Die Bayerische Landesunfallkasse erstattet neben dem Verletztengeld die in ihrem Auftrag von der Justizvollzugsanstalt München gemäß § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 2,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 04 05/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 50 Sozialgesetzbuch I zu entrichtenden Beträge.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 22,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/271 01

Zuweisungen der Europäischen Union und des Bundes zur Durchführung von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt.

Zu 04 05/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Erschwerniszulagen	1.800,0	1.800,0

Zu 04 05/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 05/422 41 (und 428 41)

Vgl. 04 02/422 41 (und 428 41).

Zu 04 05/427 01

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Vergütungen für		
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	100,0	100,0
- Sonstige (z.B. für nebenamtl. Unterricht, Aushilfen)	115,0	115,0
Zusammen	215,0	215,0

2017 gegenüber 2016:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung.

Zu 04 05/428 01 (und 428 12, 428 21)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 05/428 11

Veranschlagt sind Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung für vorübergehend beschäftigte Arbeitnehmer.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
453 01-2	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	460,0	460,0	A B C	460,0 483,1 553,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.387,1	1.387,1	A B C	1.387,1 1.305,0 1.299,0
511 22-7	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	627,0	627,0	A B C	477,0 684,0 677,8
511 24-5	056	Aus- und Fortbildung der passiv verweisenden Rauschgiftspürhunde sowie Aufwandsentschädigung für Hundehalter	67,1	67,1	A B C	67,1 46,1 60,1
514 01-9	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	396,7	396,7	A B C	396,7 442,6 445,3
514 11-7	056	Dienst- und Schutzkleidung <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.900,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.400,0	2.900,0	A B C	2.047,7 1.363,0 1.511,2
514 20-6	056	Beschaffung von Munition	68,0	68,0	A B C	68,0 71,1 76,6
514 21-5	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 76,92 v.H. der Mehreinnahme bei 125 02.</i>	440,0	440,0	A B C	415,4 439,9 455,3
517 01-6	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	7.500,0	7.500,0	A B C	7.500,0 7.578,0 7.121,1

Erläuterungen

Zu 04 05/453 01		2017	2018
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Trennungsgeld	320,0	320,0
2.	Umzugskostenvergütungen	140,0	140,0
	Zusammen	460,0	460,0

Zu 04 05/511 01		2017	2018
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	445,0	445,0
2.	Bücher und Zeitschriften	130,0	130,0
3.	Kommunikation	200,0	200,0
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	205,0	205,0
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	370,0	370,0
6.	Sonstiges	37,1	37,1
	Zusammen	1.387,1	1.387,1

Zu 04 05/511 22

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Videoüberwachungsanlagen, Funksprechgeräten, Waffen, Schutzmasken und Drogentestutensilien.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 150,0 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf für die Wartung der hochtechnisierten Überwachungsanlagen. Zudem werden zusätzliche Mittel für die Durchführung von Drogenscreenings benötigt.

Zu 04 05/514 01		2017	2018
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	200,0	200,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	196,7	196,7
	Zusammen	396,7	396,7

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung			
Kosten wie vor	396,7	396,7	
Personalausgaben	-	-	
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	280,0	280,0	
Ausgaben für Leasing/Miete	27,9	27,9	
Zusammen	704,6	704,6	

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.4.2016	
	2017	2018	2016	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	64	64	57	60	17
Lastkraftwagen, Transporter	29	31	27	29	-

Zu 04 05/514 11

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Erstausrüstung der Bediensteten mit der neuen Dienst- und Schutzkleidung sowie zur Leistung des Dienstkleidungszuschusses benötigt.

		2017	2018
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Erstausrüstung Anwärter	150,0	150,0
2.	Einführung der neuen Dienstkleidung	2.100,0	2.100,0
3.	Dienstkleidungszuschuss	1.050,0	550,0
4.	Schutzkleidung	100,0	100,0
	Zusammen	3.400,0	2.900,0

Zu 04 05/514 20

Beschaffung von Munition, Holstern, Reizstoffsprühgeräten und sogenannten Jet Protectoren.

Zu 04 05/514 21

Vgl. 04 05/125 02.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 24,6 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
517 05-2	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	15.500,0	15.500,0	A B C	16.400,0 14.288,3 14.460,6
517 31-0	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-6	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-5	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.333,0	1.333,0	A B C	1.500,0 1.178,6 7,5
518 11-3	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	103,8	103,8	A B C	53,8 104,3 113,2
518 18-6	056	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	27,9	27,9	A B C	27,9 39,4 35,4
518 31-9	056	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	12.000,0	12.000,0	A B C	12.000,0 10.907,5 7.783,7
520 01-1	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 823 10.</i>	1.571,4	1.517,0	A B C	1.670,0 1.675,2 1.665,7

Erläuterungen

Zu 04 05/517 05		2017	2018
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	9.500,0	9.500,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	6.000,0	6.000,0
Zusammen		15.500,0	15.500,0

2017 gegenüber 2016:
Weniger 900,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/518 01.

2017 gegenüber 2016:
Weniger 167,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/518 11

2017 gegenüber 2016:
Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf. Es müssen vermehrt Großgeräte im medizinischen Bereich (zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Gefangenen) gemietet werden.

Zu 04 05/518 18

Im Wege des Leasings sollen unter anderem eine Erstbeschaffung (Anstaltsleiterfahrzeug Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg) sowie zwei Ersatzbeschaffungen (Bayerische Justizvollzugsakademie Straubing, Opel Omega, Baujahr 2003, Audi A6, Baujahr 2004) getätigt werden.

Zu 04 05/519 01		2017	2018
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	11.900,0	11.900,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	100,0	100,0
Zusammen		12.000,0	12.000,0

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die unabweisbaren Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am umfangreichen, durch Neubauten erweiterten, teilweise aber auch sehr alten Gebäudebestand sowie für dringende Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen benötigt. Die zahlreichen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Justizvollzugsanstalten (ehemalige Klosterbauten in Ebrach, Kaisheim, Niederschönenfeld, Ordensschloss St. Georgen-Bayreuth etc.) erfordern einen zusätzlichen Mitteleinsatz.

Zu 04 05/520 01

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Zahlung des Zinsanteils (gemäß Zins- und Tilgungsplan) und der Betriebskosten des ÖPP-Projekts Neubau der Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München benötigt. Die Raten für die investiven Kosten sind bei 04 05/823 10 veranschlagt.

		2017	2018
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Zinsanteil	842,9	788,5
2.	Betriebskosten	728,5	728,5
Zusammen		1.571,4	1.517,0

2017 gegenüber 2016:
Weniger 98,6 Tsd. €,

2018 gegenüber 2017:
Weniger 54,4 Tsd. € wegen des Rückgangs des jährlichen Zinsanteils.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
525 01-6	056	Aus- und Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer	669,3	669,3	A B C	369,3 492,3 447,8
525 02-5	056	Ausbildung an Waffen und in waffenloser Kampfführung <i>Vgl. Vermerk zu 525 01.</i>	34,9	34,9	A B C	34,9 28,9 34,0
527 01-4	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	220,5	220,5	A B C	220,5 290,9 261,0
533 01-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	60,0	60,0	A B C	60,9 51,5 62,9
546 49-5	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	230,1	230,1	A B C	230,1 295,4 294,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
681 01-6	056	Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/525 01	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Lehrgänge über Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten	21,0	21,0
2. Lehrgänge für die Anwendung unmittelbaren Zwanges	8,0	8,0
3. Lehrgänge über Reizstoff- und Schusswaffengebrauch	9,0	9,0
4. Lehrgänge für Führungskräfte	15,0	15,0
5. Einführungslehrgänge für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	14,0	14,0
6. Fachtagungen für Anstaltsleiter, Juristen, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter und Referatsleiter	150,0	150,0
7. Grund- und Aufbaulehrgänge für den allgemeinen Vollzugsdienst	26,0	26,0
8. Seminare über Probleme mit Drogenabhängigen im Strafvollzug	8,5	8,5
9. Seminare über Aidsprobleme	6,0	6,0
10. Lehrgänge für Mitarbeiter im Wohngruppenvollzug	10,0	10,0
11. Seminare für weibliche Vollzugsbedienstete	10,0	10,0
12. Fortbildungslehrgänge für Wirtschaftsverwaltungsbeamte	10,0	10,0
13. Technische und betriebswirtschaftliche Lehrgänge	25,0	25,0
14. Speziallehrgänge für Leiter der Arbeitsverwaltungen und Beamte des Werkdienstes	14,0	14,0
15. Seminare für Funktionsbeamte	11,0	11,0
16. Seminare für Beamte in der Sozialtherapie und im Jugendstrafvollzug (einschließlich Zusatzausbildung gem. § 91 Abs. 4 JGG)	50,0	50,0
17. Seminare über Fragen der Zusammenarbeit und der problemorientierten Gesprächsführung	9,0	9,0
18. Lehrgänge für Ausbildungsleiter und Dienstleiter	9,0	9,0
19. Lehrgänge für Mitarbeiter in Bausachen	4,0	4,0
20. Seminare über Berufsbildungsmaßnahmen für Gefangene	15,0	15,0
21. Lehrgänge für Sicherheitsmeister, Röntgen- und Laborhelfer, Desinfektoren, Kesselwärter, Schweißer, Holzarbeiter	30,0	30,0
22. Lehrgänge für Sanitäts- und Küchenbeamte	11,0	11,0
23. Lehrgänge über Behandlungsvollzug	10,0	10,0
24. Seminare zu interkultureller Kompetenz und Fremdsprachen	80,0	80,0
25. Ausbildung für "Reasoning & Rehabilitation" Trainer	19,0	19,0
26. Seminare über Umweltschutz	10,0	10,0
27. Rüstzeiten (ev.) und rel. Besinnungstage (kath.)	4,0	4,0
28. Lehr- und Lernmittel	11,0	11,0
29. Sonstiges (z.B. Umlage Verwaltungsschule)	9,0	9,0
30. Anstaltsinterne Einzelmaßnahmen- und Anordnungen	60,8	60,8
Zusammen	669,3	669,3

2017 gegenüber 2016:

Mehr 300,0 Tsd. € wegen erhöhtem Bedarf. Im Hinblick auf den steigenden Anteil ausländischer Inhaftierter und die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Integrationsgesetz im Bereich des Justizvollzugs, werden verstärkt Seminare zu interkultureller Kompetenz und Fremdsprachen angeboten.

Zu 04 05/533 01

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Würzburg und Straubing, in die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München und in das Haus für Sicherungsverwahrte Straubing.

Zu 04 05/546 49

Veranschlagt sind Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben. Davon können bis zu 2,5 Tsd. € für Billigkeitsleistungen verwendet werden.

Zu 04 05/681 01

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinne des SGB VII sind.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
681 02-5	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>Beteiligungen der Gefangenen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 02 zu vereinnahmen. Die Erläuterung ist verbindlich. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.100,0	1.100,0	A	1.100,0
					B	852,1
					C	688,6
686 02-0	056	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 90,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 90,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	95,7	93,5	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/681 02

Die Mittel dienen insbesondere zur Unterstützung der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten, speziell bei ihrer Entlassung. Von den Mitteln können im Rahmen des Übergangsmanagements jährlich bis zu 860,0 Tsd. € über Einrichtungen der Straftlassenenhilfe oder als Zuschüsse an karitative Einrichtungen ausgereicht werden.

Zu 04 05/686 02

Veranschlagt sind Mittel für eine unabhängige externe Evaluation der Behandlung von Sexualstraftätern in Sozialtherapeutischen Einrichtungen des bayerischen Justizvollzugs. Das Projekt läuft voraussichtlich über vier Jahre.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-2	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 701 72.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 6.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 6.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.185,6	9.185,6	A	9.185,6
					B	4.338,9
					C	6.534,4

Erläuterungen

Zu 04 05/701 01	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Aichach; Neubau des Umweltbetriebs.	220,0	40,0
2. Justizvollzugsanstalt Amberg; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Haftraumtürschließsystem).	150,0	150,0
3. Justizvollzugsanstalt Ansbach; Sanierung des Küchenbereichs und Trennung von Trink- und Löschwasserleitungsnetz.	100,0	200,0
4. Justizvollzugsanstalt Bad Reichenhall; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Videosensoranlage, Sicherheitszaun).	350,0	400,0
5. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Sanierungsmaßnahmen (Haus A).	150,0	150,0
6. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.	500,0	500,0
7. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	500,0	500,0
8. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erneuerung der Aufzugsanlagen.	100,0	-
9. Justizvollzugsanstalt Bernau; Trennung von Trinkwasser- und Löschwassernetz.	400,0	400,0
10. Justizvollzugsanstalt Bernau; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes.	500,0	500,0
11. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Sanierungsmaßnahmen im Versorgungszentrum.	390,0	-
12. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	150,0	120,6
13. Justizvollzugsanstalt Erding; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes, Umbau und Sanierung.	140,0	-
14. Justizvollzugsanstalt Erlangen; Sanierung des Küchenbereichs.	200,0	-
15. Justizvollzugsanstalt Hof; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage).	-	360,0
16. Justizvollzugsanstalt Ingolstadt; Erneuerung des Eingangsbereichs und weitere Instandsetzungsmaßnahmen.	435,6	300,0
17. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Einbau einer Personen-Notsignal-Anlage.	200,0	-
18. Justizvollzugsanstalt Kronach; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Brandschutzes.	100,0	50,0

Erläuterungen

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
19. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Errichtung einer Personen-Notsignal-Anlage.	-	800,0
20. Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn; Neubau der Torwache.	-	800,0
21. Justizvollzugsanstalt München; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Einbau eines Mobilfunkunterdrückungssystems).	600,0	-
22. Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth; Errichtung einer Personen-Notsignal-Anlage.	-	700,0
23. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes.	450,0	330,0
24. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes (U-Haftanstalt - Altbau).	100,0	-
25. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Errichtung einer BOS-Objektfunkanlage.	400,0	-
26. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Trennung von Trinkwasser- und Löschwasserleitungsnetz.	300,0	300,0
27. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Einbau eines zusätzlichen Notstromaggregats).	350,0	585,0
28. Justizvollzugsanstalt Straubing; Errichtung eines Zugangsbauwerks (U-Gang / Anstaltskrankenhaus).	400,0	-
29. Justizvollzugsanstalt Straubing; Erneuerung des Gefangenensportplatzes.	300,0	-
30. Justizvollzugsanstalt Straubing; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage).	-	1.000,0
31. Justizvollzugsanstalt Traunstein; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Neubau der Torwache).	700,0	-
<u>Maßnahmen im Zuge "Bayern barrierefrei 2023"</u>		
32. Justizvollzugsanstalt Amberg; Einbau von Aufzugsanlagen (Eingangsbereich und Spital).	200,0	200,0
33. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Einbau von Aufzugsanlagen und einer behindertengerechten Toilette.	350,0	100,0
34. Justizvollzugsanstalt München; Umbau des Eingangsbereichs, Einbau von Treppenliften und einer Aufzugsanlage.	400,0	-
35. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Schaffung eines barrierefreien Zugangs.	-	200,0
36. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Einbau Lift und Aufzugsanlage, Umbau und Erweiterung des Besuchsbereichs (Frauenanstalt).	-	500,0
37. Justizvollzugsanstalt Straubing; Verwaltungsbereich: Einbau eines Aufzugs, einer behindertengerechten Toilette und einer Rampe.	50,0	-
Zusammen	9.185,6	9.185,6

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
710 00-2	056	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 40.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 40.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	41.000,0	41.500,0	A	41.000,0
					B	35.604,0
					C	56.935,1
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-9	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	280,0	280,0	A	280,0
					B	405,0
					C	360,6
812 01-8	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	380,0	400,0	A	300,0
					B	264,9
					C	218,8
812 03-6	056	Neubau eines Versorgungszentrums mit Küche, Bäckerei und Wäscherei in der Justizvollzugsanstalt Aichach	1.100,0	---	A	230,0
					B	96,1
					C	665,0

Erläuterungen

Zu 04 05/811 01

2017	Tsd. €
1. Erstbeschaffung	
Pkw, Betriebsarzt (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	20,3
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
Versorgungsfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Straubing)	30,7
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Kaisheim)	27,0
Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	27,0
Gefangentransporter mit Anhänger (Justizvollzugsanstalt Würzburg)	30,0
Gefangenentransportbus (Justizvollzugsanstalt München)	145,0
Zusammen	280,0

2018

1. Erstbeschaffung	
Lkw für den Wäsche- und Brottransport (Justizvollzugsanstalt Regensburg)	60,6
Weiteres Gefangenentransportfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen)	27,0
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
Versorgungsfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Bernau)	30,7
Versorgungsfahrzeug (Justizvollzugsanstalt Straubing)	30,7
Gefangentransporter (Justizvollzugsanstalt Bernau)	27,0
Gefangentransporter (Justizvollzugsanstalt Landshut)	27,0
Gefangentransporter (Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn)	27,0
Krafffahrzeug Hundeführer (Justizvollzugsanstalt Straubing)	15,0
Kompaktraktor Hausbewirtschaftung (Justizvollzugsanstalt Würzburg)	35,0
Zusammen	280,0

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhalts- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen mehrere Dienstfahrzeuge ersetzt werden. Die Erstbeschaffungen sind unabweisbar.

Zu 04 05/812 01	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Zeiterfassungssysteme	35,0	35,0
Büroausstattungen	245,0	255,0
Geräte für Personalküchen	20,0	20,0
Kleinere Ausstattungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich	80,0	90,0
Zusammen	380,0	400,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 80,0 Tsd. € insbesondere wegen dringender Ersatzbeschaffungen von Büroausstattungen und der fortschreitenden Einführung des Zeiterfassungssystems "BayZeit".

2018 gegenüber 2017:

Mehr 20,0 Tsd. € zur weiteren Erneuerung von Büro- und Verwaltungsausstattungen.

Zu 04 05/812 03	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	761,2
Haushaltsbetrag 2017	1.100,0
Haushaltsbetrag 2018	-
Vorbehalten bleiben	138,8

Das neu zu errichtende Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei und Wäscherei) der Justizvollzugsanstalt Aichach muss ausgestattet werden (vgl. 04 05/726 21).

2017 gegenüber 2016:

Mehr 870,0 Tsd. €. Aufgrund des mangelnden Baufortschritts kann der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden. Mit der Fertigstellung des Versorgungszentrums ist nun im Haushaltsjahr 2017 zu rechnen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 07-2	056	Teilneuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg	250,0	---	A B C	50,0 80,5 38,4
812 08-1	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen	800,0	800,0	A B C	3.200,0 3.739,3 662,4
812 10-7	056	Neuausstattung nach Sanierung der Häuser G und H (Tuberkuloseabteilung und Krankenstation) der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	---	---	A B	40,0 80,5
812 13-4	056	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	---	---	A B	--- 94,3
812 15-2	056	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	60,0	60,0	A B	30,0 21,3
812 18-9	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Landshut	***	***	A	---
812 19-8	056	Ausstattung der Einrichtung für die Abschiebungshaft in Mühldorf am Inn	---	---	A B C	--- 30,4 78,2

Erläuterungen

Zu 04 05/812 07	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	770,6
Bis einschließlich 2016 bewilligt	520,6
Haushaltsbetrag 2017	250,0
Haushaltsbetrag 2018	-
Vorbehalten bleiben	-

Die Ausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg muss erneuert werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 200,0 Tsd. €. Im Haushaltsjahr 2017 ist die Ersatzbeschaffung eines CNC-Bearbeitungszentrums zur Gefangenenusbildung in der Anstaltsschreinerei angezeigt.

Zu 04 05/812 08	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	10.260,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	7.172,0
Haushaltsbetrag 2017	800,0
Haushaltsbetrag 2018	800,0
Vorbehalten bleiben	1.488,0

Der Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen muss in großen Teilen ausgestattet werden. Die in den Doppelhaushalten 2013/14 und 2015/16 angesetzten Gesamtkosten von 8.900,0 Tsd. € können infolge von entsprechenden Preissteigerungen zwischenzeitlich nicht mehr eingehalten werden. Dem neuen Gesamtansatz in Höhe von 10.260,0 Tsd. € liegt eine an das derzeit geltende Preisniveau angegliche Ausstattungsliste zugrunde.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 2.400,0 Tsd. €.

Zu 0405/812 10

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 13

Der Ersatz der Waschstraße und der Wäschemangel ist grundsätzlich noch vorzunehmen. Die weitere Entwicklung bleibt aber abzuwarten.

Zu 04 05/812 15

Kleinere Maßnahmen, insbesondere Erweiterung unzureichender oder Kauf gemieteter Fernsprechanlagen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 30,0 Tsd. €, da verschiedene Telekommunikationsanlagen erneuert werden müssen.

Zu 04 05/812 18

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 19

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 21-4	056	Teilneuausstattung der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung und des Ost- und Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München	243,0	674,0	A	90,0
					B	103,1
					C	85,4
812 22-3	056	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 390,3 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	15,0	85,0	A	50,0
					B	58,7
					C	24,6
812 24-1	056	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	20,0	20,0	A	600,0
					B	1.065,7
					C	204,9
812 28-7	056	Erneuerung der Haftraumausstattung und des Wäschereimaschinenparks der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	---	---	A	---
					B	69,2
					C	62,3
<u>812 30-3</u>	056	Neuausstattung der Justizvollzugsanstalt Eichstätt - Einrichtung für Abschiebungshaft	556,0	---	A	

Erläuterungen

Zu 04 05/812 21	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	4.346,2
Bis einschließlich 2016 bewilligt	3.048,2
Haushaltsbetrag 2017	243,0
Haushaltsbetrag 2018	674,0
Vorbehalten bleiben	381,0

Die überalterten Ausstattungen der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung sowie der Hafträume des Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München müssen erneuert werden.

Die Kosten der Maßnahme erhöhen sich erheblich, da in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 noch diverse, ursprünglich nicht eingeplante Beschaffungsmaßnahmen für die Küche (2017: Kombidämpfer, Kippbratpfannen, Kochkessel, 2018: Behälterspülmaschine), die Wäscherei (2017: Waschmaschine, 2018: Mangel) und die Bäckerei (2018: zwei Stikkenöfen samt Etagenöfen) erforderlich sind. Die seit dem Doppelhaushalt 2011/12 angesetzten Gesamtkosten von 3.000,0 Tsd. € können nicht mehr gehalten werden.

2017 gegenüber 2016:
Mehr 153,0 Tsd. €.

2018 gegenüber 2017:
Mehr 431,0 Tsd. €.

Zu 04 05/812 22	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	3.009,7
Haushaltsbetrag 2017	15,0
Haushaltsbetrag 2018	85,0
Vorbehalten bleiben	390,3

Die Ausstattung der Versorgungsbetriebe und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg (vgl. 04 05/730 11) muss sukzessive erneuert werden.

2017 gegenüber 2016:
Weniger 35,0 Tsd. €. Im Haushaltsjahr 2017 können aufgrund der laufenden Bauarbeiten nur kleinere Ausstattungsgegenstände beschafft werden.

2018 gegenüber 2017:
Mehr 70,0 Tsd. €. Es müssen vermehrt Bestellungen getätigt werden, um nach Abschluss der Baumaßnahme unverzüglich und umfangreich ausstatten zu können.

Zu 04 05/812 24	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	1.517,0
Haushaltsbetrag 2017	20,0
Haushaltsbetrag 2018	20,0
Vorbehalten bleiben	1.443,0

Die generalsanierte Justizvollzugsanstalt Regensburg (vgl. 04 05/746 01) muss neu ausgestattet werden.

2017 gegenüber 2016:
Weniger 580,0 Tsd. €. Während der Fortführung der Generalsanierung kann die Ausstattung nur punktuell ergänzt werden.

Zu 04 04/812 28
Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Zu 04 05/812 30	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	556,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2017	556,0
Haushaltsbetrag 2018	-
Vorbehalten bleiben	-

Ausstattung der neuen zentralen Abschiebungshafteinrichtung für Bayern in Eichstätt.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
<u>812 31-2</u>	056	Ausstattung des neuen Versorgungszentrums und der Turnhalle der Justizvollzugsanstalt Kaisheim <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 456,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.844,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	456,0	A	
812 33-0	056	Ausstattung der neu zu errichtenden Sozialtherapeutischen Abteilungen für Gewaltstraftäter, der neu zu errichtenden Abteilungen des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten sowie damit verbundener Maßnahmen	231,0	---	A B C	400,0 298,5 116,1
<u>812 35-8</u>	056	Einbeziehung der Justizvollzugsanstalten in ein bundeseinheitliches Sprech- und Datenfunksystem, Ausstattung mit Digitalfunk, Digitaler Behördenfunk - BOS-Funk	250,0	250,0	A	
812 37-6	056	Erst- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe in der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	50,0	50,0	A B C	20,0 18,3 29,9
812 42-9	056	Teilneuausstattung der Druckerei der Justizvollzugsanstalt Straubing	345,0	345,0	A	---
812 43-8	056	Optimierung des Betriebsablaufs durch Zusammenlegung der Schreinerei und der EDV-Möbelfertigung in der Justizvollzugsanstalt Straubing	***	***	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/812 31	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.300,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2017	-
Haushaltsbetrag 2018	456,0
Vorbehalten bleiben	2.844,0

Der Neubau des Versorgungszentrums der Justizvollzugsanstalt Kaisheim (vgl. 04 05/725 23) muss, ebenso wie die neue Turnhalle, ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 33	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	2.848,5
Haushaltsbetrag 2017	231,0
Haushaltsbetrag 2018	-
Vorbehalten bleiben	420,5

Durch den Ausbau des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten und der Einrichtungen für sozialtherapeutische Maßnahmen soll das Behandlungsangebot in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 169,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf. 2017 soll lediglich die neue Sozialtherapeutische Abteilung für Gewaltstraftäter der Justizvollzugsanstalt Straubing ausgestattet werden.

Zu 04 05/812 35	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	500,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2017	250,0
Haushaltsbetrag 2018	250,0
Vorbehalten bleiben	-

Die Einführung des „BOS-Funks“ (digitaler Behördenfunk) ist angezeigt, um noch besser mit anderen Sicherheitskräften (Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst) kommunizieren und im Falle einer Alarmlage effektiv handeln zu können.

Zu 04 05/812 37	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	1.690,0
Haushaltsbetrag 2017	50,0
Haushaltsbetrag 2018	50,0
Vorbehalten bleiben	210,0

Durch die Umwidmung der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld in eine Anstalt für junge, männliche Erwachsene muss die Ausstattung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe teilweise ergänzt und fortlaufend erneuert werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 30,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/812 42	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	690,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2017	345,0
Haushaltsbetrag 2018	345,0
Vorbehalten bleiben	-

Der Druckereibetrieb der Justizvollzugsanstalt Straubing muss zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Gewährleistung einer zeitgemäßen Gefangenenausbildung teilweise neu ausgestattet werden.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 48-3	056	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten	2.060,0	2.200,0	A B C	1.000,0 1.414,8 1.151,2
812 49-2	056	Erneuerung der Videoüberwachungsanlagen in den Justizvollzugsanstalten	1.250,0	1.770,0	A B C	900,0 135,2 41,1
823 10-4	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 520 01.</i>	1.446,5	1.250,8	A B C	1.082,2 1.092,5 1.044,8
823 12-2	056	Investive Ausgaben im Rahmen des Energiespar-Contractings	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Versorgung der Gefangenen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
412 71-7	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	55,0	55,0	A B C	55,0 47,2 43,1
427 71-0	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit <i>Der Ansatz kann aus Stengehältern bis zu 3 Stellen der BesGr. A 14 (Medizinaloberrat/rätin) verstärkt werden.</i>	1.750,0	1.400,0	A B C	1.066,5 913,6 880,5

Erläuterungen

Zu 04 05/812 48

Durch den Einbau von elektrotechnischen und optischen Überwachungsanlagen und die Ausstattung von Anstalten mit weiteren sicherheitstechnischen Geräten, soll die Sicherheit in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 1.060,0 Tsd. €. Die Ausgabemittel sind vor allem für die Beschaffung von Personen-Notsignal-Anlagen, Metalldetektorrahmen, Gefahrenmeldeanlagen, Schließanlagen, Herzschlagdetektoren und Paketdurchleuchtungsgeräten vorgesehen. Darüber hinaus werden erhebliche Mittel in die High-Tech-Außen- und Binnensicherung in den Justizvollzugsanstalten, insbesondere Drohnenabwehr, digitale Identitätsfeststellung, Mobilfunkunterdrückung, Videodolmetschersysteme und Telemedizin investiert.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 140,0 Tsd. € wegen weiter steigendem Bedarf.

Zu 04 05/812 49

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	4.143,0
Bis einschließlich 2016 bewilligt	1.123,0
Haushaltsbetrag 2017	1.250,0
Haushaltsbetrag 2018	1.770,0
Vorbehalten bleiben	-

Die in den Justizvollzugsanstalten installierten Videoanlagen zur Überwachung der Außenfassaden, Dächer sowie weiterer sicherheitsrelevanter Bereiche entsprechen teilweise mehr dem Stand der Technik und müssen zur Gewährleistung der Sicherheit sukzessive erneuert werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 350,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf. Die Erneuerung diverser Videosensoranlagen ist im Hinblick auf die jeweilige Anstaltssicherheit und den Schutz der Allgemeinheit unerlässlich.

2018 gegenüber 2017:

Mehr 520,0 Tsd. € aufgrund steigender Kosten und hoher Verschleißerscheinungen.

Zu 04 05/823 10

Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München wird als Pilotprojekt im Wege einer Öffentlich Privaten Partnerschaft (ÖPP) realisiert. Die hier veranschlagten Raten umfassen nur die investiven Kosten (Tilgungsanteil). Die Raten für den Zinsanteil und die Betriebskosten sind bei 04 05/520 01 veranschlagt.

2017 gegenüber 2016:

114,3 Tsd. €	mehr wegen Anstieg der jährlichen Tilgungsrate,
250,0 Tsd. €	mehr wegen Kosten im Zuge eines Rechtsstreits,
364,3 Tsd. €	mehr.

2018 gegenüber 2017:

54,3 Tsd. €	mehr wegen Anstieg der jährlichen Tilgungsrate,
250,0 Tsd. €	weniger wegen des Wegfalls der einmaligen Kosten aufgrund des Rechtsstreits,
195,7 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/823 12

Aufwendungen für bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle und Investitionen in die Anlagentechnik beim Energiespar-Contracting.

Zu 04 05/412 71

Erstattung der notwendigen Auslagen für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 04 05/427 71

Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Betriebsärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Fachkräfte.

2017 gegenüber 2016:

170,0 Tsd. €	mehr wegen zusätzlicher Lehrkräfte für Deutsch- und Integrationskurse infolge des Integrationsgesetzes,
150,0 Tsd. €	mehr aufgrund von Deradikalisierungsmaßnahmen für extremistische Inhaftierte,
13,5 Tsd. €	mehr wegen neuer Anstalt Augsburg-Gablingen und voraussichtlich höherer Gefangenenanzahl,
350,0 Tsd. €	mehr lt. Beschluss des Bayerischen Landtags
683,5 Tsd. €	mehr.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
511 71-7	056	Bekleidung, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Geräte, Bücher und Zeitschriften	3.500,0	3.500,0	A	3.500,0
					B	3.256,8
					C	3.304,6
514 71-4	056	Lebensmittel und Medikamente sowie andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte einschl. der für ärztliche und zahnärztliche Versorgung	18.000,0	18.000,0	A	18.000,0
					B	17.074,0
					C	16.965,2
526 71-0	056	Kosten für Sachverständige und Beiratsmitglieder	565,0	565,0	A	465,0
					B	551,9
					C	463,3
533 71-1	056	Allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen für Gefangene außerhalb der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/271 01.</i>	250,0	250,0	A	250,0
					B	246,3
					C	238,9
538 71-6	056	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen	9.200,0	9.200,0	A	8.600,0
					B	9.110,3
					C	8.298,5
546 71-6	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	505,5	505,5	A	505,5
					B	569,1
					C	554,4
547 71-5	056	Rundfunk- und Fernsehgebühren	70,0	70,0	A	70,0
					B	55,5
					C	54,3
671 71-3	056	Erstattungen an Sonstige im Inland <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern der vierten Qualifikationsebene verstärkt werden.</i>	750,0	750,0	A	550,0
					B	1.318,1
					C	1.450,3

Erläuterungen

Zu 04 05/511 71	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Bücher und Zeitschriften	50,0	50,0
2. Bettzeug, Wäsche und Bekleidung für durchschnittlich 11.400 Gefangene	1.810,0	1.810,0
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.400,0	1.400,0
4. Sonstiges	240,0	240,0
Zusammen	3.500,0	3.500,0

Zu 04 05/514 71	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Aufwendungen für durchschnittlich 11.400 Gefangene	17.400,0	17.400,0
Sonstige Kleinausgaben	600,0	600,0
Zusammen	18.000,0	18.000,0

Zu 04 05/526 71	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Entschädigungen für Beiratsmitglieder	20,0	20,0
Ausgaben für fachpsychologische Gutachten	465,0	465,0
Andere Sachverständigengutachten (z.B. Dolmetscher, Übersetzer)	80,0	80,0
Zusammen	565,0	565,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf. Insbesondere steigende Kosten für Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer.

Zu 04 05/538 71

Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung der Gefangenen in Krankenanstalten sowie für die Behandlung therapiefähiger Sexualstraftäter durch externe Therapeuten.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen des nicht steuerbaren Anstiegs an schwersterkrankten Inhaftierten sowie der voraussichtlich allgemein höheren Gefangenenanzahl.

Zu 04 05/546 71

Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen. Hieraus können auch Vermittlungsmaßnahmen im Rahmen des Projekts "Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe" finanziert werden.

Zu 04 05/547 71

Veranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie die urheberrechtlichen Vergütungen für den Empfang privater Fernseh- und Hörfunksendungen.

Zu 04 05/671 71

Erstattung von Vergütungen für Diakone und Pastoralassistenten an kirchliche Institutionen für Kräfte, die für den seelsorgerlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 200,0 Tsd. € wegen voraussichtlich geringer Verstärkungsmöglichkeit.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
812 71-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.100,0	1.100,0	A	1.000,0
					B	1.142,1
					C	959,3
		Summe der Titelgruppe	35.745,5	35.395,5	A	34.062,0
					B	34.284,9
					C	33.212,4
		72 Arbeitsbetriebskosten				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 681 72 und 682 72.</i>				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk zu Titel 125 01.</i>				
427 72-9	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	350,0	350,0	A	250,0
					B	288,2
					C	248,9
511 72-6	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.500,0	1.500,0	A	1.500,0
					B	1.719,4
					C	1.607,7
514 72-3	056	Werkstoffe, Haltung der Fahrzeuge	11.800,0	11.800,0	A	11.800,0
					B	11.501,2
					C	12.008,6
518 72-9	056	Ausgaben für Leasing von Fahrzeugen der Arbeitsverwaltung	---	---	A	22,8
					C	20,9
526 72-9	056	Forschungsaufträge zur Neuorganisation des Arbeitswesens	---	---	A	---
527 72-8	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen bei Außenarbeiten	45,0	45,0	A	45,0
					B	46,0
					C	39,3
533 72-0	056	Berufsbildung der Gefangenen im Rahmen der Arbeitsverwaltung	480,0	480,0	A	480,0
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/235 01.</i>			B	495,4
					C	528,2
<u>534 72-9</u>	056	Aufwendungen für Auftragnehmer	63,6	63,6	A	

Erläuterungen

Zu 04 05/812 71

Mit den Mitteln werden sowohl Geräte als auch Maschinen für die Versorgung, die medizinische Betreuung und die Bildung der Gefangenen beschafft. Ebenso Haftraumausstattungen und Sportgerätschaften.

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für		
- die medizinische Betreuung der Gefangenen	155,0	150,0
- Anstaltswäschereien	255,0	260,0
- Anstaltsküchen	455,0	450,0
- Bildungsmaßnahmen außerhalb der Arbeitsverwaltung	100,0	80,0
- Hafträume (nur Ausstattung)	112,0	135,0
- sonstige Geräte und Maschinen mit Kosten über 5,0 Tsd. € im Einzelfall	23,0	25,0
Zusammen	1.100,0	1.100,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf. In den Bereichen Haftraumausstattung, Wäscherei, Küche und medizinische Betreuung sind diverse Ersatzbeschaffungen erforderlich. Darüber hinaus muss verstärkt in Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Bildungsmaßnahmen außerhalb der Arbeitsverwaltung investiert werden. Besonders im Hinblick auf Deutsch- und Integrationskurse im Zuge des Integrationsgesetzes.

Zu 04 05/72

Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei 04 05/125 01 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Im Übrigen wird auf die Art. 39 ff, 146 ff. BayStVollzG Bezug genommen:

- Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere der Wiedereingliederung nach der Entlassung
- Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen
- Gefangene sollen Gelegenheit zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung haben.

Zu 04 05/427 72

2017 gegenüber 2016:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge weiterer Stärkung der Ausbildungsmaßnahmen und neuer Ausbildungsangebote (unter anderem im Dienstleistungsbereich).

Zu 04 05/514 72

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	415,0	415,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	235,0	235,0
Zusammen	650,0	650,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	650,0	650,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	300,0	300,0
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	950,0	950,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2017	Soll 2018	Soll 2016	am 1.4.2016 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	28	28	28	28	-
Nutzfahrzeuge	96	96	95	95	-

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Werkstoffe für alle Arbeitsbetriebe	11.150,0	11.150,0

Zu 04 05/534 72

Veranschlagt werden die Aufwendungen für den Online-Shop-Betreiber.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
547 72-4	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	910,0	910,0	A	810,0
					B	821,1
					C	813,3
671 72-2	056	Erstattungen an Unternehmer	125,0	125,0	A	---
681 72-0	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 682 72.</i>	15.500,0	15.500,0	A	14.945,0
					B	14.958,5
					C	15.191,0
682 72-9	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß Art. 206 BayStVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	5.300,0	5.300,0	A	4.945,0
					B	5.050,3
					C	4.823,0

Erläuterungen

Zu 04 05/547 72

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Müllabfuhr u.a., sowie Geschäftsbedarf, Steuern und Abgaben, Frachtkosten, Mieten und Pachten. Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

2017 gegenüber 2016:

10,0 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung und den voraussichtlichen Bedarf der Justizvollzugsanstalten,
70,0 Tsd. €	mehr wegen Betrieb eines Online-Shops (Pflege Produktdatenbank, Logistikkosten, Hostingkosten, Werbebudget, Marketingbudget, Fulfillmentkosten),
10,0 Tsd. €	mehr wegen Marketingmaßnahmen außerhalb der Eigenmarke "Haftsache" (Service- und Koordinierungsstelle),
10,0 Tsd. €	mehr wegen Zertifizierungsmaßnahmen (Service- und Koordinierungsstelle),
100,0 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/671 72

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Erstattungen an Unternehmen, die im Auftrag der Arbeitsbetriebe Möbel oder Ähnliches aufbauen	73,0	110,0
Kosten für Beratungshonorare (Online-Shop)	6,0	7,5
Kosten für externe Beratungsleistungen (Service- und Koordinierungsstelle)	40,0	-
Kosten für Beratungsprojekte (Service- und Koordinierungsstelle)	6,0	7,5
Zusammen	125,0	125,0

Zu 04 05/681 72

Ausgaben für

- Arbeitsentgelt (Art. 46, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Ausbildungsbeihilfe (Art. 47, 149 Abs. 2 BayStVollzG) und
- Ausgleichsentschädigung (Art. 46 Abs. 11, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Taschengeld (Art. 54, 149 Abs. 3 BayStVollzG),
- Taschengeld für Untersuchungsgefangenen (BayUVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Verletztengeld im Sinne des § 47 Abs. 6 SGB VII im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse gewährt werden.

Siehe Erläuterungen zu 04 05/TG 72.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 555,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung. Zudem ist beabsichtigt, die Beschäftigungszahlen der Gefangenen zu erhöhen. Davon abgesehen muss berücksichtigt werden, dass die Gefangenenbezüge um zirka 2,50 % steigen werden.

Zu 04 05/682 72

Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 1 Nr. 4, § 347 Nr. 3, § 349 Abs. 2 SGB III) und die im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse von der Justizvollzugsanstalt München abzuführenden Beträge der Bayerischen Landesunfallkasse an die Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 2 Nr. 1, § 347 Nr. 5, § 349 Abs. 3 SGB III) bei Bezahlung von Verletztengeld an Gefangene.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 355,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung und den voraussichtlichen Bedarf. Es wird mit höheren Beschäftigungszahlen gerechnet.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
701 72-6	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung <i>Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 701 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.280,0	1.280,0	A B C	1.280,0 565,8 911,8
811 72-3	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	300,0	300,0	A B C	300,0 329,4 284,8

Erläuterungen

Zu 04 05/701 72

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Bernau; Neubau einer Stallung für Zuchtschweine.	30,0	100,0
2. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Umstellung des Landwirtschaftsbetriebs auf ökologischen Landbau.	250,0	250,0
3. Justizvollzugsanstalt Erding; Erweiterung des Arbeitsbetriebsgebäudes.	100,0	250,0
4. Justizvollzugsanstalt München; Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Bäckereibetrieb).	600,0	190,0
5. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erweiterung und Instandsetzung des Arbeitsbetriebsgebäudes (Schreinerei/Holzwerkstatt) in der Außenstelle Lichtenau.	300,0	190,0
6. Justizvollzugsanstalt Straubing; Erneuerung des Arbeitsbetriebs Druckerei. Die Baumaßnahme dient der Energieeinsparung.	-	300,0
Zusammen	1.280,0	1.280,0

Zu 04 05/811 72**2017**

Tsd. €

1. ErstbeschaffungGeräte und Personentransporter für den Grundlehrgang Garten- und
Landschaftsbau (Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld) 35,0**2. Ersatzbeschaffung**

Zu ersetzen:

Hoflader (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	26,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt Bernau)	70,0
Transportfahrzeug Arbeitsverwaltung (Justizvollzugsanstalt Landshut)	27,0
Dienstfahrzeug (Service- und Koordinierungsstelle)	18,0
Transporter Landschaftsgärtnerei (Justizvollzugsanstalt St. Georgen- Bayreuth)	36,0
Transport-Lastkraftwagen (Justizvollzugsanstalt Nürnberg)	39,0
Kleinbus für die Eigenbetriebe (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	26,0
Zwei-Achs-Dreiseitenkipper (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	18,0
Anhänger für die Landwirtschaft (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	5,0
Zusammen	300,0

2018**1. Erstbeschaffung**

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Zugmaschine (Justizvollzugsanstalt Amberg)	70,0
Dienstlastkraftwagen (Justizvollzugsanstalt Aichach)	25,0
Schlepper (Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth)	100,0
Geräteträger (Justizvollzugsanstalt Ebrach)	105,0
Zusammen	300,0

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
812 72-2	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.200,0	1.200,0	A	1.000,0
					B	1.337,6
					C	864,2
821 72-1	056	Erstattungen an Unternehmer für Investitionen	9,0	9,0	A	9,0
					B	9,0
					C	9,0
		Summe der Titelgruppe	38.862,6	38.862,6	A	37.386,8
					B	37.121,8
					C	37.350,7
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-5	056	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.315,0	1.315,0	A	1.315,0
					B	979,8
					C	896,1
514 99-2	056	Verbrauchsmittel	85,0	85,0	A	85,0
					B	114,4
					C	66,8
518 99-8	056	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
					B	1,4

Erläuterungen

Zu 04 05/812 72

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
Geräte, Maschinen, Ausstattungen und Anlagen für		
- Bäckereien	40,0	30,0
- Baubetriebe	35,0	25,0
- Druckereien und Buchbindereien	65,0	50,0
- Gärtnereien	30,0	25,0
- Kfz-Werkstätten	30,0	20,0
- Elektrobetriebe	30,0	20,0
- Umstellung auf ökologische Landwirtschaft	150,0	150,0
- Schlossereien	250,0	280,0
- Schneidereien	25,0	25,0
- Schreinereien	230,0	240,0
- Lohnwäschereien	15,0	15,0
- Schuhmachereien	10,0	10,0
- Arbeitsräume	30,0	30,0
- Allgemeine Ausstattungen	20,0	20,0
- Ausbildung im Dienstleistungsbereich	30,0	40,0
- Service- und Koordinierungsstelle (ERP-Software, Ausstattung Dienstgebäude)	210,0	220,0
Zusammen	1.200,0	1.200,0

2017 gegenüber 2016:

Mehr 200,0 Tsd. € wegen Umstellung der Landwirtschaftsbetriebe auf ökologischen Landbau (Landtagsbeschluss), Beschaffung eines ERP-Systems bei der Service- und Koordinierungsstelle, Investitionen im Hinblick auf Ausbildungsmaßnahmen im Dienstleistungsbereich und zur Behebung des Investitionsstaus in den Arbeitsbetrieben (insbesondere Schreinereien und Schlossereien).

Zu 04 05/821 72

Erstattungen an Unternehmer, insbesondere im Falle der Übernahme betrieblicher Anlagen, die von Unternehmen auf eigene Kosten im Anstaltsbereich errichtet wurden.

Zu 04 05/99

1. In allen 36 Justizvollzugsanstalten werden vernetzte Personalcomputer für folgende Aufgaben eingesetzt:
 - Informationssystem über Gefangenendaten mit Auswertefunktion
Verfahren zur Verwaltung und Bearbeitung von Gefangenendaten mit integrierten, aufgabebezogenen Unterstützungsfunktionen für die Bediensteten (z.B. Kammer, Torwache)
 - Gefangenengelderbuchführung
 - Berechnung des Arbeitsentgelts, der Ausbildungsbeihilfe und des Verletztengeldes der Gefangenen
 - Führung der Beschäftigungsübersicht
 - Auftragsbearbeitung und Fakturierung in der Arbeitsverwaltung
 - Zeiterfassung für Bedienstete und Bereitstellung der Daten zur Berechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
 - Büroautomation am Arbeitsplatz des Sachbearbeiters mit Zugriff auf das Bayerische Behördennetz.

Die Justizvollzugsanstalten verfügen über eine Vollausrüstung mit IT-Technologie d.h. alle geeigneten Bedienstetenarbeitsplätze und die Arbeitsbetriebe sind in das örtliche DV-Netz eingebunden.

Zum Zwecke des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften) sowie für Leitungs- und Steuerungsaufgaben der Aufsichtsbehörde ist eine zentrale Haftdatei mit Gefangenendaten aus allen bayerischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.

Bei der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing werden vernetzte Personalcomputer zur Automatisierung der Verwaltungsaufgaben und zur Unterstützung bei der Lehrtätigkeit eingesetzt.

2. Es ist beabsichtigt, die Funktionalitäten für die Arbeitsbetriebe zu erweitern (insb. Warenwirtschaft), die elektronische Akte einzuführen und die Anstalten flächendeckend mit einem Programm zur Unterstützung bei der Erstellung und Pflege des Dienstplans auszustatten.

Zu 04 05/511 99

	2017	2018
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (insbesondere für eAkte und BayZeit)	570,0	580,0
2. Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	500,0	500,0
3. Mieten und Wartung	225,0	215,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	1.315,0	1.315,0

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
519 99-7	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Leitungsverlegungen, Uminstallationen usw.	40,0	40,0	A B	50,0 15,7
525 99-9	056	Aus- und Fortbildung	60,0	60,0	A B C	75,0 20,6 11,2
526 99-8	056	Ausgaben für Sachverständige, EDV-Programmierer, EDV-Gutachter	70,0	70,0	A B C	70,0 49,6 47,9
533 99-9	056	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---
534 99-8	056	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	71,1	71,1	A B	71,1 4,8
535 99-7	056	Miete für Software	---	---	A	---
812 99-1	056	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	790,0	790,0	A B C	440,0 298,5 406,1
Summe der Titelgruppe			2.431,1	2.431,1	A B C	2.106,1 1.484,9 1.428,0
Gesamtausgaben			438.232,3	442.095,3	A B C	424.972,0 403.121,1 407.292,6

Erläuterungen**Zu 04 05/519 99**

2017 gegenüber 2016:

Weniger 10,0 Tsd. € wegen Anpassung an Bedarf.

Zu 04 05/525 99

Schulungsaufwand für das Personal der IT-Leitstelle aufgrund neuer Technologien sowie für die EDV-Sachbearbeiter in den Justizvollzugsanstalten beim Einsatz neuer EDV-Verfahren.

2017 gegenüber 2016:

Weniger 15,0 Tsd. € wegen Anpassung an voraussichtlichen Bedarf.

Zu 04 05/812 99

Laufende Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für veraltete Ausstattungen.

2017 gegenüber 2016:

Mehr 350,0 Tsd. € wegen Anpassung an die erwarteten Ausgaben.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	44.496,9	44.496,9	A	47.366,4
					B	45.465,6
					C	48.281,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	376,0	376,0	A	391,0
					B	456,9
					C	1.179,9
		Gesamteinnahmen	44.872,9	44.872,9	A	47.757,4
					B	45.922,5
					C	49.460,9
		Personalausgaben	256.993,5	261.608,8	A	248.304,4
					B	240.333,2
					C	230.719,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	94.167,0	93.612,6	A	92.640,8
					B	87.915,3
					C	82.731,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	22.870,7	22.868,5	A	21.540,0
					B	22.179,0
					C	22.153,0
		Baumaßnahmen	51.465,6	51.965,6	A	51.465,6
					B	40.508,7
					C	64.381,4
		Sonstige Sachinvestitionen	12.735,5	12.039,8	A	11.021,2
					B	12.185,0
					C	7.307,1
		Gesamtausgaben	438.232,3	442.095,3	A	424.972,0
					B	403.121,1
					C	407.292,6
		Zuschuss	393.359,4	397.222,4	A	377.214,6
					B	357.198,7
					C	357.831,7

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
Tsd. €						
Abschluss Epl. 04						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	1.026.972,4	1.029.972,4	A	1.022.241,9
					B	1.044.850,0
					C	1.118.485,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	4.107,0	4.107,0	A	4.422,0
					B	8.528,9
					C	11.122,1
		Gesamteinnahmen	1.031.079,4	1.034.079,4	A	1.026.663,9
					B	1.053.378,9
					C	1.129.607,8
		Personalausgaben	1.465.723,3	1.519.914,4	A	1.427.477,4
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	238,0		B	1.361.222,0
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	238,0		C	1.321.720,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	671.761,7	673.521,5	A	633.460,3
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	109.890,0		B	626.481,6
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	108.940,0		C	609.137,7
		Ausgaben für den Schuldendienst	100,0	100,0	A	350,0
					B	84,7
					C	94,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	36.031,2	36.029,0	A	33.234,9
					B	33.217,9
					C	32.062,1
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	5.650,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	90,0			
		Baumaßnahmen	100.729,6	101.229,6	A	101.729,6
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	210.800,0		B	85.075,3
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	102.100,0		C	99.171,2
		Sonstige Sachinvestitionen	36.613,0	36.917,3	A	31.830,3
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	10.677,9		B	24.540,7
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	11.904,3		C	20.745,9
		Besondere Finanzierungsausgaben	-2.667,2	-2.667,2	A	442,5
					B	367,5
					C	5.150,5
		Gesamtausgaben	2.308.291,6	2.365.044,6	A	2.228.525,0
					B	2.130.989,6
					C	2.088.082,0
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €	337.255,9			
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €	223.272,3			
		Zuschuss	1.277.212,2	1.330.965,2	A	1.201.861,1
					B	1.077.610,8
					C	958.474,2

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2017		2018	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
04 01					
459 01	Prüfungsvergütungen	2.000,0	238,0	2.000,0	238,0
04 02					
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	160,0	100,0	160,0	2.000,0
04 04					
511 01	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.232,0	1.200,0	13.232,0	1.200,0
511 02	Entgelte für Postdienstleistungen	20.570,2	20.000,0	20.570,2	20.000,0
514 11	Dienst- und Schutzkleidung	900,0	850,0	850,0	-
517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	24.344,8	42.000,0	24.344,8	42.000,0
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	7.785,5	16.000,0	7.785,5	16.000,0
525 01	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer	2.781,6	2.500,0	2.781,6	2.500,0
525 02	Aus- und Fortbildung von Betreuern	96,6	90,0	96,6	90,0
547 01	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	- - -	10,0	- - -	-
632 01	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	2.642,0	960,0	2.642,0	-
685 01	Zuschuss für das Projekt "Kein-Täter-werden-Bayern"	520,0	600,0	520,0	-
686 03	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter	4.338,3	4.000,0	4.338,3	-
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	12.104,0	12.000,0	12.104,0	12.000,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.967,1	2.500,0	3.945,8	2.500,0
812 06	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Memmingen	1.069,2	159,0	159,0	-
812 14	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg	400,0	1.155,0	1.155,0	-
812 15	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	668,0	367,0	367,0	-
812 25	Teilneuausstattung Justizbehörden München	100,0	100,0	100,0	-
812 31	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	224,4	150,9	150,9	-
812 34	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Justizbehörden Augsburg	400,0	120,0	120,0	-
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	6.157,5	5.700,0	7.157,5	5.400,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2017		2018	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
04 04					
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.900,8	1.900,0	1.900,8	1.900,0
526 99	Ausgaben für Sachverständige	17.193,8	11.440,0	16.993,8	13.850,0
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. ä.	5.030,6	1.300,0	6.594,8	2.000,0
812 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	17.331,4	5.670,0	18.331,4	5.670,0
04 05					
514 11	Dienst- und Schutzkleidung	3.400,0	2.900,0	2.900,0	-
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	12.000,0	4.000,0	12.000,0	4.000,0
686 02	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs	95,7	90,0	93,5	90,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	9.185,6	6.000,0	9.185,6	6.000,0
812 22	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	15,0	-	85,0	390,3
812 24	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	20,0	-	20,0	500,0
812 31	Ausstattung des neuen Versorgungszentrums und der Turnhalle der Justizvollzugsanstalt Kaisheim	- - -	456,0	456,0	2.844,0
	72 Arbeitsbetriebskosten				
701 72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung	1.280,0	1.000,0	1.280,0	1.000,0
Epl. 04					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	78.000,0	191.700,0	78.500,0	81.100,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		337.255,9		223.272,3

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 04

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Baukosten Mio. €	davon bis 31.12.2015 verausgabt Mio. €
Festgesetzte Baumaßnahmen	41	1.098,8	574,0
<i>davon wegfallend ab 2017</i>	-		
<i>wegfallend ab 2018</i>	2	14,4	14,3
Planungstitel	31		
<i>davon neu aufgenommen</i>	9		

2016 standen 79,0 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.
4. Eine Baumaßnahme wird außerhalb der Anlage S im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft finanziert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10).

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 04		Gerichte und Staatsanwaltschaften				
710 35-4	051	Strafjustizzentrum in München, Nymphenburger Straße 16/ Linprunstraße 25 Generalsanierung Bauteil C und vorgezogener Brandschutz Bauteile A und B	---	---	A	---
					B	5,1
					C	57,9
710 41-6	051	Neubau eines Ziviljustizentrums in München, Seidlstraße 13-15 - Planung -	***	***	A	---
710 42-5	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 7 (Justizpalast) Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.800,0	A	---
					B	701,0
					C	2.665,1
710 50-4	051	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 5 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung -	---	---	A	---
					B	475,0
					C	147,8
711 01-3	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München (Strafjustizzentrum) <i>Die Verpflichtungsermächtigung ist von der allgemeinen Deckungsfähigkeit innerhalb der Anlage S gem. Nr. 1.3 DBestHG ausgenommen.</i> <i>Die am Jahresende nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung 2015 i.H.v. 216.000,0 Tsd. € gilt abweichend von Art. 38 i.V.m. Art. 45 BayHO für die Haushaltsjahre 2016 ff in jeweils verbliebener Höhe fort.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 84.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2017 in Höhe von 84.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2018 Tsd. € 20.000,0</i> <i>2019 Tsd. € 20.000,0</i> <i>2020 Tsd. € 4.000,0</i> <i>2021 Tsd. € 40.000,0</i>	12.228,2	13.200,0	A	12.500,0
					B	2.978,2
					C	2.601,7
711 05-9	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für Verfahren mit höchster Sicherheitsstufe und einer Einfachturnhalle auf dem umwehrten Gelände der JVA München-Stadelheim	---	---	A	2.000,0
					B	5.894,7
					C	5.577,9
<u>711 06-8</u>	051	Sanierung des Amtsgerichts Fürstenfeldbruck - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
27.05.2003 08.10.2008	20.700,0	17.068,4	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
-	-	2.706,6	-	- Das Bauvorhaben wird auf dem Areal Seidlstraße 13-15 nicht weiterverfolgt.
16.10.2007 08.11.2010	28.500,0	26.517,5	-	- Das 1891-97 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude wird seit einigen Jahren saniert. Die Maßnahme ist in mehrere Bauabschnitte gegliedert. Die Maßnahmen des 1. Bauabschnittes (u.a. Sanierung der Fenster Innenhofseite, Sanierung der Sanitärbereiche, Erneuerung der Lüftungs- und elektrotechnischen Anlagen und Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen) sind nahezu abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln sollen im Rahmen einer vorgezogenen Teilbaumaßnahme des 2. Bauabschnitts die Fenster und Fassaden des Justizpalastes saniert werden. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
19.10.2007 14.04.2014	8.000,0	7.626,2	373,8	- Das 1906-08 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Die Gesamtkosten wurden am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
03.02.2015 25.10.2016	305.000,0	6.730,4	-	- Im Verlauf der im Jahr 2004 begonnenen Sanierungsarbeiten im Bauteil C des Strafjustizzentrums München, Nymphenburger Straße 16/Linprunstraße 25 hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung auch der Bauteile A und B nicht mehr mit vertretbaren Kosten erfolgen kann. Aus diesem Grund wird derzeit am südlichen Oberwiesenfeld das neue Strafjustizzentrum München errichtet. Im Gebäude wird künftig die gesamte Münchner Strafgerichtsbarkeit (Oberlandesgericht München, Landgerichte München I und II, Amtsgericht München) und die Staatsanwaltschaften München I und II sowie die Generalstaatsanwaltschaft untergebracht. Die Gesamtkosten wurden am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
30.05.2012 14.06.2016	17.127,0	13.329,3	-	- In München besteht dringender Bedarf an Sitzungssaalkapazitäten mit höchster Sicherheitsstufe für die Durchführung von Verfahren im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus, in Staatsschutzsachen und gegen Mitglieder der Organisierten Kriminalität. Aus Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsgründen werden diese Sitzungssäle nicht im neuen Strafjustizzentrum (s. 04 04/711 01) realisiert, sondern im umwehrten Bereich der JVA München-Stadelheim errichtet. Gleichzeitig wird für die JVA München-Stadelheim eine Einfachturnhalle errichtet. Die Baumaßnahmen sind nahezu abgeschlossen.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Fürstenfeldbruck ist auf zwei Standorte verteilt untergebracht. In beiden (denkmalgeschützten) Gebäuden besteht ein Sanierungsbedarf, der einer Generalsanierung nahe kommt. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 04						
714 01-0	051	Neubau eines Justizgebäudes in Rosenheim	---	***	A B C	--- 3,7 5,3
714 02-9	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Rosenheim (Justizzentrum) - Planung -	100,0	500,0	A	---
<u>720 05-8</u>	051	Sanierung des Zentraljustizgebäudes in Landshut - Planung -	---	---	A	
725 03-5	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Memmingen	4.600,0	---	A B C	3.000,0 2.285,0 846,1
725 04-4	051	Amtsgericht Kaufbeuren Erweiterung und Sanierung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 14.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	1.000,0	A	---
726 31-0	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht in Günzburg	683,9	---	A B C	2.380,0 7.298,9 3.406,1
727 01-5	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Neu-Ulm	---	***	A B C	--- 1,4 51,8
730 35-0	051	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Bau- und Installationsmaßnahmen - z. T. Planung -	2.000,0	2.000,0	A B C	2.500,0 1.585,3 1.249,9

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
14.06.2007 04.02.2010	4.300,0	4.287,5	-	- Die Unterbringungsverhältnisse des Amtsgerichts Rosenheim sind sehr beengt. Eine Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes Bismarckstraße 1 auf dem vorhandenen Grundstück ist nicht mehr möglich. Aus diesem Grund wurde an der Kufsteiner Straße ein Teilneubau für das Grundbuchamt bzw. Vormundschaftsgericht des Amtsgerichts Rosenheim errichtet. Der Teilneubau ist so gestaltet, dass in Zukunft eine modulare Erweiterung zu einem zentralen Justizgebäude (vgl. Tit. 714 02) erfolgen kann. Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Rosenheim und die Zweigstelle der Staatsanwaltschaft Traunstein sind sehr beengt und in fünf räumlich weit voneinander entfernten Gebäuden (teilweise Mietgebäude) untergebracht. Bereits im Jahr 1991 wurde vom Freistaat Bayern ein Grundstück auf dem sog. "Beilhackgelände" für die Errichtung eines Zentraljustizgebäudes erworben. In den Jahren 2009/2010 wurde mit einem Kostenaufwand von 4,3 Mio. € einen Teilneubau als erstes Modul des Justizzentrums Rosenheim errichtet (vgl. Tit. 714 01). Nunmehr soll der Teilneubau in weiteren Bauabschnitten um die noch fehlenden Module ergänzt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Das staatseigene Zentraljustizgebäude in Landshut, Maximilianstraße 22, das sich in ein Sitzungssaal- sowie ein atriumförmiges Bürogebäude gliedert, beherbergt alle Abteilungen von Land- und Amtsgericht. Im Gebäude besteht erheblicher Sanierungsbedarf, vor allem im Hinblick auf Brandschutz, Elektrik, Lüftungsanlagen, Böden, Büroeinbauten und Flachdächer. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
26.03.2014	12.050,0	3.248,3	-	- Das Amtsgerichtsgebäude in der Buxacher Straße 6 besteht aus zwei Gebäudeteilen. Dem Altbau von 1905 und einem Erweiterungsbau aus dem Jahr 1962. Dieser ist in einem solch schlechten Zustand, dass er abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden soll. Die Gesamtkosten wurden am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgeführt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Kaufbeuren besteht aus zwei denkmalgeschützten Hauptgebäuden, welche durch einen nachträglich errichteten Verbindungsbau (in dem sich der Haupteingang befindet) miteinander verknüpft sind sowie einem angemieteten Gebäude. Um eine einhäusige Unterbringung zu ermöglichen und den bestehenden Sanierungsstau (u.a. Mängel beim Personen- und Brandschutz, der energetischen Qualität und der Barrierefreiheit) aufzulösen sind zwei Bauabschnitte vorgesehen. Im Rahmen des ersten Bauabschnitts sollen der Zwischenbau abgebrochen, anschließend neu errichtet und eines der Hauptgebäude saniert werden. Im zweiten Bauabschnitt soll das andere Hauptgebäude saniert und ein dort befindlicher Anbau abgebrochen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
15.02.2013	16.200,0	13.016,1	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
16.01.2007 03.11.2011	10.090,0	10.023,6	-	- Die Baumaßnahmen sind abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
15.11.2000 06.09.2012	40.140,0	30.764,5	3.375,5	Im Justizgebäude an der Fürther Straße 110-112 in Nürnberg sind umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen erforderlich: u.a. Erweiterung des EDV-, Telekommunikations- und Starkstromnetzes, Erneuerung von Aufzügen, Brandschutzmaßnahmen, Umbau der Hauptpforte einschließlich Erneuerung der Gebäudemeldeeinrichtungen, eine Anpassung der Kantinenküche an die hygienischen Anforderungen, Sanierung bzw. Teilerneuerung des Kanalsystems, Sanierung der sanitären Anlagen, der Flure und der Heizungsanlage sowie weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme fortgesetzt und die 4. Teilbaumaßnahme geplant werden.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
04 04						
730 40-3	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes auf dem ehemaligen VAG-Gelände in Nürnberg	6.000,0	5.500,0	A B C	3.000,0 2.805,7 1.146,5
<u>730 45-8</u>	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Nürnberg (Strafjustizzentrum) - Planung -	---	500,0	A	
<u>731 10-8</u>	051	Baumaßnahmen zur Verbesserung der Unterbringung des Amtsgerichts Fürth - Planung -	---	---	A	
735 02-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Hof, Berliner Platz 1	3.000,0	---	A B C	3.500,0 3.249,8 3.398,6
735 03-3	051	Erweiterung der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	---
735 04-2	051	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für das Amts- und Landgericht Hof - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 24.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	500,0	A B	1.018,0 61,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
02.06.2014	27.000,0	4.410,1	589,9	<p>In den Jahren 2009/2010 wurde im Dachgeschoss des Ostflügels des Nürnberger Justizpalastes über dem Schwurgerichtssaal 600 das Museum "Memorium Nürnberger Prozesse" eingerichtet. Dieser, in das Konzept des Memoriums eingebundene Sitzungssaal, steht der Nürnberger Justiz zur Durchführung von Strafgerichtsverhandlungen zur Verfügung und kann nur an verhandlungsfreien Tagen besichtigt werden. Nunmehr soll der Saal 600 einer vollständigen musealen Nutzung zugeführt werden. Als Ersatz wird für die Justiz an den Westflügel des Justizpalastes ein Sitzungssaalgebäude errichtet. Die Gesamtkosten wurden am 09.07.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgesetzt.</p>
-	-	-	-	- Das direkt an die Anstaltsmauer angebaute Ermittlungsrichtergebäude soll aus Sicherheitsgründen möglichst bald abgerissen werden. Es ist vorgesehen, das Ermittlungsrichtergebäude im Rahmen einer vorgezogenen Teilbaumaßnahme des 2. Bauabschnitts der Errichtung des SJZ Nürnberg auf dem sog. VAG-Gelände zu errichten. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- Im Rahmen der barrierefreien Erschließung des Gebäudes des Amtsgerichts Fürth in der Bäumenstraße 28 und 32 ist die Errichtung eines eingeschossigen Verbindungsbaus vorgesehen. Die Kosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
11.02.2009 07.04.2010	28.925,0	20.897,7		<p>- Das in den Jahren 1959 bis 1961 errichtete zehnstöckige Bürogebäude der Justiz in Hof befindet sich in einem solch schlechten Zustand, dass eine Sanierung mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Es musste daher abgerissen und durch Ersatzbauten auf dem vorhandenen Grundstück ersetzt werden. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgesetzt und abgeschlossen.</p>
-	-	-	-	- Schul- und Unterkunftsgebäude der Justizakademie Pegnitz wurden in den Jahren 2003 bis 2008 letztmals erweitert, umgebaut und saniert. Dennoch ist bereits seit dem Jahr 2012 die Kapazitätsgrenze erneut erheblich überschritten. Neben der Ausbildung der zweiten Qualifizierungsebene obliegt der Schule auch die Ausbildung der Gerichtsvollzieher und der Justizwachtmeister. Im Jahr 2013 kam die zentrale Schulung neu eingestellter Beschäftigter hinzu. Außerdem musste das Fortbildungsangebot (insbesondere im Bereich der EDV) kontinuierlich ausgebaut und den aktuellen Erfordernissen an einen zeitgemäßen Bürobetrieb angepasst werden. Dies hat zur Folge, dass aufgrund der fehlenden räumlichen Kapazitäten zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen in andere Tagungsstätten verlegt werden müssen. Lehrgangsteilnehmer müssen in nicht unerheblicher Zahl außerhalb des Schulgeländes in privat angebotenen Unterkünten oder in einem Motel in der Stadt Pegnitz untergebracht werden. Bei der Planung sollen Synergieeffekte der Behördenverlagerung des Fachbereichs Rechtspflege der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung von Starnberg nach Pegnitz berücksichtigt werden. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Entsprechend der baufachlichen Festsetzung vom 11.02.2009 wird für die Justizbehörden Hof derzeit ein neues Zentraljustizgebäude errichtet (vgl. Tit. 735 02). Im Verlauf der Baumaßnahme hat sich herausgestellt, dass auch der Sitzungssaalbau nicht mehr mit vertretbaren Kosten saniert werden kann. Zudem hat sich der Flächenbedarf der Justizbehörden Hof seit dem Beginn der Baumaßnahmen u.a. durch die Gründung des Zentralen Vollstreckungsgerichts in Hof erhöht. Dieser Mehrbedarf soll in einem Ersatzbau gedeckt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung finanziert und mit der Maßnahme begonnen werden.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 04						
740 02-7	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Aschaffenburg <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 18.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	6.000,0	A B	2.500,0 179,7
742 01-6	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Schweinfurt - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 39.200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	5.000,0	A	2.500,0
743 01-5	051	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht Haßfurt	2.087,9	---	A B C	2.500,0 1.938,8 655,0
744 01-4	051	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Obernburg a. Main - Planung -	---	---	A	---
747 01-1	051	Justizgebäude in Amberg, Regierungsstraße 8-10 Generalsanierung	---	---	A B C	602,0 3.511,4 2.525,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
27.05.2016	26.000,0	-	18.000,0	In den denkmalgeschützten Gebäuden der Justizbehörden in Aschaffenburg besteht sowohl erheblicher Raum- als auch Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit). Es ist vorgesehen, den Sitzungssaaltrakt in der Erthalstraße 3 aufzustocken und das gesamte Gebäude einer Generalsanierung zu unterziehen. Im Gebäude am Schlossplatz 7 soll das Dachgeschoss ausgebaut werden. Die Gesamtkosten wurden am 13. Juli 2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtages genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird mit der Maßnahme begonnen.
02.06.2006	2.320,0	2.320,0	-	Die Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Friedenstraße 2 in Schweinfurt für die Zwecke der Justiz ist nicht wirtschaftlich. Das Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Die Baumaßnahme wird in Bauabschnitten durchgeführt. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die den Abbruch des fünfstöckigen Nordflügels des ehemaligen Finanzamts, die Sanierung des restlichen Teils für Zwecke des Grundbuchamts und das denkmalgeschützte ehemalige Rentamt umfasste. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll nun die Planung des 2. Bauabschnitts (Errichtung eines neuen Justizgebäudes) und 3. Bauabschnitts (Sanierung des historischen Justizgebäudes) erstellt und mit dem 2. Bauabschnitt begonnen werden. Die Gesamtkosten werden überschlägig auf 47.200,0 Tsd. € geschätzt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung finanziert und mit der Baumaßnahme begonnen werden.
08.09.2014 20.10.2016	11.300,0	2.662,1	-	Das Amtsgericht Haßfurt ist derzeit in zwei staatseigenen Gebäuden sowie in angemieteten Räumen untergebracht. Die Planung von Maßnahmen zur Sanierung und Erweiterung der Bestandsgebäude hat ergeben, dass eine solche mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme fortgesetzt und fertig gestellt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	Das Amtsgericht Obernburg a. Main ist derzeit in den Gebäuden Römerstraße 80 (staatseigen) und 89 (angemietet) beengt untergebracht. Im Rahmen der Behördenverlagerung ist geplant, das bisher vom Finanzamt Obernburg genutzte Gebäude in der Römerstraße für die Zwecke der Justiz zu übernehmen. Im Anschluss daran sollen Sanierungsmaßnahmen in den staatseigenen Gebäuden in der Römerstraße durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
31.08.2004 11.02.2016	27.350,0	26.040,8	-	Die Gesamtmaßnahme besteht aus drei Bauabschnitten: 1. Umbau und Sanierung des Renaissancebaus (mittlerer Gebäudeteil). 2. Umbau und Sanierung des Barockbaus (nördlicher Gebäudeteil) und Erstellung von Kfz-Stellplätzen. 3. Umbau, Sanierung und Ausbau des Dachgeschosses im Dientzenhofer Bau und des Schwurgerichtstrakts. Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Die bisherigen Gesamtkosten von 26.375,0 Tsd. € erhöhen sich aufgrund von Baupreissteigerungen sowie Massen- und Ausführungsänderungen um 975,0 Tsd. € auf 27.350,0 Tsd. €.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 04						
747 02-0	051	Amtsgericht Amberg Erweiterung und Sanierung - Planung -	---	---	A	---
		Summe Kapitel 04 04	37.000,0	37.000,0	A	38.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €			B	32.975,6
		Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €			C	24.464,0
04 05		Justizvollzugsanstalten				
710 14-6	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau der Torwache und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit	---	---	A	---
					B	93,4
					C	100,7
710 15-5	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau und Instandsetzung	---	---	A	---
					B	158,2
					C	306,5
710 16-4	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt	---	---	A	---
					B	8,8
					C	5,9
710 17-3	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierung der Entwässerungsanlagen sowie der Versorgungs- und Arbeitsbetriebe, Neubau eines Verwaltungsgebäudes - z. T. Planung -	---	---	A	---
					B	197,7
					C	203,7
711 01-0	056	Justizvollzugsanstalt München Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Erneuerung der Außenumwehrung und der Videoüberwachungsanlagen) <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 4.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 2.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	3.000,0	A	1.000,0
					B	325,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Amberg ist in mehreren Gebäuden (Paulanerplatz 4 mit Anbau, Baustadelgasse 1) aus unterschiedlichen Bauzeiten untergebracht. In allen Gebäuden besteht erheblicher Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit, Energieeinsparung). Vorgesehen ist, den funktional absolut unzulänglichen Anbau (ehemaliges Werkstattgebäude) am Paulanerplatz abzureißen und das verbleibende Hauptgebäude durch ein Verbindungsbauwerk an die Baustadelgasse 1 anzubinden. Anschließend sollen die Bestandsbauten am Paulanerplatz und in der Baustadelgasse saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
06.10.1989 25.05.2004	16.150,0	12.300,2	-	- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von rd. 12.320,0 Tsd. € abgeschlossen.
13.09.1991 31.10.2008	23.217,0	23.054,8	-	- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von rd. 23.055,0 Tsd. € abgeschlossen.
25.11.2008 10.07.2014	1.560,0	1.489,9	-	- Das Pilotprojekt (Public-Private-Partnership) wird hinsichtlich der auf Seiten des Auftraggebers entstandenen Aufwendungen (Gutachten, Sonderfachleute, Altlastenbeseitigung, Sofortmaßnahmen, Bieterentschädigungen und Leistungen des Bauamts) mit Gesamtkosten von 1.560,0 Tsd. € abgeschlossen.
30.04.2009	3.750,0	3.056,7	-	- Die Entwässerungsanlagen sowie die Versorgungs- und Arbeitsbetriebe Justizvollzugsanstalt München müssen dringend erneuert bzw. saniert werden. Das wirtschaftlich nicht mehr sanierungsfähige Verwaltungsgebäude ist durch einen Neubau zu ersetzen. 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Sanierung der Abwasserkanäle und Errichtung eines Regenwasserkanals (Trennung von Schmutz- und Regenwasser). 2. Teilbaumaßnahme: Neubau des Verwaltungsgebäudes. 3. Teilbaumaßnahme: Sanierung der Versorgungs- und der Arbeitsbetriebe. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, welche mit Gesamtkosten von 3.056,7 Tsd. € abgeschlossen worden ist. Die Kosten der 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.
24.02.2016	13.600,0	325,4	3.474,6	Die Justizvollzugsanstalt München muss auf Grund ihrer Zuständigkeit und dem neu hinzugekommenen Hochsicherheitsgerichtssaal die höchsten Sicherheitsanforderungen erfüllen. Die vorhandenen baulichen und elektrotechnischen Sicherheitsanlagen entsprechen nur noch bedingt dem aktuellen Bedarf. Zur Verbesserung der Sicherheitslage sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen. Die Gesamtkosten wurden am 06.04.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
04 05						
711 02-9	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Krankenabteilung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.500,0	A B	1.000,0 25,0
711 20-7	056	Justizvollzugsanstalt München Brandschutzmaßnahmen und Instandsetzung der betriebstechnischen Anlagen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	1.000,0	A B C	1.500,0 238,0 149,9
711 34-1	056	Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	200,0	A	---
714 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	2.500,0	A B C	4.400,0 1.588,0 3.625,1

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	Die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München ist im Nordbau unzureichend untergebracht. Die dort anzutreffenden baulichen, vollzuglichen und hygienischen Rahmenbedingungen sind sehr veraltet. Eine Sanierung des Bestandsgebäudes für die Gesundheitsfürsorge von Gefangenen ist im Hinblick auf die Bausubstanz unwirtschaftlich. Es ist deshalb dringend notwendig, einen Neubau zu errichten. Der Neubau wird als zentrale Krankenabteilung konzipiert. Dezentrale Einheiten in anderen Anstalten sollen insoweit überprüft und entsprechende Einsparpotentiale realisiert werden. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt. Die Gesamtkosten wurden am 30.11.2015 auf 33.000,0 Tsd. € geschätzt.
30.01.2015	6.900,0	484,9	415,1	Das laufende Projekt setzt sich aus zwei Bauabschnitten zusammen, die in einer 1. Teilbaumaßnahme zusammengefasst sind: 1. Bauabschnitt: Brandschutzmaßnahmen (1. Priorität). 2. Bauabschnitt: Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung. Die Gesamtkosten wurden am 12.03.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. In der anschließenden 2. Teilbaumaßnahme sollen die Brandschutzmaßnahmen der 2. Priorität durchgeführt werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 1. Teilbaumaßnahme ausgeführt und die 2. Teilbaumaßnahme geplant und begonnen. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.
12.04.1999 11.06.2001	9.663,4	9.667,0	-	Die Justizvollzugsanstalt Bernau wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut, instandgesetzt und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Generalsanierung der Wärme- und Energieversorgung. 2. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Äußerer Sicherheitszaun, Innerer Sicherheitszaun, Einfriedungszaun, Ordnungszaun, Videosensoranlage, Umbau der Torwache 2). 3. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Versorgungszentrums mit zentraler Funktion für die Versorgung benachbarter Justizvollzugsanstalten. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen sind. Die Kosten der 3. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll mit der Planung begonnen werden.
16.11.1999 28.10.2016	33.145,0	11.975,2	13.169,8	In der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech sind umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen notwendig, die sich wie folgt darstellen: 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Einbau von elektrotechnischen Sicherheitsanlagen (Kommunikations-, Hausalarm-, Elektroakustik-, Brandmelde-, Rauchmelde-, Wächterkontroll-, Wächtersicherungsanlage) und dringende bauliche Brandschutzmaßnahmen. 2. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Stromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen (Sicherung der Rettungswege, bauliche Trennung und Unterteilung der Gebäude in Brandabschnitte), Sicherheitsmaßnahmen (Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns), Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Umstellung auf das Trennsystem. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt. Die Gesamtkosten wurden zuletzt am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
715 21-2	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Neubau eines Unterkunftsgebäudes und einer Abteilung für den offenen Vollzug	100,0	---	A B C	--- 2.174,3 3.046,4
716 11-3	056	Justizvollzugsanstalt Eichstätt Brandschutzmaßnahmen, Umbau, Sanierung - Planung -	***	***	A	---
718 11-1	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Arbeitstherapie), Instandsetzung	170,0	---	A B C	--- 70,1 50,0
718 22-8	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0	1.500,0	A	---
<u>719 01-2</u>	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg a. d. Donau Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	
720 13-5	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen	250,0	---	A B C	--- 36,7 356,1
720 14-4	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbaumaßnahmen zur Unterbringung einer Sozialtherapeutischen Abteilung	1.000,0	---	A	---
<u>720 15-3</u>	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Psychiatrische Abteilung, Mehrzweckhalle, Anstaltskirche, Wirtschaftsgebäude) - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
08.10.2009 11.02.2014	11.710,0	10.630,0	-	- Die Baumaßnahme umfasst die Errichtung von Arbeitsbetriebsräumen, einer Abteilung für den offenen Vollzug (5 Plätze), eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter (16 Haftplätze) sowie einer Wohngruppe (20 Haftplätze), die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage und des Entwässerungssystems. Die Gesamtkosten wurden am 19.03.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Die Justizvollzugsanstalt Eichstätt wird künftig als Einrichtung für die Abschiebungshaft betrieben. Die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen sind bei 04 05/519 01 veranschlagt und genehmigt worden.
25.02.2008	4.900,0	4.495,6	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
17.10.2016	6.950,0	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth müssen die Küche saniert und das Dach des Arbeitsbetriebsgebäudes instandgesetzt werden. Ferner sind Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und die Erneuerung der Haftraumkommunikationsanlage durchzuführen. Die Gesamtkosten wurden am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung abgeschlossen und mit der Baumaßnahme begonnen.
-	-	-	-	- Die durchgeführte RÜV-Begehung der Justizvollzugsanstalt Neuburg a. d. Donau hat ergeben, dass die Dachstühle des Verwaltungsgebäudes, des Arbeits- und Lagergebäudes und des Zellentrakts erhebliche statische Mängel aufweisen. Eine zeitnahe Sanierung ist unabweisbar. Gleichzeitig müssen die notwendigen baulichen Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die Gesamtkosten wurden am 19.02.2016 überschlägig auf 2.500,0 Tsd. € geschätzt. Mit den veranschlagten Mitteln werden die Planung und anschließend die Baumaßnahme durchgeführt.
26.05.2003 31.03.2016	31.773,5	30.853,4	-	- Die Baumaßnahme besteht aus den Teilbaumaßnahmen: 1. Brandschutz, Kanalsanierung, Ersatzstromanlagen 2. Neubau einer Einrichtung für Sicherungsverwahrung Die neuen Gesamtkosten wurden am 13.07.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
22.10.2015	2.500,0	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Straubing soll eine Sozialtherapeutische Abteilung mit 33 Haftplätzen errichtet werden. Es ist vorgesehen, diese Abteilung in den durch den 2013 fertig gestellten Neubau der Sicherungsverwahrung freigeordneten Räumen der ehemaligen Sicherungsverwahrung im Haus 2 unterzubringen. Hierfür sind Umbau-, Modernisierungs- und Anpassungsmaßnahmen zur Unterbringung von Haft-, Therapie-, Gruppen- und Diensträumen im Umfang von ca. 1.000 m ² erforderlich. Die Gesamtkosten wurden am 03.12.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
-	-	-	-	- Das aus dem Jahre 1917 stammende Haus 3 der Justizvollzugsanstalt Straubing dient der Unterbringung und Behandlung von psychisch auffälligen Gefangenen. Nach 100-jährigem vollzuglichen Betrieb stehen dringende bauliche Sanierungs- und vollzugliche Modernisierungsmaßnahmen an. Eine RÜV-Begehung hat ergeben, dass die Dachtragwerke der Mehrzweckhalle und der Anstaltskirche erhebliche statische Mängel aufweisen und insbesondere im Hinblick auf die Mehrzweckhalle vordringlich saniert werden müssen. Nach Inbetriebnahme des neuen Versorgungszentrums soll das bisherige Wirtschaftsgebäude einer anderen vollzuglichen Nutzung zugeführt werden. Es ist dringend notwendig, für die aus Brandschutzgründen unzureichend untergebrachte Bekleidungskammer, neue geeignete Räume zu schaffen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
1	2	3	4	5	C	Ist 2014
						Tsd. €
						6
04 05						
720 51-8	056	Bayerische Justizvollzugsakademie Straubing Erweiterung und Sanierung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0	300,0	A B	400,0 4,8
721 10-7	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Neubau einer Justizvollzugsanstalt - z.T. Planung -	---	---	A B C	--- 18,5 110,1
<u>722 01-7</u>	056	Justizvollzugsanstalt Passau Neubau einer Justizvollzugsanstalt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 10.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	10.000,0	A	
725 11-2	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A B C	4.000,0 362,7 160,0
725 23-8	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Neubau eines Versorgungszentrums und einer Sporthalle sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	4.000,0	A B C	5.000,0 277,8 828,5
726 21-9	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Neubau eines Versorgungszentrums	560,0	---	A B C	100,0 2.178,0 7.457,9

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die baulichen Anlagen der Bayerischen Justizvollzugsakademie in Straubing sind dringend sanierungsbedürftig. Insbesondere müssen am Gebäudebestand die Dächer instandgesetzt und energetische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Wegen der hohen Auslastung müssen zusätzliche Unterkunfts- und Unterrichtsräume, ein neuer Versorgungsbereich, ein größeres Verwaltungsgebäude sowie eine Sporthalle mit vollzuglichen Trainingsräumen geschaffen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
10.04.2000 07.09.2006	72.400,0	68.967,5	-	- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 70.000,0 Mio. € abgeschlossen.
-	-	-	-	- Für den Bereich der Straf- und Abschiebungshaft müssen Maßnahmen ergriffen werden, um den Herausforderungen der Migrationskriminalität im südostbayerischen Raum wirksam zu begegnen. Ferner bedingt ein konsequenter Vollzug des Asyl- und Ausländerrechts einen zweiten Standort zum Vollzug der Abschiebungshaft. Es ist deshalb unabweisbar, mit zeitlich höchster Priorität, an dem günstig gelegenen Standort in Passau eine neue Justizvollzugsanstalt mit 300 Haftplätzen in Kombination mit einer baulich separaten Einrichtung für Abschiebungshaft mit 100 Haftplätzen nach modernsten Gesichtspunkten zu errichten. Das Baugrundstück befindet sich seit längerem mit entsprechendem Baurecht im Staatseigentum. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
07.10.2016	20.500,0	23,0	-	- Die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung wie folgt erweitert, modernisiert, umgebaut und saniert werden: 1. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Umwehrungsmauer, Innerer Sicherheitszaun, Videoüberwachungsanlagen, Torwache mit Sicherheitszentrale, Fahrzeugschleuse, Funktionsgebäude). 2. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit Sozialtherapeutischer Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 32 Haftplätzen. Die Kosten der 1. Teilbaumaßnahme wurden am 06.12.2016 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 1. Teilbaumaßnahme geplant und begonnen.
29.05.2015	28.250,0	1.106,3	14.643,7	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Kaisheim sind sowohl in der Bausubstanz, als auch technisch völlig verbraucht sowie nach Erhöhung der Haftplatzkapazitäten auch nicht mehr ausreichend dimensioniert. Da eine Erweiterung und Sanierung am bisherigen Standort nicht möglich ist, muss dringend ein neues Versorgungszentrum (Küche, Metzgerei, Kantine für Bedienstete) errichtet und mit einem unterirdischen Verbindungsgang an die Unterkunftsgebäude angeschlossen werden. Aus vollzuglichen Gründen ist die Errichtung einer Sporthalle notwendig. Die Gesamtkosten wurden am 03.12.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme durchgeführt.
19.05.2010 21.05.2015	21.000,0	17.440,3	-	- Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Aichach (Küche, Wäscherei, Bäckerei, Kantine für Bedienstete) sind baulich sowie ausstattungsmäßig völlig verbraucht und werden durch den Neubau eines Versorgungszentrums ersetzt. Die neuen Gesamtkosten wurden am 15.07.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 05						
726 53-0	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Umbau und Sanierung des Wirtschaftsgebäudes, Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	---
727 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Memmingen Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	1.300,0	---	A B C	1.300,0 2.211,5 471,0
728 10-0	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Justizvollzugsanstalt	1.400,0	---	A B C	8.000,0 16.259,0 30.489,0
728 11-9	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Jugendarrestanstalt und einer Abteilung des offenen Vollzugs - Planung -	---	---	A	---
730 08-0	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau eines Gebäudes für Aufnahme und Entlassung, Verwaltung, Besuch und Torwache sowie einer Fahrzeugschleuse - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	1.000,0
730 10-6	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau einer Jugendarrestanstalt - Planung -	---	---	A	---
730 11-5	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung und Neuordnung der Versorgungsbetriebe - z. T. Planung -	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Aichach kann nach Inbetriebnahme des neuen Versorgungszentrums das bisherige Wirtschaftsgebäude einer anderen vollzughen Nutzung zugeführt werden. Nach den vorgesehenen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen werden ca. 50 zusätzliche Haftplätze zur Verfügung stehen. Die gesamte Trink- und Löschwasserversorgungsanlage muss entsprechend den zwingenden gesetzlichen Vorgaben der Trinkwasserverordnung erneuert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden.
26.05.1993 31.01.2014	16.290,0	11.376,7	-	- Die Justizvollzugsanstalt Memmingen wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut und instand gesetzt: 1. Errichtung einer Energiezentrale 2. Errichtung eines Unterkunftsgebäudes für den offenen Vollzug (26 Haftplätze) 3. Umbau des alten Freigängerhauses zu einer Frauenabteilung (16 Haftplätze) 4. Instandsetzungen (Dächer, Fassaden, Umwehrgung, Installationskanal, Torwache, Hafträume) und energetische Sanierungen 5. Neu- und Umbaumaßnahmen (Küchenbereich, Videosensoranlage, Haftraumkommunikationsanlage, Brandschutz, Trinkwasserversorgung, Heizungsanlage, Sporthof). Die Teilbaumaßnahmen 1 - 4 sind abgeschlossen. Die neuen Gesamtkosten wurden am 19.03.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
19.10.1998 11.04.2014	104.740,0	98.331,7	-	- Neubau der Justizvollzugsanstalt Augsburg in Gablingen mit einer Belegungsfähigkeit von 609 Haftplätzen. Die neuen Gesamtkosten wurden am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- In unmittelbarer räumlicher Nähe zu der neu gebauten Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen (siehe 04 05/728 10) soll eine neue Jugendarrestanstalt (ca. 45 Arrestplätze) und eine Abteilung des offenen Vollzugs (ca. 34 Haftplätze) gebaut werden. Das Baugrundstück befindet sich im Staatseigentum. Die Gesamtkosten wurden im Jahr 2014 überschlägig auf 9.650,0 Tsd. € geschätzt.
-	-	8,1	-	- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg sollen auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung ein neues Gebäude mit den Funktionen Aufnahme und Entlassung, Verwaltung und Besuch, sowie eine Torwache mit Fahrzeugschleuse errichtet werden. Die Gesamtkosten wurden am 07.03.2016 überschlägig auf 25.000,0 Tsd. € geschätzt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt werden.
-	-	-	-	- Im Hinblick auf den Neubau der Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz mit einer Frauenabteilung wird diese Baumaßnahme um den ursprünglich vorgesehenen Neubau der Frauenabteilung reduziert. Für den Vollzug des Jugendarrestes wird ein in den Jahren 1886 bis 1888 errichtetes Gebäude genutzt, welches in seiner Bausubstanz weitgehend verbraucht ist. Es ist vorgesehen, zu gegebener Zeit eine neue Jugendarrestanstalt mit ca. 55 Arrestplätzen zu errichten. Die Erweiterung entspricht dem künftigen Arrestplatzbedarf. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
19.12.1994 13.02.2002	4.695,5	4.695,5	-	- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung einer provisorischen Küche im Arbeitsbetrieb für die Dauer der Instandsetzungsarbeiten am Versorgungszentrum) und die 2. Teilbaumaßnahme (Umbau und Instandsetzung des Versorgungszentrums - Küche - sowie von Teilbereichen des Entwässerungskanal), die beide abgeschlossen sind. Als 3. Teilbaumaßnahme sind der Neubau einer Wäscherei und der Einbau eines Bäckereibetriebs im bisherigen Wäschereigebäude beabsichtigt. Die Kosten der 3. Teilbaumaßnahme werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
04 05						
730 12-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung der Untersuchungshaftanstalt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 900,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	900,0	900,0	A B C	2.000,0 435,2 1.046,5
730 20-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen - Planung -	---	---	A	---
735 10-1	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 2.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 1.500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	2.200,0 1.212,4 689,4
<u>735 20-9</u>	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erneuerung der Trink- und Löschwasserversorgung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. €</i> 500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A	
736 22-6	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau einer Jugendarrestanstalt, eines Unterkunftsgebäudes, einer Heizzentrale und einer Küche - Planung -	---	---	A	---
737 21-6	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Sanierung des Küchenbereichs - Planung -	---	***	A	1.000,0
737 55-5	056	Justizvollzugsanstalt Bamberg Neubau einer Justizvollzugsanstalt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. €</i> 2.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	500,0	A B	--- 11,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
26.05.1998 02.11.2011	14.590,0	13.503,5	-	- Die Untersuchungshaftanstalt (Erweiterungsbau und Altbau) der Justizvollzugsanstalt Nürnberg muss dringend umfassend instand gesetzt werden (Hafttraumfenster und -türen, Brandschutzmaßnahmen, Sicherheitszaun, Sanitär- und Elektroinstallation, Lüftungsanlage, Kommunikationsanlage, Fassaden). Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme (Erweiterungsbau). Die neuen Gesamtkosten sind am 07.12.2011 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt worden. Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 3. Teilbaumaßnahme abgeschlossen und die 4. Teilbaumaßnahme (Altbau) geplant und begonnen. Die Gesamtkosten der 4. Teilbaumaßnahme wurden am 20.03.2014 überschlägig auf 14.850,0 Tsd. € geschätzt.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Nürnberg müssen dringende Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes und der vollzuglichen Sicherheit durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
30.04.2009 21.03.2014	21.140,0	8.073,7	6.516,3	In der Justizvollzugsanstalt Ebrach sollen auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung in Abschnitten die dringend notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden: 1. Teilbaumaßnahme: Umbau des Gebäudes "Alte Mühle" zur Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug mit 25 Haftplätzen und 5 Plätzen für die nachsorgende Betreuung (sog. "Notanker"). 2. Teilbaumaßnahme: Kanalsanierung und Erneuerung des Sportplatzes. 3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung der Dächer und Sanierung des Kaisersaals. 4. Teilbaumaßnahme: Umbau und Sanierung des Unterkunftsgebäudes I, Abbruch der Unterkunftsgebäude II und III mit Ersatzneubau, Verlegung der Torwache und des Besuchsbereichs. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die neuen Gesamtkosten wurden am 21.05.2014 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt. Die Kosten der 4. Teilbaumaßnahme wurden im Jahr 2016 überschlägig auf 22.600,0 Tsd. € geschätzt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die 3. Teilbaumaßnahme fortgeführt.
-	-	-	-	- Die gesamte Trink- und Löschwasserversorgungsanlage muss entsprechend den gesetzlichen Vorgaben der Trinkwasserverordnung erneuert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen.
-	-	-	-	- Die Justizvollzugsanstalt Hof soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung bedarfsgerecht erweitert und modernisiert werden. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen: - Neubau einer Jugendarrestanstalt mit bis zu 60 Arrestplätzen - Errichtung einer neuen Heizzentrale - Errichtung eines Unterkunftsgebäudes mit 40 Haftplätzen - Neubau einer Küche. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung. Die Gesamtkosten werden zu gegebener Zeit im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	45,0	-	- Das Bauvorhaben ist wegen des geplanten Ersatzneubaus der Justizvollzugsanstalt Bamberg (siehe 04 05/737 55) nicht mehr notwendig.
-	-	-	-	- Die alte Justizvollzugsanstalt befindet sich im Stadtkern von Bamberg und hat keine Umwehrgung. Die baulichen Voraussetzungen und die schlechte Gebäudesubstanz sind für einen sicheren und modernen Justizvollzug nur noch bedingt geeignet. Es ist deshalb unabweisbar, an einem günstigeren Standort eine neue Justizvollzugsanstalt nach modernsten Gesichtspunkten zu bauen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme begonnen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017	2018	A	Soll 2016
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2015
					C	Ist 2014
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
738 01-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Umbau, Instandsetzung, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.600,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.270,0	1.400,0	A B C	2.600,0 1.134,0 1.991,8
738 21-5	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau einer Sozialtherapeutischen Abteilung und einer Sporthalle, Modernisierung der Versorgungsbetriebe - Planung -	200,0	200,0	A	---
738 53-6	056	Justizvollzugsanstalt Marktredwitz Neubau einer Justizvollzugsanstalt - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	---
741 01-4	056	Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg Maßnahmen zur Verbesserung des baulichen Brandschutzes, Sanierung des Küchenbereichs	---	---	A B C	0,0 1.527,6 306,1
745 06-5	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	---	---	A B C	--- 66,4 236,3
745 21-6	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des baulichen Brandschutzes - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	1.000,0	A	---
<u>745 23-4</u>	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterungs- und Instandsetzungsmaßnahmen (Arbeitsbetriebe) - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	750,0	1.000,0	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
01.02.2007 15.02.2015	14.300,0	9.426,3	1.813,7	Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme mit dem Umbau und der Sanierung der Häuser G und H sowie der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen (Anstalt II) und die 2. Teilbaumaßnahme mit der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen in der Anstalt I und der Außenstelle St. Johannis. Im Rahmen der 3. Teilbaumaßnahme soll eine Personen-Notsignal-Anlage und eine BOS-Objektfunkanlage für den gesamten Anstaltsbereich errichtet werden. Die neuen Gesamtkosten wurden am 06.04.2016 von Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.
-	-	-	-	- Entsprechend dem Konzept für den Ausbau der Sozialtherapie soll In der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth eine Sozialtherapeutische Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen und eine aus vollzuglichen Gründen dringend notwendige Sporthalle errichtet werden. Die baulichen Voraussetzungen der Versorgungsbetriebe entsprechen nicht mehr den Anforderungen und sollen bedarfsgerecht modernisiert werden. Im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz wird geprüft, inwieweit Synergieeffekte erzielt werden können. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt.
-	-	-	-	- Das Konzept Heimatstrategie "Regionalisierung von Verwaltung - Behördenverlagerungen 2015" sieht vor, dass in der Stadt Marktredwitz (Landkreis Wunsiedel) eine neue Justizvollzugsanstalt gebaut wird. Sie soll eine Belegungsfähigkeit von 364 Haftplätzen haben, die sich wie folgt zusammensetzt: 120 Haftplätze für weibliche Gefangene einschließlich einer Mutter-Kind-Abteilung, 220 Haftplätze für männliche Gefangene und 24 Haftplätze in einer geriatrischen Abteilung. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung der Baumaßnahme durchgeführt.
13.02.2014	2.000,0	1.868,0		- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abrechnung.
26.10.2007 13.10.2009	18.200,0	16.839,3		- Die Baumaßnahme wird mit Gesamtkosten von ca. 17.072,0 Tsd. € abgeschlossen.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen zur Verbesserung der Sicherheit im Rahmen einer 1. Teilbaumaßnahme die Torwache umgebaut und saniert, ein neuer Beobachtungsturm errichtet sowie eine Personen-Notsignal-Anlage eingebaut werden. Die Gesamtkosten wurden am 30.03.2016 überschlägig auf 5.310,0 Tsd. € geschätzt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen. In der anschließenden 2. Teilbaumaßnahme sind die notwendigen baulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Brandschutzes durchzuführen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
-	-	-	-	- In der Justizvollzugsanstalt Amberg müssen die Arbeitsbetriebe grundlegend neu strukturiert werden. Insbesondere die bisher für die landwirtschaftlichen Betriebe genutzten Einrichtungen sind zu beseitigen, um Platz für etwaige neue Haftplätze zu schaffen und die erforderliche Modernisierung der verbliebenen Arbeitsbetriebe zu ermöglichen. Vorrangig muss das Dach des Arbeitsbetriebsgebäudes 1 dringend instand gesetzt werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2017 Tsd. €	2018 Tsd. €	A B C	Soll 2016 Ist 2015 Ist 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
04 05						
746 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Regensburg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 4.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.000,0	3.500,0	A B C	5.500,0 4.988,3 5.154,9
		Summe Kapitel 04 05	41.000,0	41.500,0	A B C	41.000,0 35.604,0 56.935,1
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 40.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 40.500,0				
		Summe Epl. 04	78.000,0	78.500,0	A B C	79.000,0 68.579,6 81.399,1
		Verpflichtungsermächtigung 2017 Tsd. € 191.700,0 Verpflichtungsermächtigung 2018 Tsd. € 81.100,0				

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2015 verausgabt Tsd. €	ab 2019 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
08.09.2009 29.09.2015	35.861,0	25.032,2	1.328,8	<p>Die Justizvollzugsanstalt Regensburg wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung saniert, umgebaut, erweitert und modernisiert:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Betriebsgebäudes (Arbeits- und Versorgungsbetriebe), Errichtung des Westflügels (Besuchsbereich, Transportabteilung, Aufnahme und Entlassung, Hafträume, Verwaltung), Neubau der Torwache mit Fahrzeugschleuse, Sanierung Südbau und Erstellung der Außenanlagen.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Errichtung des Ostflügels (Unterkunftsgebäude), Sanierung des Mittel- und des Nordbaus sowie Erstellung der Außenanlagen.</p> <p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die mit den veranschlagten Mitteln fortgeführt werden soll. Die neuen Gesamtkosten wurden am 03.12.2015 vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags genehmigt.</p> <p>Die Kosten der 2. Teilbaumaßnahme werden im Rahmen der Planung ermittelt.</p>

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

- Einzelplan 04 -

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B6	7	7	7
	Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	B4	-	1	1
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B3	6	6	6
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		13,10	12,10	12,10
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	10	10	10
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	8,59	9,59	9,59
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	10,71	10,71	10,71
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	20,68	19,68	19,68
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	7	7	7
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	5,50	6,50	6,50
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9+AZ	12	12	12
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	8	9	9
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	A8	3	3	3
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin		-	1	1
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		2	1	1
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A7	1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen		2	1	1
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		2	2	2
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	A6	3	3	3
	Zusammen Zugang/Abgang		124,58	125,58 +1	125,58 -
	Leerstellen				
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen <i>Eine Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	B6	1	2	2
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B3	1	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	2	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	2	2	2
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A9+AZ	1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A7	5	5	5
	Zusammen Zugang/Abgang		24	25 +1	25 -
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		R9- R1,A16- A3	5	5	5
		A16+AZ -A3	4	4	4
	Zusammen		9	9	9

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B3 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr B3 (Ministerialrat)
Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr B3 (Ltd. Ministerialrat)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+1	-	Umwandlung und kostenneutrale Hebung von 428 01 EGr 6
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung und kostenneutrale Hebung nach 422 01 BesGr A11
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B4 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr B3
B3 Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr B4
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
A8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	10	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	16	16	16
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	7,80	6,80	6,80
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	6,20	6,20	6,20
	Zusammen		42	41	41
	Zugang/Abgang			-1	-
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4,60	4,60	4,60
	Zusammen		4,60	4,60	4,60
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		124,58	125,58	125,58
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		42	41	41
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		166,58	166,58	166,58
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4,60	4,60	4,60
	Personalsoll B		4,60	4,60	4,60
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		171,18	171,18	171,18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B6 Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	+1	-	neu
Summe neu	+1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl																														
			2016	2017	2018																												
1	2	3	4	5	6																												
	<p><i>Folgende (Plan-) Stellen sowie die entsprechenden Personalmittel erhalten den Vermerk „kw gemäß Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2017/2018“:</i></p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Kapitel</th> <th>Titel</th> <th>BesGr/EGr</th> <th>Stellenzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td rowspan="4">04 04</td> <td rowspan="4">422 01</td> <td>R 2</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td>R 1</td> <td>49</td> </tr> <tr> <td>A 10</td> <td>25</td> </tr> <tr> <td>A 6</td> <td>100</td> </tr> <tr> <td></td> <td>428 11</td> <td>-</td> <td>35</td> </tr> <tr> <td rowspan="2">04 05</td> <td rowspan="2">422 01</td> <td>A 13</td> <td>10</td> </tr> <tr> <td>A 7</td> <td>40</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Summe</td> <td></td> <td>260</td> </tr> </tbody> </table>					Kapitel	Titel	BesGr/EGr	Stellenzahl	04 04	422 01	R 2	1	R 1	49	A 10	25	A 6	100		428 11	-	35	04 05	422 01	A 13	10	A 7	40		Summe		260
Kapitel	Titel	BesGr/EGr	Stellenzahl																														
04 04	422 01	R 2	1																														
		R 1	49																														
		A 10	25																														
		A 6	100																														
	428 11	-	35																														
04 05	422 01	A 13	10																														
		A 7	40																														
	Summe		260																														
422 01	Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten																																
	Ersatzstellen für Altersteilzeit																																
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	R3	1	2	2																												
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	1	1	1																												
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		1	-	-																												
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R2	2,40	2	2																												
	Richter, Richterin am Amtsgericht als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Direktors oder einer Direktorin an einem Gericht mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		1	-	-																												
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		1	2	2																												
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		5,40	1	1																												
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	7	3	3																												
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	-	1	1																												
	Studienrat, Studienrätin im Grundschuldienst (Justizvollzug)		0,88	-	-																												
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	A9	14,79	2,49	2,49																												
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin		1	1	1																												
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		7,84	4,87	4,87																												
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin		1	-	-																												
	Verwaltungsinspektor, Verwaltungsinspektorin		1	-	-																												
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	3	-	-																												
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterin	A7	1	-	-																												
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	21,23	5,31	5,31																												
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		2,50	-	-																												
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	8,50	3	3																												
	Zusammen		82,54	28,67	28,67																												
	Zugang/Abgang			-53,87	-																												

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)			
R3 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R2 Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+3	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)			
R2 +AZ Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-0,40	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-4,40	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-4	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A13 Studienräte, Studienrätinnen im Grundschuldienst (Justizvollzug)	-0,88	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A9 Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen	-12,30	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-2,97	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Verwaltungsinspektoren, Verwaltungsinspektorinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-3	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-15,92	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-2,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten) (Ersatzstellen für Altersteilzeit): 1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden. 2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 HG.				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Richter, Richterin am Amts- oder Landgericht	R1	0,28	-	-
	Justizhauptsekretär, Justizhauptsekretärin	A8	0,38	0,38	0,38
	Zusammen		0,66	0,38	0,38
	Zugang/Abgang			-0,28	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit): 1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden. 2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 HG.				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle				
	Richter, Richterin am Oberlandesgericht	R2	-	0,40	0,40
	Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Landgericht		1	0,80	0,80
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	-	1,80	1,80
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherin	A8	1	-	-
	Zusammen		2	3	3
	Zugang/Abgang			+1	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)) (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle): 1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden. 2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E10	-	1	1
	Zusammen		-	1	1
	Zugang/Abgang			+1	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) (Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle): 1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden. 2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 7 Satz 1 HG.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
A4 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen Summe Einsparung	-5,50 -56,87	- -	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Zu- und Abgänge insgesamt	-53,87	-	
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten Summe Einsparung	-0,28 -0,28	- -	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Zu- und Abgänge insgesamt	-0,28	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ARBEITSZEITMODELLE			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	+0,40	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+1,80	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Summe neu	+1 +3,20	- -	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-0,20	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen Summe Einsparung	-1 -1,20	- -	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Zu- und Abgänge insgesamt	+2	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,66	0,38	0,38
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		82,54	28,67	28,67
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		2	4	4

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Gerichte und Staatsanwaltschaften können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Gerichte abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZuLV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Präsident, Präsidentin des Oberlandesgerichts an einem Gericht mit 800 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R9	1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit bis zu 799 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R8	2	2	2
	Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R7	1	1	1
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit bis zu 299 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R6	2	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	1	1
	Präsident, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die der Präsident oder die Präsidentin die Dienstaufsicht führt		1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2	2
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	R5	1	1	1
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		5	5	5
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9		1	1	1
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Generalstaatsanwalts oder einer Generalstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 7	R4	1	1	1
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		8	8	8

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R3 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	+1	-	neu (Extremismusbekämpfung)
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	+1	-	neu (Extremismusbekämpfung)
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+3	-	neu (Extremismusbekämpfung)
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezenten oder Dezententinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	+2	+1	neu (Cybercrime)
Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten	+4	-	neu (Extremismusbekämpfung)
Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	+3	-	neu (Extremismusbekämpfung)
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+1	+1	neu (Extremismusbekämpfung)
+AZ R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+1	+2	neu (Cybercrime)
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+3	+3	neu (Extremismusbekämpfung)
	+3	-	neu (Extremismusbekämpfung)
	+3	-	neu (Schwerpunktstaatsanwaltschaften Korruptionsbekämpfung Gesundheitswesen)
A14 Technische Oberräte, Technische Oberrätinnen	+2	+2	neu (Elektronischer Rechtsverkehr)
A13 Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	+1	-	neu (Cybercrime)
Technische Räte, Technische Rätinnen	+4	-	neu (IT-Sicherheit)
	+5	+5	neu (Elektronischer Rechtsverkehr)
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-	+1	neu (Cybercrime)
Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	+2	+2	neu (Elektronischer Rechtsverkehr)
A11 Rechtspflegeamtsträger, Rechtspflegeamtsträgerinnen	+1	-	neu (Cybercrime)
	+4	+8	neu (Extremismusbekämpfung)
	+3	-	neu (Schwerpunktstaatsanwaltschaften Korruptionsbekämpfung Gesundheitswesen)
Technische Amtsträger, Technische Amtsträgerinnen	+1	-	neu (Elektronischer Rechtsverkehr)
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+3	+2	neu (Extremismusbekämpfung)
A9 Justizverwaltungsinspektoren, +AZ Justizverwaltungsinspektorinnen	-	+2	neu (Cybercrime)
A9 Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+5	-	neu (Cybercrime)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Präsidenten, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		2	2	2
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		9	9	9
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 8		2	2	2
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 6	R3+AZ	1	1	1
	Direktor, Direktorin des Amtsgerichts als Leiter oder Leiterin eines Gerichts mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern	R3	1	1	1
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen		9	9	9
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		7	9	9
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		12	12	12
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Leitenden Oberstaatsanwalts oder einer Leitenden Oberstaatsanwältin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1	1
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		4	4	4
	Präsidenten, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Planstellen für Richter und Richterinnen einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		6	6	6
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Amtsgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		1	1	1
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		7	7	7
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten		71	72	72
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	R2+AZ	52	54	54
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		20	20	20

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
A7 Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	+2 +1	+2 +4	neu (Extremismusbekämpfung) neu (Cybercrime)
A6 Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	+19 +4	+13 -	neu (Extremismusbekämpfung) neu (Schwerpunktstaatsanwaltschaften Korruptionsbekämpfung Gesundheitswesen)
A4 Justizoberwachmeister, Justizoberwachmeisterinnen	+3 +17	- -	neu (Extremismusbekämpfung)
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A9 Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	+80	-	neu (Altersfluktuation)
A6 Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	+50	-	neu (Altersfluktuation)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	+2	neu (Cybercrime)
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	neu (IT-Sicherheit)
Summe neu	+237	+50	
neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+30	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A10 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	+20 +25	- -	neu (Zuwanderung und Integration) neu (Zuwanderung und Integration)
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+100	-	neu (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+175	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A7 Justizvollstreckungsobersekretäre, Justizvollstreckungsobersekretärinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015 (Schließung der bisherigen Laufbahn der Vollziehungsbeamten der Justiz)
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014 (Schließung der bisherigen Laufbahn der Vollziehungsbeamten der Justiz)
A6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015 (Auflösung amtsgerichtliche Zweigstellen)
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014 (bajTECH 2000)
	-10,50	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015 (bajTECH 2000)
A4 Justizoberwachmeister, Justizoberwachmeisterinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015 (Auflösung amtsgerichtliche Zweigstellen)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		1	2	2
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3		10	10	10
	Richter, Richterinnen am Amtsgericht als Leiter oder Leiterinnen von Hauptabteilungen an Gerichten mit 151 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		-	4	4
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		2	2	2
	Vizepräsidenten, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		15	15	15
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen		6	7	7
	Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R2	8	6	6
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		52	53	53
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		28	36	37
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten		204	207	207
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		52	54	54
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen		80	75	75
	Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten <i>4 Stellen ku in 4 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter der BesGr R 2+AZ jeweils gleichzeitig mit 4 Stellen für Staatsanwälte als Gruppenleiter der BesGr R 1+AZ ku in 4 Stellen für Staatsanwälte der BesGr R 1. Art. 47 Abs. 3 BayHO ist nicht anzuwenden.</i>		255	255	256
	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	R1+AZ	8	6	6
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		154	152	154
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R1	1.306,50	1.339,50	1.342,50
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		475	502	502
	Direktor, Direktorin der Gemeinsamen IT-Stelle der bayerischen Justiz	B3	1	1	1
	Leitende Rechtspflegedirektoren, Leitende Rechtspflegedirektorinnen	A16	2	2	2
	Rechtspflegedirektoren, Rechtspflegedirektorinnen	A15	30	30	30
	Rechtspflegeoberräte, Rechtspflegeoberrätinnen	A14	32	32	32

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014 (bajTECH 2000)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015 (bajTECH 2000)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit) für 2014
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2014 (bajTECH 2000)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015 (bajTECH 2000)
E4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015 (bajTECH 2000)
Summe Einsparung	-39,50	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 14 / 422 01 BesGr A15
A12 Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A11 Rechtspflegeamtsträger, Rechtspflegeamtsträgerinnen	+1	-	Umsetzung von 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
E5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,24	-	Umsetzung und Umwandlung nach 13 03 / 422 05
Summe Umsetzung	-3,24	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Vorsitzende Richter, Vorsitzende +AZ Richterinnen an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder aufsichtführende Richterinnen an Landgerichten mit 30 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen, einschließlich der Planstellen für Richter und Richterinnen der Gerichte, über die die Präsidenten oder die Präsidentinnen die Dienstaufsicht führen	+1	-	Umwandlung und Hebung von 422 01 BesGr R2
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R2 (Oberstaatsanwalt als Dezernent bei einer Generalstaatsanwaltschaften)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Sozialoberräte, Sozialoberrätinnen		1	2	2
	Technische Oberräte, Technische Oberrätinnen		-	3	5
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	A13+AZ	10	10	10
	Justizverwaltungsrat, Justizverwaltungsrätin	A13	1	1	1
	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen		120	126	126
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen <i>für die Wirtschaftsabteilungen von Staatsanwaltschaften</i>		6	6	6
	Sozialräte, Sozialrätinnen		27	26	26
	Technische Räte, Technische Rätinnen		-	9	14
	Justizverwaltungsamtsräte, Justizverwaltungsamtsrätinnen	A12	5	5	5
	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen		424,50	438,50	439,50
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		49	49	49
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen		4	4	4
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		-	2	4
	Justizverwaltungsamt Männer, Justizverwaltungsamt Frauen	A11	35	35	35
	Rechtspflegeamt Männer, Rechtspflegeamt Frauen		774	764	772
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		107	107	107
	Steueramt Männer, Steueramt Frauen		2	2	2
	Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen		4	6	6
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	129	149	149
	Justizverwaltungsoberinspektoren, Justizverwaltungsoberinspektorinnen		21	21	21
	Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen		541,80	565,80	565,80
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		99	102	104
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		13	11,67	11,67
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	190	190	192
	Justizsicherheitsinspektoren, Justizsicherheitsinspektorinnen	A9	2	2	2
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen <i>davon bis zu 4 Stellen für den Verwaltungsdienst (Einstieg 1. QE)</i>		480	505	505
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		320	302	304
	Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen		361,83	361,83	361,83
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Bewährungshelfer der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>		60	60	60
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		6	6	6
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	265	265	267
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		7	7	7
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		775,50	775,50	773,50
	Justizsicherheitshauptsekretäre, Justizsicherheitshauptsekretärinnen		37	37	37
	Justizvollstreckungshauptsekretäre, Justizvollstreckungshauptsekretärinnen		9	9	9
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	641	655	672
	Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen		67	76	76
	Justizvollstreckungsobersekretäre, Justizvollstreckungsobersekretärinnen		8	3	3
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		14	14	14
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	149	143	143
	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		5	5	5
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	383,35	470,85	470,85
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		510	510	510

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
R1 +AZ R1	+1 -1 -1	- - -	Umwandlung von 422 01 BesGr R2 (Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft) Umwandlung und Hebung nach 422 01 BesGr R2+AZ Umwandlung und Absenkung nach 422 01 BesGr R1
R1	+1	-	Umwandlung und Absenkung von 422 01 BesGr R1+AZ
A14	+1	-	Umwandlung und kostenneutrale Hebung von BesGr A10
A10	-1	-	Umwandlung und kostenneutrale Hebung nach BesGr A14
A8	-	+2	Umwandlung von BesGr A8 (Justizhauptsekretär)
	-	-2	Umwandlung nach BesGr A8 (Gerichtsvollzieher)
A7	+10	-	Umwandlung von 428 01 EGr 6
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A7
Summe Umwandlung	-	-	
Umwandlung (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A14 Technische Oberräte, Technische Oberrätinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 05 BesGr A9
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+0,67	-	Umsetzung und Umwandlung von 04 05 BesGr A9
Summe Umwandlung (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+1,67	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 +AZ	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr R2
	+4	-	kostenneutrale Hebung von BesGr R2

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Technische Sekretäre, Technische Sekretärinnen		24	24	24
	Werkmeister, Werkmeisterinnen		3	3	3
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A5	3	3	3
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen		179	179	179
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Justizhelfern bis zur EGr 4 besetzt werden.</i>	A4	69	85	85
	Zusammen Zugang/Abgang		9.894,48	10.162,65 +268,17	10.210,65 +48
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Zu BesGr R 2 und R 1:				
	5 Stellen für Richter an Oberlandesgerichten				
	2 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten				
	6 Stellen für Richter an Amts- und Landgerichten kw nach Abschluss der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1.7.2021.				
	6 Stellen für Staatsanwälte kw nach Abschluss der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1.7.2021.				
	2) a) Die Stellen der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.				
	b) Bis zu insgesamt 21 Stellen der BesGr A 8 bis A 16 und der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 01 in Anspruch genommen werden. Dabei dürfen die Stellen der BesGr R 1 mit Beamten der BesGr A 13 bis A 15, die Stellen der BesGr R 2 mit Beamten der BesGr A 16 und die Stellen der BesGr R 3 mit Beamten der BesGr B 3 besetzt werden.				
	c) Die Stellen der BesGr R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
	3) Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts				
	Die im Rahmen der Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts abgesenkten und umgewandelten Stellen dürfen mit ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten des Obersten Landesgericht besetzt werden, die weiterhin der Höhe nach ihre bisherigen Bezüge gemäß Art. 97 Abs. 2 Satz 3 GG bzw. § 33 DRiG oder eine Zulage gemäß Art. 108 Abs. 2 Satz 2 BayBesG erhalten.				
	4) Sechs Stellen können für die Kap. 06 04 und 06 14 zum Zwecke des Stellentauschs in Anspruch genommen werden.				
	5) Eine Stelle ist mit einer Zulage gemäß Art. 56 Abs. 1 BayBesG ausgestattet.				
	6) Zu Titel 422 01 und 428 01				
	Bis zu 120 freie und besetzbare Stellen für Arbeitnehmer und Beamte können unbefristet mit Arbeitnehmern besetzt werden, die zum jeweiligen Besetzungszeitpunkt seit mindestens drei Jahren befristet beschäftigt waren. Steht in diesen Fällen bei Rückkehr des ursprünglichen Stelleninhabers keine freie und besetzbare Stelle zur Verfügung, kann dieser bis eine solche vorhanden ist, auf der ausgebrachten Leerstelle verrechnet werden. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben sind an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben einzusparen.				
	Leerstellen				
	Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht, Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin	R3	1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
R2 Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr R2+AZ
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezenten oder Dezententinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr R1+AZ
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen	-4	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr R2+AZ
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr R2
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Direktoren, Direktorinnen der +AZ Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2
R2 Direktoren, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2+AZ
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R1
Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R1+AZ
R1 Richter, Richterinnen an Amtsgerichten +AZ als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Amtsgerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen Summe kostenwirksame Hebung	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R2
	-	-	
kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R3 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R2

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	R2+AZ	1	1	1
	Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen	R2	11	14	14
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	R1+AZ	9	15	15
	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	R1	226	253	253
	Rechtspflegerat, Rechtspflegerätin	A13+AZ	1	1	1
	Räte, Rätinnen	A13	3	3	3
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	9	9	9
	Amtmänner, Amtfrauen	A11	109	109	109
	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	A10	2	2	2
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen		233	233	233
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	A9+AZ	6	6	6
	Inspektoren, Inspektorinnen	A9	62	62	62
	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen		38	38	38
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		19	19	19
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A8	15	15	15
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		142	142	142
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A7	539	539	539
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen	A6+AZ	3	3	3
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A6	477	477	477
	Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen		11	11	11
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	A5	13	13	13
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A4	2	2	2
	Zusammen Zugang/Abgang		1.932	1.968 +36	1.968 -
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen	A9	248	328	328
	Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen	A6	238	288	288
	Zusammen Zugang/Abgang		486	616 +130	616 -
422 26	Rechtsreferendare				
	Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen	A13	3.900	3.900	4.000
	Zusammen Zugang/Abgang		3.900	3.900 -	4.000 +100
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 26: Bei der im Stellenplan veranschlagten Stellenzahl handelt es sich um eine Durchschnittszahl (wegen der unterschiedlichen Einstellungszeiten / Prüfungszeiten). Die tatsächliche Zahl schwankt zwischen rd. 3.400 und 4.000.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		A16+AZ -A3	7	7	7
	Zusammen		7	7	7

		Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr		2017	2018	
1		2	3	4
R2	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R3
A14	Sozialoberräte, Sozialoberrätinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A13
A13	Rechtspflegeräte, Rechtspflegerätinnen	+5	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
	Sozialräte, Sozialrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A14
A12	Rechtspflegeamtsräte, Rechtspflegeamtsrätinnen	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
		+20	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11	Rechtspflegeamtsträger, Rechtspflegeamtsträgerinnen	-20	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
		+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	Technische Amtsträger, Technische Amtsträgerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10	Hauptgerichtsvollzieher, Hauptgerichtsvollzieherinnen	+20	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
	Rechtspflegeoberinspektoren, Rechtspflegeoberinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A9	Justizverwaltungsinspektoren, Justizverwaltungsinspektorinnen	+20	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A8
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen	-20	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A8	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-20	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
		+20	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A7
A7	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-20	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
	Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen	+9	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A6+AZ
A6	Justizsicherheitssekretäre, +AZ Justizsicherheitssekretärinnen	-9	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A7
	Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
Absenkung				
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))				
R2	Richter, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder weitere aufsichtführende Richterinnen	-1	-	Absenkung nach BesGr R1
R1	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	-1	-	Absenkung nach BesGr R1
+AZ	als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften			
R1	Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	+1	-	Absenkung von BesGr R2
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+1	-	Absenkung von BesGr R1+AZ
	Summe Absenkung	-	-	

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige				
	Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		35	35	35
	Zusammen		35	35	35
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E14	2	3	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E13	-	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	21	21	21
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	234,58	233,58	233,58
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	174,42	174,42	174,42
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	2.307,32	2.288,32	2.288,32
	<i>20 Stellen zweckgebunden für die Übernahme von langjährigen Aushilfskräften.</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	26,91	16,67	16,67
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E4	7	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	20,35	20,35	20,35
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E2	0,50	0,50	0,50
	Zusammen		2.801,08	2.773,84	2.775,84
	Zugang/Abgang			-27,24	+2
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	33	33	33
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	60	60	60
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	360	360	360
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	11	11	11
	Zusammen		476	476	476
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Leerstellen):				
	<i>Bis zu zwei Leerstellen dürfen mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Zeitpunkt der Besetzung seit mehr als drei Jahren erkrankt waren und für die keine Entgelte mehr gezahlt werden.</i>				
	<i>Art. 50 Abs. 4 und 5 BayHO gelten entsprechend.</i>				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		100	150	150
	Zusammen		100	150	150
	Zugang/Abgang			+50	-
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		126,20	115,46	115,46
	Zusammen		126,20	115,46	115,46
	Zugang/Abgang			-10,74	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
Absenkung (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A14 Technische Oberräte, Technische Oberrätinnen	-1	-	Absenkung nach BesGr A10 im Vollzug des im Nachtragshaushalt ausgebrachten ku-Vermerks Absenkung von BesGr A14 im Vollzug des im Nachtragshaushalt ausgebrachten ku-Vermerks
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+1	-	
Summe Absenkung (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+370,93	+50	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 422 26 (Rechtsreferendare)			
A13 Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen	-	+100	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+15	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+15	+100	
neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+35	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+35	-	
Einsparung			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6,50	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2015 (Übergang der Gebäudereinigung auf Fremdfirmen)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)		9.894,48	10.162,65	10.210,65
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		486	616	616
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2.801,08	2.773,84	2.775,84
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		13.181,56	13.552,49	13.602,49
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.900	3.900	4.000
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		35	35	35
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		100	150	150
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		126,20	115,46	115,46
	Personalsoll B		4.161,20	4.200,46	4.300,46
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		17.342,76	17.752,95	17.902,95

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
	-4,24	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2016 (Übergang der Gebäudereinigung auf Fremdfirmen)
Summe Einsparung	-10,74	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+39,26	+100	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R2 Richter, Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen	+3	-	neu
R1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen +AZ als Gruppenleiter oder Gruppenleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+3	-	neu
R1 Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+3 +17	- -	neu neu
Summe neu	+10 +36	- -	neu
Zu- und Abgänge insgesamt	+36	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Justizvollzugsanstalten können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Justizvollzugsanstalten abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZuIV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä3 besetzt werden.</i>	A16	10	10	10
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		21	21	21
	Dekane, Dekaninnen - im Justizvollzugsdienst	A15	5	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä2 besetzt werden.</i>		25	26	26
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen		46	46	46
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Ärzten der EGr Ä1 besetzt werden.</i>	A14	13	12	12
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen		55	57	57
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst		20	20	20
	Rektoren, Rektorinnen		4	4	4
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	31	31	31
	Pfarrer, Pfarrerinnen - im Justizvollzugsdienst	A13	5	5	5
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen		68,75	79,75	79,75
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		16	17	17
	Amtsräte, Amtsärztinnen - im Justizvollzugsdienst	A12	3	3	3
	Fachoberlehrer, Fachoberlehrerinnen		2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsärztinnen		40	40	40
	Sozialamtsräte, Sozialamtsärztinnen		17	17	17
	Technische Amtsärzte, Technische Amtsärztinnen		2	2	2
	Amtmänner, Amtfrauen - im Justizvollzugsdienst	A11	38	38	38
	Amtmänner, Amtfrauen - im Krankenpflegedienst		6	6	6
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen		62	62	62
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		33	33	33
	Technische Amt männer, Technische Amt frauen		19	19	19
	Förderlehrer, Förderlehrerin	A10	1	1	1
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst		58	64	64
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Krankenpflegedienst		5	5	5
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen		43,40	46,73	46,73
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		62	63	63
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		19	19	19
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9+AZ	344	343	343
	Pflegevorsteher, Oberinnen		18	18	18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	neu (Sozialtherapie Justizvollzugsanstalt Laufen)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	+1 +1	- -	neu (Salafismus-Prävention) neu (Integrationsgesetz)
A10 Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+1	-	neu (Integrationsgesetz)
A9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+1	-	neu (Extremismusbeauftragte)
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+1 -	- +5	neu (Integrationsgesetz) neu (Justizvollzugsanstalt Gablingen)
A7 Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+1 +1 +5 +1 +1	- - - - -	neu (Extremismusbeauftragte) neu (Hochsicherheitsgerichtssaal) neu (Justizvollzugsanstalt Gablingen)
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A9 Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwältinnen	+12	-	neu (Ausbildung im Justizvollzug)
A6-A7 Regierungssekretäranwälter, Regierungssekretärinwältinnen, Obersekretäranwälter, Obersekretärinwältinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwälter, Oberwerkmeisterinwältinnen	+78	-	neu (Ausbildung im Justizvollzug)
Summe neu	+105	+5	
neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+10	-	neu (Zuwanderung und Integration)
A7 Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+40	-	neu (Zuwanderung und Integration)
Summe neu (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	+50	-	
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-1	-	

04 05
Justizvollzugsanstalten
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		17	17	17
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		42	46	46
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	A9	823	821,33	821,33
	Oberpfleger, Oberschwester		42	42	42
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen		81	77,67	77,67
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		38	40	40
	<i>Die Stellen können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen		112	112	112
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwester	A8	82	82	82
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.395	1.441	1.446
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		183	195	195
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen		65	65	65
	Stationspfleger, Stationsschwester	A7+AZ	27	27	27
	Krankenpfleger, Krankenschwester	A7	40	40	40
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst		1.000,20	1.098,20	1.098,20
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		102	86	86
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen		70	70	70
	Betriebssekretäre, Betriebssekretärinnen	A6	25	25	25
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen		20,67	20,67	20,67
	Betriebsoberwart, Betriebsoberwartin	A5	1	-	-
	Zusammen		5.263,02	5.426,35	5.431,35
	Zugang/Abgang			+163,33	+5
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Die Stellen der BesGr R 1 bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Leerstellen				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	6	6	6
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	7	7
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)	A13+AZ	5	5	5
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	4	9	9
	Studienräte, Studienrätinnen im Mittelschuldienst (Justizvollzug)		3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	15	15	15
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	21	21	21
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A9	18	18	18
	Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A8	41	41	41
	Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	A7	90	90	90
	Zusammen		205	215	215
	Zugang/Abgang			+10	-
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektorinwärterinnen	A9	8	20	20
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen	A6-A7	250	228	228
	Zusammen		258	248	248
	Zugang/Abgang			-10	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A5 Betriebsoberwarte, Betriebsoberwärtinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 13 03 / 422 05
Summe Umsetzung	-1	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung von 428 01 EGr 14
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+50	-	Umwandlung von 422 21
A7 Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+50	-	Umwandlung von 422 21
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A6-A7 Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen, Obersekretäranwärter, Obersekretäranwärterinnen im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter, Oberwerkmeisteranwärterinnen	-100	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A7 und BesGr A8
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14
Summe Umwandlung	-	-	
Umwandlung (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	-1,67	-	Umsetzung und Umwandlung nach 04 04 BesGr A14 und BesGr A10
Summe Umwandlung (Vollzug des Nachtragshaushaltsgesetzes 2016)	-1,67	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 13
E13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 14
E9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)	A16+AZ -A3	10	10	10
	Zusammen		10	10	10
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige				
	Studenten, Studentinnen in den praktischen Studiensemestern		45	45	45
	Zusammen		45	45	45
427 41	Praktikanten				
	Praktikanten, Praktikantinnen		3	3	3
	Zusammen		3	3	3
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 <i>6 Stellen ku nach BesGr A14 (Oberregierungsrat) und 8 Stellen ku nach BesGr A13 (Regierungsrat) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>	E14	16	16	16
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E13	1	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E11	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	1	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	12	15	15
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 <i>60 Stellen ku nach EGr 7 mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>	E8	182	166	166
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E7	9	21	21
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	38	37	37
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	4	4	4
	Zusammen		273	271	271
	Zugang/Abgang			-2	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E10	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E8	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E6	28	28	28
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E5	10	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E3	5	5	5
	Zusammen		60	60	60
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		27	29	29
	Zusammen		27	29	29
	Zugang/Abgang			+2	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11: <i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 29 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		36	36	36
	Zusammen		36	36	36

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Summe kostenwirksame Hebung	-4 -	- -	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A10 Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9+AZ
Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+3,33	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im +AZ Justizvollzugsdienst	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	+5 +4	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A9 kostenwirksame Hebung von BesGr A9
A9 Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst	-5	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+5 -3,33	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9+AZ
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+4 -5	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A8 kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A9
A7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+16 -16	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A7 kostenwirksame Hebung nach BesGr A8
Summe kostenwirksame Hebung (Art. 6i Haushaltsgesetz 2015/2016)	-	-	
Absenkung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A8 Hauptsekretäre, Hauptsekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	-1	-	Absenkung nach BesGr A7 zur Finanzierung einer kostenneutralen Hebung
A7 Obersekretäre, Obersekretärinnen - im Justizvollzugsdienst	+1	-	Absenkung von BesGr A8 zur Finanzierung einer kostenneutralen Hebung
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-12	-	Absenkung nach EGr 7
E7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+12	-	Absenkung von EGr 8
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+151,33	+5	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		5.263,02	5.426,35	5.431,35
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		258	248	248
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		273	271	271
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		5.794,02	5.945,35	5.950,35
	Ferner:				
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		45	45	45
427 41	Praktikanten		3	3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		27	29	29
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		36	36	36
	Personalsoll B		111	113	113
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		5.905,02	6.058,35	6.063,35

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2017	2018	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+2	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+2	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+5	-	neu
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+5	-	neu
Summe neu	+10	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+10	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2016	2017	2018
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 04				
422 01	Planmäßige Beamte		15.282,08	15.714,58	15.767,58
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		744	864	864
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.116,08	3.085,84	3.087,84
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		19.142,16	19.664,42	19.719,42
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.900	3.900	4.000
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		80	80	80
427 41	Praktikanten		3	3	3
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		127	179	179
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		166,80	156,06	156,06
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.276,80	4.318,06	4.418,06
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		23.418,96	23.982,48	24.137,48
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,66	0,38	0,38
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		82,54	28,67	28,67
	Ersatzstellen für Arbeitszeitmodelle		2	4	4